



# Jahresbericht 2015

Schwerpunkte – Leistungsbilanzen



**IHK**

**Handelskammer Bremen**  
für Bremen und Bremerhaven

# INHALT

	Vorwort	3
	Konjunkturbericht 2015	4
<b>Schwerpunktthemen Bremen_Bremerhaven</b>	Die neue Handelskammer für Bremen und Bremerhaven: Struktur und Angebot	8
	Kammer-Initiative für Flüchtlinge: Integration durch Bildung	13
	Einsatz für die deutschen Seehäfen: Aktivitäten der IHK Nord unter Bremer Vorsitz	17
	Mehr Innovation wagen: zukunftsorientierte Innovationspolitik für Bremen	21
<b>Leistungsbilanzen Bremen_Bremerhaven</b>	Standortpolitik, Häfen, Verkehr	26
	Industrie, Innovation, Umwelt	35
	Aus- und Weiterbildung	40
	International	45
	Starthilfe und Unternehmensförderung	50
	Einzelhandel, Tourismus, Recht	52
	Public Relations	55
	Service	58
	Juniorenkreise	59
<b>Gäste</b>	Zu Besuch in der Handelskammer 2015	60
<b>Anhang</b>	Das Ehrenamt in Bremen	62
	Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen	63
	Geschäftsbereiche Bremen	63
	Das Ehrenamt in Bremerhaven	64
	Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven	64
	Geschäftsbereiche Bremerhaven	64
	Ausgewählte Stellungnahmen	65
	Impressum	67

Auf dem **Titel**: Alex I im Europahafen in Bremen,  
Alex II als Stargast der Sail 2015 in Bremerhaven

# VORWORT

Unsere Gesellschaft steht vor Herausforderungen, die ein neues Maß an Organisation und eine Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern erfordern. Aber jede Herausforderung ist auch eine Chance. Hunderttausende von Flüchtlingen kamen in den vergangenen Monaten über EU-Grenzen nach Deutschland. Auch Bremen nimmt eine große Zahl an Menschen auf, die ihr Heimatland zwangsweise verlassen mussten. Ihnen eine Ausbildung und berufliche Perspektiven zu bieten, ist heute eine der wichtigsten Aufgaben.

Diese Aufgabe haben wir als Handelskammer – in Bremen und Bremerhaven – gemeinsam mit Partnern aus Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen angepackt. „Flüchtlinge in Ausbildung“ heißt die Initiative, mit der wir viele unserer Aktivitäten bündeln. Die Bereitschaft zahlreicher Unternehmen, sich daran zu beteiligen, ist überwältigend.

Mit dem Jahreswechsel sind die bisher getrennten Kammern in Bremen und Bremerhaven zur neuen Handelskammer zusammengegangen. Das ist eine ideale Voraussetzung dafür, Synergien zu heben und mit vereinten Kräften Projekte wie die Flüchtlingsinitiative voranzubringen. Der Zusammenschluss wird das Dienstleistungsangebot für die Wirtschaft in unserem Bundesland verbessern und unser Selbstverständnis stärken: Als Kammer wollen wir Vordenker für die großen bremischen Zukunftsfelder sein.

Ein Beispiel hierfür ist unser Engagement für den Innovationsstandort Bremen. Auf Basis einer wissenschaftlichen Erhebung des Ist-Zustands durch das



Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) haben wir mit der Expertise von regionalen und überregionalen Fachleuten Wege entwickelt, die Innovationsfähigkeit des Landes Bremen zu steigern.

Die bremische Wirtschaft entwickelt sich positiv. Das ist aber kein Selbstläufer. Die Landespolitik bleibt gefordert, die für wirtschaftliche Prosperität und langfristige Haushaltskonsolidierung notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit den oben genannten Initiativen leisten die Kammern ihren Beitrag dazu.

## **Christoph Weiss**

*Präses der Handelskammer Bremen*

## **Hans-Christoph Seewald**

*Präsident der IHK Bremerhaven*

## **Dr. Matthias Fonger**

*Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus*





## **Geldpolitische Impulse stützen die Konjunktur**

Das globale Wachstum hat sich im Verlauf des Jahres 2015 auf rund drei Prozent verlangsamt. Auch der Welthandel zeigte Schwächen. Deutlich ließ die gesamtwirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern nach, und ihr Wachstumsvorsprung gegenüber den Industrieländern hat sich verringert. Der Preisverfall auf wichtigen internationalen Rohstoffmärkten belastete die rohstoffexportierenden Volkswirtschaften.

Im Kampf gegen die Konjunkturabkühlung beschloss die chinesische Zentralbank Ende Juni 2015 die vierte Leitzinssenkung seit November 2014. Für Verunsicherung weltweit sorgten der starke Kursrutsch an den chinesischen Aktienmärkten und die Abwertung des Yuan (Renminbi) durch Chinas Zentralbank. Das BIP-Wachstum blieb hinter dem für das Gesamtjahr angestrebten Wert von 7,0 Prozent zurück. Weniger dynamisch als erwartet verlief auch die Wirtschaftsentwicklung in Südostasien, beispielsweise in Singapur, Thailand und Indonesien. Die Entwicklung in diesem größten ASEAN-Land wird von einer überbordenden Bürokratie, ungenügender Infrastruktur und einem Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften gehemmt. Indien beeindruckte mit einem Expansionstempo von mehr als 7 Prozent, blieb damit aber noch unter seinen Möglichkeiten. Das wirtschaftliche Reformprogramm geriet ins Stocken.

Lateinamerika verzeichnete ebenfalls einen Rückgang der Wirtschaftsentwicklung. Argentinien's Wirtschaft stagnierte. Eine rückläufige Wirtschaftsleistung und steigende Verbraucherpreise vermeldete Brasilien. Die Kreditwürdigkeit des Landes wurde stark herabgestuft. Venezuelas Wirtschaft schrumpfte erneut und kämpfte gegen dreistellige Inflationsraten. Ein politischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch aufgrund der niedrigen Ölpreise wird immer wahrscheinlicher.

Russland geriet wegen der Handelsbeschränkungen und niedriger Rohstoffpreise in eine tiefe Rezession. Die Situation in der Ukraine hat sich nicht nachhaltig verbessert und birgt weiterhin schwerwiegende makroökonomische und sicherheitspolitische Risiken. Nicht gut bestellt ist es auch um die türkische Wirtschaft. Politische Unsicherheit ließ den Aktienmarkt einbrechen und hat die Lira unter Abwertungsdruck gesetzt. Wenig erbaulich verlief aufgrund politischer und wirtschaftlicher Instabilitäten die Konjunkturentwicklung in Afrika. Südafrika erlebt eine Stromversorgungskrise. Die politische Situation in zahlreichen Staaten bleibt weiter schwierig. Westafrika leidet noch immer unter den Folgen der Ebola-Epidemie.

Im Nahen und Mittleren Osten bleibt die Lage weiter angespannt. Der Bürgerkrieg in Syrien stellt Europa vor große Herausforderungen. Für einen gewissen Lichtblick sorgt das für 2016 angestrebte Atomabkommen mit dem Iran.

In den Vereinigten Staaten wuchs die Wirtschaft um 2,4 Prozent, das Land steuert in Richtung Vollbeschäftigung. Die für September 2015 erwartete Leitzinserhöhung wurde aufgrund der Abwärtsrisiken für Konjunktur und Inflation, die aus den ausländischen Entwicklungen und den Finanzmarkturbulenzen entstanden sind, aufgeschoben. Der Zinserhöhungspfad dürfte flacher als in der Vergangenheit verlaufen, und die Geldpolitik wird somit noch eine Weile expansiv bleiben.

Die Entwicklung der japanischen Wirtschaft verlief weiter holprig. Nachdem die Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 leicht geschrumpft war, überzeugte auch die Wachstumsperformance 2015 in Höhe von rund einem dreiviertel Prozent nicht. Einer deutlich stärkeren Dynamik stand insbesondere das mäßige Wachstum des privaten Konsums entgegen.



# KONJUNKTURBERICHT 2015

In Europa hat sich das Wirtschaftsklima insgesamt verbessert. Nach zähem Ringen um den Griechenland-Kompromiss und der Verständigung mit den internationalen Kreditgebern auf ein drittes Hilfspaket wurde der Grexit abgewendet. Die politische Debatte um die europäische Finanzkrise und insbesondere die Uneinigkeit der europäischen Staaten bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise machten aber zugleich deutlich, vor welchen großen Herausforderungen Europa weiter steht.

In allen Eurostaaten mit Ausnahme Griechenlands legte die Wirtschaftsleistung zu. Insgesamt stieg das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 um 1,6 Prozent. Die höchsten Wachstumsraten hatten Irland, Luxemburg, Malta und Spanien. Die zweitgrößte Euro-Volkswirtschaft – Frankreich – wuchs moderat (+ 1,0 Prozent). Italien löste sich langsam aus der dreijährigen Rezession und schloss das Jahr, wie auch Österreich, mit einem Wachstum von 0,7 Prozent. Finnland kam hingegen mit + 0,2 Prozent kaum über die Stagnation hinaus.

Im übrigen Europa verlief die Wirtschaftsentwicklung ebenfalls freundlich. Die MOE-Staaten weiteten ihre Wirtschaftsleistung um insgesamt rund 3,4 Prozent aus. Zuwächse gab es daneben in der Schweiz (+ 0,9 Prozent) sowie in den skandinavischen Staaten. Leicht abgeschwächt hat sich das Wachstum in Ungarn und England. Die europäische Geldpolitik blieb expansiv ausgerichtet. So trieb die Europäische Zentralbank (EZB) ihr Anleihenkaufprogramm mit leicht erhöhtem Tempo voran, beließ die Bank of England die Zinsen auf Rekordtief und setzte die Schweizerische Nationalbank zur Schwächung des Frankens weiterhin auf Negativzinsen.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat sich in Deutschland etwas schwächer als erwartet fortgesetzt (+ 1,7 Prozent). Die Inlandsnachfrage expandierte kräftig, insbesondere der private Verbrauch. Steigende Beschäftigung, rückläufige Arbeitslosigkeit und spürbar anziehende Einkommen wirkten belebend. Freundlich entwickelte sich die Kreditnachfrage, insbesondere im privaten Wohnungsbau. Warenausfuhren und Warenimport stiegen real deutlich – die Außenhandelsbilanz schloss im Zeitraum Januar bis September 2015 mit einem Überschuss von 187 Milliarden Euro ab. Zunehmende internationale Konjunkturrisiken trübten zum Jahresende aber auch in Deutschland das Geschäftsklima ein.

## **Bremen: gutes erstes Halbjahr**

Mit einem Wachstum des BIP von real 2,1 Prozent kam Bremen in der ersten Jahreshälfte 2015 konjunkturell etwas besser voran als der Bund, im weiteren Jahresverlauf aber erhöhte sich der Gegenwind, weil die Globalkonjunktur nachließ. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg um 1,7 Prozent (Stand September 2015). Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Arbeitslosen im November 2015 um 0,1 Prozent zu.

Freundlich verlief die Konjunktur in der Industrie. Der Umsatz stieg in den ersten zehn Monaten des Jahres 2015 um 3,0 Prozent. Zuwächse erzielten insbesondere die Elektroindustrie, die Kaffeeverarbeiter, der Fahrzeugbau sowie der Maschinenbau. Bei den Herstellern von Metallerzeugnissen und in der Fischverarbeitung sanken die Umsatzerlöse. Die Beschäftigtenbilanz war insgesamt leicht negativ. Auch im Baugewerbe stieg die preisbereinigte Leistung. Das niedrige Zinsniveau sorgte weiter für Impulse. Freundlich verlief die Geschäftsentwicklung in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft.

Im Dienstleistungssektor hielt die Expansion weiter an. Allgemein freundlich entwickelte sich das Geschäftsklima der unternehmensbezogenen Dienste. Im Gastgewerbe war die Entwicklung gespalten. Der Bremen-Tourismus verbuchte eine positive Entwicklung. Sowohl der innerdeutsche Tourismus als auch die Anreise von Auslandsgästen trugen zu einem Anstieg bei, der die Konjunktur der Hoteliers stützte. Die Gastronomie zeigte sich angesichts eines anhaltenden Kostendrucks und rückläufiger Umsätze dagegen skeptisch. Die Kreditwirtschaft vermeldete einen freundlichen Geschäftstrend. Für Impulse sorgten insbesondere die Immobilienfinanzierung und die Vermögensverwaltung.

Ein heterogenes Bild zeigte die Hafen- und Logistikwirtschaft: Die bremischen Häfen schlossen die ersten zehn Monate des Jahres 2015 im Minus ab. Der Güterumschlag sank um 6,6 Prozent. Der Containerbereich reduzierte sich aufgrund von Umstrukturierungen der Liniendienste um 4,3 Prozent. Der Automobilumschlag verfehlte das gute Vorjahresergebnis ebenfalls knapp (-1,4 Prozent). Umschlag- und Lagereibetriebe wiesen insgesamt ein befriedigendes Geschäftsklima auf. Eher unterkühlt blieb das Klima im Straßengüterverkehr. Einen freundlichen Geschäftstrend vermeldete das Speditionsgewerbe. Die



Ein heterogenes Bild bot im Jahr 2015 die Hafen- und Logistikwirtschaft.

Konsolidierung in der Seeschifffahrt hielt an. Überkapazitäten bereiteten weiterhin Probleme. Die nachlassende Weltkonjunktur belastete die maritime Wirtschaft im weiteren Jahresverlauf.

Der stationäre Einzelhandel erholte sich nur leicht. In den ersten neun Monaten des Jahres legten die Umsätze real um 2,1 Prozent zu. Steigende Beschäftigung und höhere Einkommen eröffneten den Verbrauchern zwar zusätzliche Spielräume, doch davon profitierte vor allem der Dienstleistungskonsum. Zudem setzte der Internethandel dem klassischen Einzelhandel immer stärker zu. Im Groß- und Außenhandel zeigte der Geschäftstrend zunächst nach oben. Im ersten Halbjahr stiegen die Umsätze real um 3,3 Prozent, ließen im dritten Quartal jedoch nach. Das Geschäftsklima war dabei im Binnengroßhandel besser als im Import- und Exporthandel aus, der unter der weltweite Konjunkturabschwächung litt und Wechselkursorgen hatte.

#### **Prognose und Aufgaben für das Jahr 2016**

Der Ausblick auf das Jahr 2016 birgt Unsicherheiten. Aufgrund eines eher stagnierenden Welthandels und sich verschlechternder Bedingungen an den Finanzmärkten wird ein globales Wachstum von nur noch 3,3 Prozent erwartet. Vor allem die abgeschwächte

Wirtschaftsentwicklung der Schwellenländer setzt der Weltkonjunktur zu. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) erwartet einen Anstieg des Wachstums in Deutschland um 1,3 Prozent.

Eine große Bedeutung kommt der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung zu. Denn für den nötigen Schwung beim Wachstum braucht es eine kräftige Belebung der Investitionen. Eine wichtige Rahmenbedingung wäre eine mittelstandsfreundliche Reform der Erbschaftsteuer. Zudem braucht es mehr Mut, die öffentlichen Haushalte umzuschichten – weg vom Konsum, hin zu höheren Investitionen. In den vergangenen 20 Jahren sank der Investitionsanteil an den Staatsausgaben von 12 auf 7 Prozent – eine Rückkehr auf mindestens 10 Prozent ist machbar. Das von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in Aussicht gestellte Investitionspaket von 2016 bis 2018 kann dafür nur ein Zwischenschritt sein.





*oben* 14. Dezember 2015: Das Plenum der Handelskammer Bremen kommt zu seiner letzten Sitzung zusammen.  
*unten* 16. Dezember 2015: Die Vollversammlung der IHK Bremerhaven tagt zum letzten Mal.





## Die neue Handelskammer für Bremen und Bremerhaven: Struktur und Angebot

Mit Beginn des Jahres 2016 starteten die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven mit einer neuen gemeinsamen Handelskammer in die Zukunft. Mit ihr wird die Wirtschaft im Land Bremen eine spürbar stärkere Stimme gegenüber der Politik haben. Durch das Zusammenlegen der Kompetenzen der bisherigen Handelskammer Bremen sowie der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bremerhaven wird sich für die Unternehmen an beiden Standorten das Serviceangebot weiter verbessern.

Das Jahr 2015 stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen für die neue Kammer. Mehrere Gremiensitzungen des Ehrenamtes beider Kammern fanden bereits gemeinsam statt. So tagten das Plenum der Handelskammer und die Vollversammlung der IHK Bremerhaven sowie die Präsidien der beiden Häuser am 13. April in Bremen und am 14. Oktober 2015 in Bremerhaven zusammen. Die Präsidenten der Kammern trafen sich 2015 mehrfach zum Austausch über den Stand, den Fortgang und mögliche Handlungsnotwendigkeiten in Rahmen des Fusionsprozesses.

Auch die Ausschüsse der beiden Kammern kooperierten schon 2015 eng miteinander. So kamen beispielsweise die Ausschüsse für Industrie, Umwelt und Energiefragen bzw. für die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft, die Ausschüsse für Häfen, Verkehr und Logistik, die beiden Ausschüsse für Einzelhandel, Absatzwirtschaft und verbraucherorientierte Dienstleistungen sowie der Tourismus-Ausschuss und die Berufsbildungsausschüsse insgesamt sechsmal in Bremen oder Bremerhaven zu gemeinsamen Sitzungen zusammen.

Drei Workshops der Geschäftsführungen beider Kammern im Februar, April und Juni 2015 bereiteten die einzelnen Schritte und Maßnahmen sowie die entsprechenden Beschlussvorlagen für die Sitzungen

des Ehrenamts dezidiert und konsensual vor. In nahezu jeder Sitzung des Plenums und des Präsidiums, aber auch in Ausschusssitzungen wurde über den Stand und die weiteren Maßnahmen informiert.

### **Wahl für das erste gemeinsame Plenum**

Ein wichtiger Schritt für das Zusammengehen beider Kammern waren die formell noch getrennten Wahlen in Bremen und Bremerhaven für das erste gemeinsame Plenum der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven. Am 12. Oktober 2015 wurden von den wahlberechtigten Unternehmern in beiden Städte die neuen Mitglieder des künftigen Plenums gewählt. Da in Bremen die Hälfte der bisherigen Plenarmitglieder noch bis Ende 2018 im Amt ist, wurden in der Handelskammer Bremen 20 Unternehmerinnen und Unternehmer in das höchste ehrenamtliche Gremium gewählt. In Bremerhaven waren es alle zwölf Mitglieder, die künftig im Plenum vertreten sind. Sie wurden nach einem zuvor vereinbarten Schlüssel zum Teil für sechs und zum Teil für drei Jahre in ihr Ehrenamt gewählt. Denn Ziel ist es, künftig alle drei Jahre die Hälfte des Plenums in einer versetzten Teilwahl zu bestimmen.

Das Plenum der gemeinsamen Handelskammer besteht aus bis zu 60 Mitgliedern, 52 davon werden unmittelbar von den Kammerzugehörigen gewählt – 40 Mitglieder für den Wahlbezirk Bremen und 12 für den Wahlbezirk Bremerhaven. Ferner kann das neue Plenum bis zu acht Mitglieder kooptieren. Die gewählten Unternehmer und Unternehmerinnen werden ab 2016 gemeinsam die Wirtschaft im Land Bremen repräsentieren.

### **Folgende Unternehmerinnen und Unternehmer wurden in Bremen und Bremerhaven in das erste gemeinsame Plenum gewählt:**

(Bremen) Verena Becker, Ursula Carl, Marita Dewitz, Dr. Günther W. Diekhöner, Eduard Dubbers-Albrecht, Harald Emigholz, Berend Jürgen Erling, Christian von Georg, André Grobien, Wiebke Hamm, Nicolas C. S. Helms, Peter Hoffmeyer, Claudia Kessler, Dr. Torsten Köhne, Joachim Linnemann, Andreas Niemeyer, Angelika Saacke-Lumper, Michael F. Schütte, Christoph Weiss, Dennis Witthus.

(Bremerhaven) Arne Dunker, Hans-Joachim Fiedler, Heiko Frisch, Jens Grotelüschen, Carsten J. Haake, Claus von der Heide, Stefan Oelkers, Thorsten Rönner, Stephan Schulze-Aissen, Hans-Christoph Seewald, Rolf Sünderbruch, Svenja Wassenaar.

Am 18. Januar 2016 trat das neue Plenum der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven erstmals zusammen. In dieser Sitzung wurden der erste Präses der gemeinsamen Kammer, ein neues Präsidium und die Ausschussmitglieder gewählt.

#### **Neue Fachbereichsstruktur**

Parallel zu den ehrenamtlichen Voraussetzungen für eine starke wirtschaftliche Stimme im Land Bremen wurde auch die hauptamtliche Organisationsstruktur verändert. Im Ergebnis umfasst die neue Fachbereichsstruktur acht Geschäftsbereiche sowie jeweils ein Unternehmensservice-Büro in Bremen und Bremerhaven. Das Organigramm der gemeinsamen Handelskammer orientiert sich eng am Musterorganigramm des DIHK. Ziel war es, durch die strukturellen Veränderungen im Zuge des Zusammengehens beider Kammern personelle Kapazitäten für die fachliche Tätigkeit zu bündeln und so die Serviceangebote für die Unternehmen zu stärken.

Zukünftig werden die Bereiche Umwelt, Energie und Tourismus federführend für das ganze Bundesland von Bremerhaven aus gesteuert. Die verbleibenden Themenbereiche werden von Bremen aus – wiederum für das gesamte Bundesland – betreut. Ein

einheitlicher Rufnummernplan – jeweils mit Bremer und Bremerhavener Vorwahl – sorgt dafür, dass die räumliche Verortung des jeweiligen Ansprechpartners für den Informationssuchende keine Rolle spielt.

#### **Unternehmensservice auch in Bremerhaven**

Um ein für alle Unternehmen gut zugängliches Informationsangebot an beiden Standorten zu gewährleisten, wurde neben dem bisherigen Unternehmensservice Bremen ein gleichlautendes Angebot in Bremerhaven eingerichtet. Im Unternehmensservice Bremerhaven geben künftig fünf Mitarbeiter qualifizierte Auskünfte unter anderem zu den Themen Existenzgründung, Güterkraftverkehr und Personenverkehr, ADR-Prüfungen/-Bescheinigungen, Gefahrgutbeauftragtenprüfungen, EU-Berufskraftfahrer, Import- und Exportberatung, Zoll- und Außenwirtschaftsrecht sowie außenwirtschaftlichen Bescheinigungen. Für weiterführende Beratungen können daneben die Angebote der Fachabteilungen beider Standorte genutzt werden. Die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung beteiligt sich gleich zu Beginn des Jahres 2016 mit einem festen Mitarbeiter an diesem Service. Kooperationspartner ist auch das RKW. Mit dem zusätzlichen Service, beispielsweise bei Fragen zu gewerblichen Erweiterungsvorhaben, Förderprojekten und Finanzierungen oder zur Gewährung von Förderprogrammen des Landes Bremen, wird die Betreuung der ansässigen Unternehmen in der Handelskammer vor Ort in Bremerhaven ausgeweitet und gestärkt.

Insgesamt wird mit der Neustrukturierung der gemeinsamen Handelskammer das Beratungsangebot an beiden Standorte ausgebaut und die wirtschaftspolitische Interessenvertretung weiter professionalisiert. Dies wird auch deutlich durch die Einrichtung bzw. Umstrukturierung zweier weiterer Abteilungen der gemeinsamen Kammer:

- Es wird ein eigenständiger Geschäftsbereich für die Themen Recht und Steuern geschaffen.
- Der bisherige Einzelhandelsbereich wird in den Bereich „Einzelhandel, Existenzgründung, Unternehmensförderung“ integriert.

Wurden bisher Fragen der Existenzgründung und Unternehmensförderung dezentral in den Geschäftsbe-





**Der Unternehmensservice in Bremen: Nach seinem Vorbild wird ein entsprechendes Center auch in Bremerhaven eingerichtet.**

reichen der Kammern behandelt, gibt es nun mit der neuen Abteilung einen zentralen Anlaufpunkt. Damit wurden personelle Ressourcen gewonnen, die es ermöglichen, die Beratungsleistung zu steigern. Außerdem wird der Zugang für Unternehmer durch einen zentralen Anlaufpunkt deutlich vereinfacht. In speziellen Fragen, beispielsweise im Bereich Güterkraftverkehr oder Außenhandel, stehen zusätzlich Mitarbeiter der zuständigen Fachbereiche – als „Second Level Support“ – bereit.

#### **Fundierte Rechtsberatung**

Die zweite strukturelle Veränderung ist eine Reaktion auf die gewachsenen rechtlichen Anforderungen an die Unternehmensführung. Der neue Geschäftsbereich „Recht und Steuern“ befasst sich mit der rechts- und steuerpolitischen Interessenvertretung (das betrifft auch die öffentlichen Haushalte) und erteilt Auskünfte zu Rechtsfragen. Weitere Aufgaben sind das Sachverständigenwesen, Handelsregisterfragen

und die Schiedsgerichtsbarkeit/Mediation. Gleichzeitig bildet die Abteilung auch das interne Justizariat der gemeinsamen Handelskammer.

Einen dritten Schwerpunkt der Neustrukturierung bildet die Verzahnung der Standorte Bremen und Bremerhaven durch die Einrichtung eines standortübergreifenden Geschäftsbereiches „Industrie, Innovation, Energie, Umwelt“. Auch hier werden die Vorteile der neuen Organisationsstruktur deutlich: Während die Fachreferenten bisher an den Standorten in Bremen und Bremerhaven autonom die gesamte Breite der jeweiligen Dienstleistung bearbeiteten, werden die Mitarbeiter künftig im Team für die gemeinsame Kammer arbeiten und können sich durch Aufgabenteilung stärker spezialisieren.

Viel Raum nahm 2015 die strukturelle Harmonisierung der Arbeitsabläufe ein. Nach dem Motto „Aus zwei mach eins“ mussten zahlreiche Aufgaben übergeben und Vorgehensweisen vereinheitlicht werden. Bereits zum zweiten Quartal des zurückliegenden

Jahres wurden die Berufsbildungsabteilungen (Aus- und Weiterbildung) der beiden Kammern zusammengeführt. Die hierfür notwendige Vereinbarung zur Übertragung der Leitung des Bereiches der IHK Bremerhaven auf den Leiter des Geschäftsbereiches Aus- und Weiterbildung der Handelskammer Bremen, Karlheinz Heidemeyer, wurde am 23. März 2015 unterzeichnet.

### **Personelle Veränderungen**

Einen Wechsel gab es in der Hauptgeschäftsführung. Der bisherige IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark hatte sich bereit erklärt, zeitgleich mit der Umsetzung der neuen Organisationsstruktur sein Amt als Hauptgeschäftsführer niederzulegen. Dr. Matthias Fonger übernahm nach dem Beschluss der Vollversammlung der IHK Bremerhaven am 5. Oktober das hauptamtliche Spitzenamt der IHK zusätzlich zu seinem Amt des Hauptgeschäftsführers und I. Syndicus der Handelskammer Bremen. Er wird diese kommissarische Funktion bis zum Start der neuen Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven am 1. Januar 2016 ausüben.

Zeitgleich wurde Kammer-Syndicus Günther Lübke zum kommissarischen Leiter der zentralen Dienste der IHK Bremerhaven ernannt. Dr. Frank Thoss, Geschäftsführer Industrie, Innovation, Umwelt der Handelskammer, übernahm zudem kommissarisch die Leitung des Standortes Bremerhaven.

Diese Übergangsphase mit den kommissarischen Leitungen ist wohl bedacht: Beide Häuser nutzen die vorgezogenen organisatorischen Veränderungen, um die strukturelle Zusammenführung operativ vorzubereiten und sukzessive umzusetzen. Ziel war es, die neue haupt- und ehrenamtliche Struktur bis Ende 2015 komplett aufzubauen und nicht erst im Januar 2016 mit der Umsetzung zu beginnen.

### **Doppelstrukturen abgebaut**

Auch abseits der Servicefunktionen mussten eine Vielzahl von Doppelstrukturen aufgelöst und Strukturen vereinheitlicht werden: Von der Lohnbuchhaltung der beiden Kammern, über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis zu den Beitragsabteilungen

wurden Arbeitsabläufe untersucht und in Folge vereinheitlicht. Eine besondere Herausforderung stellte in fast allen Teilbereichen die Fusionierung der bis dato getrennten unterschiedlichen IT-Systeme dar. Im Ergebnis wird die neue Handelskammer rund sieben Prozent weniger Personal als die beiden bisherigen Kammern zusammen haben. Dies wurde in den vergangenen zwei Jahren durch einen sozialverträglichen Abbau erreicht.

### **Investitionen in die Zukunft**

Neben der fachlichen und organisatorischen Zusammenführung der beiden Kammern bestand eine weitere Aufgabe in der räumlichen Gestaltung. Im letzten Quartal 2015 wurden die Kammergebäude in Bremen und Bremerhaven auf die gestiegenen Anforderungen vorbereitet. Während in Bremen das Gebäude „Hinter dem Schütting“ den veränderten Bedürfnissen angepasst werden musste, wurde das Kammergebäude in Bremerhaven insbesondere für die neuen Arbeitsabläufe im Unternehmensservice Bremerhaven hergerichtet: Im Erdgeschoss entstand ein moderner Kundenbereich, in dem Erstberatungen mit kurzen Wegen und in ansprechendem Ambiente stattfinden können. Die verbleibenden Fachfunktionen wurden im ersten Obergeschoss konzentriert.



# Kammer-Initiative für Flüchtlinge: Integration durch Bildung

Der starke Zustrom an Flüchtlingen nach Deutschland 2015 hat eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ausgelöst. Zugleich sind viele gesellschaftliche Gruppen gefordert, ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten. 2015 hat die Handelskammer Bremen gemeinsam mit der IHK Bremerhaven und weiteren Partnern ihre Aktivitäten zur Integration von Flüchtlingen in Wirtschaft und Gesellschaft ausgeweitet und sie in der Initiative „Flüchtlinge in Ausbildung“ gebündelt. Das Motto lautete: „Ärmel hochkrepeln und los!“

Innerhalb weniger Wochen folgten weit mehr als 200 Unternehmen im Land Bremen dem Aufruf von Präses Christoph Weiss (Bremen) und Präsident Hans-Christoph Seewald (Bremerhaven), zusätzlich zu ihrem bisherigen Ausbildungsengagement auch Plätze für junge Flüchtlinge anzubieten – Angebote für Ausbildung, Einstiegsqualifizierung und Praktika. Der Zuspruch aus den Unternehmen war groß. Die Wirtschaft im Land Bremen hat schriftlich zugesagt, jungen Flüchtlingen mehr als 700 Ausbildungs- und Praktikumsplätze anzubieten. Jeden Tag kommen neue Angebote hinzu. Bis Ende 2015 gab es folgende Zusagen von Unternehmen:

- 320 Ausbildungsplätze (Ausbildungsbeginn ab 01.08.2016), davon 22 in Bremerhaven
- 175 Plätze für Einstiegsqualifikationen, davon 29 in Bremerhaven
- 247 Praktikumsplätze, davon 29 in Bremerhaven.
- Insgesamt beteiligten sich 221 Unternehmen an der Aktion, davon 29 in Bremerhaven.

Die Ausbildungsberufe, die angeboten werden, umfassen die ganze Bandbreite, zum Beispiel Hotel- und Gastronomieberufe (Köche, Restaurantfachleute), Fachkräfte für Lagerlogistik, aber auch hochwertige kaufmännische Berufe, zum Beispiel Kaufleute für Büromanagement, Spedition- und Lo-

gistikdienstleistungen sowie Groß- und Außenhandel. Im gewerblich-technischen Bereich werden unter anderem Kraftfahrzeug-Mechatroniker oder im IT-Bereich Fachinformatiker angeboten.

## **Initiative „Flüchtlinge in Ausbildung“**

Die große Resonanz der Betriebe zeigte eine hohe Bereitschaft, Flüchtlingen den Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen. In einem zweiten Schritt wurde gemeinsam mit Kooperationspartnern ein Vermittlungsprozess gestartet, um die von den Unternehmen schriftlich zugesagten Stellen zu besetzen. Durch persönliche Ansprache und direkte Kontaktaufnahmen sowohl zu den Unternehmen wie auch zu den Flüchtlingen sind bis zum Jahresende schon etliche Praktika und auch erste Einstiegsqualifizierungen vermittelt worden. In jedem Einzelfall muss sich zeigen, ob es „passt“ und das Ziel eines Übergangs in Ausbildung im Jahr 2016 erreicht werden kann.

## **Runder Tisch „Flüchtlinge in Ausbildung“**

Auf Initiative der Handelskammer Bremen hat am 23. Oktober 2015 in der Handelskammer ein Runder Tisch „Flüchtlinge in Ausbildung“ getagt. Ziel war es, die von den Kammer-Mitgliedsunternehmen bereitgestellten mehr als 700 Plätze für Praktika, Einstiegsqualifizierungen und Ausbildung möglichst schnell durch geeignete junge Flüchtlinge und Asylbewerber zu besetzen. Rund 60 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener mit Flüchtlingsfragen befasster Institutionen und Einrichtungen haben sich intensiv und engagiert darüber ausgetauscht, wie dies möglichst gut gelingen kann. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, dass es eine zentrale Anlaufstelle geben muss und dazu die neu gegründeten Jugendberufsagenturen in Bremen und Bremerhaven einen besonderen Schwerpunkt bei der Vermittlung von Flüchtlingen in Praktika und Ausbildung setzen müssen.



In Bremen gab es 2015 eine Reihe von Speed-Datings; hier trafen sich Unternehmensvertreter mit Flüchtlingen und Asylsuchenden und erörterten Jobperspektiven.

Weiterhin wurden zu verschiedenen Themenbereichen kurzfristige Lösungsansätze eingebracht. Beispielsweise haben Unternehmen vorgeschlagen, eigene Auszubildende mit Migrationshintergrund, die die jeweiligen Sprachen beherrschen, als Botschafter für das deutsche Ausbildungssystem (Azubi-Scouts) in Flüchtlingseinrichtungen zu entsenden. Die Kammern kündigten zusammen mit der Allgemeinen Berufsschule (ABS) und der Senatorin für Kinder und Bildung an, im Dezember 2015 weitere Speed Datings für schulpflichtige Jugendliche zu veranstalten. Außerdem wurden viele Kontakte geknüpft, um bei der künftigen Zusammenarbeit schnell die richtigen Ansprechpartner zu haben.

#### **Informationen zu rechtlichen Aspekten**

Zum Thema „Ausbildung und Arbeit für Flüchtlinge“ haben die Unternehmensverbände im Lande Bremen mit Unterstützung der Handelskammer am 25. No-

vember 2015 eine gut besuchte Informationsveranstaltung für Unternehmen angeboten. Von rechtlichen Rahmenbedingungen bis zur Frage, wo und wie Unternehmen am besten auf Flüchtlinge zugehen können, wurden viele relevante Fragen diskutiert, Informationsmaterial ausgegeben sowie Kontakte und Ansprechpartner vermittelt.

Es hat sich gezeigt, dass die Bereitschaft der Unternehmerinnen und Unternehmer, Flüchtlingen eine berufliche Perspektive zu bieten, groß ist. Gleichzeitig gab es eine gewisse Zurückhaltung, weil unklar ist, welche rechtlichen Aspekte zu beachten sind. Am 2. Oktober 2015 hat die Handelskammer Bremen deshalb auf ihrer Homepage umfassende Informationen zu den Voraussetzungen für die Einstellung von Flüchtlingen zusammengestellt. Die Informationen reichen von rechtlichen Fragen bei der Einstellung von ausländischen Arbeitnehmern über spezielle Informationen für die Einstellung von jugendlichen



Flüchtlingen bis zu Hinweisen über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

### **Sonderpreis der Handelskammer für Integrationsprojekte**

Regelmäßig zeichnen die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven außergewöhnliche Auszubildende als „Siegertypen“ aus. 2015 wurde auf Initiative von Präses Christoph Weiss hierbei erstmals auch ein mit 3.000 Euro dotierter Integrationspreis der Bremer Wirtschaft vergeben. Das siegreiche Projekt, die „Flüchtlingshilfe Bremen“, zeichnet sich dadurch aus, dass es sich durch großes privates Engagement und ohne öffentliche Förderung innerhalb kürzester Zeit mit der Facebook-Seite „fluechtlingshilfe.bremen“ zu einem Dreh- und Angelpunkt der unbürokratischen und effizienten Vermittlung von Hilfsleistungen für Flüchtlinge in Bremen entwickelt hat. Dabei ist eine hochaktive Gemeinschaft von rund 20.000 Personen entstanden, die für unterschiedlichste Anforderungen pragmatische Lösungen findet.

### **Resolution zur Integration von Flüchtlingen**

In einer gemeinsamen Resolution „Flüchtlinge in Wirtschaft und Gesellschaft integrieren“, die das Plenum der Handelskammer Bremen und die Vollversammlung der IHK Bremerhaven am 14. Oktober 2015 verabschiedet haben, werden viele weitere Aspekte genannt, die von Bedeutung sind, um die Integration von Flüchtlingen gut zu gestalten. In zehn Thesen werden beispielsweise die Stärkung der Willkommenskultur, die Beschleunigung von Asylverfahren, die Ausweisung neuer Flächen für den Wohnungsbau, der Ausbau von Deutschkursen und einer besseren Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit gefordert. Die Resolution wurde veröffentlicht und allen wichtigen politischen Entscheidungsträgern übermittelt.

### **Wohnraum für Flüchtlinge**

Die Integration erfordert zunächst die Schaffung von geeignetem Wohnraum. Die zuständigen Behörden haben große Probleme, Flüchtlinge angemessen unterzubringen. Viele Unterkünfte sind überfüllt, zum Teil werden Betten in Zelten und Turnhallen aufgestellt. Es ist damit zu rechnen, dass viele Flüchtlinge dauerhaft bleiben werden.

Deshalb setzen sich die Kammern in Bremen und Bremerhaven dafür ein, dass im Land Bremen die Infrastruktur und feste Unterkünfte schneller als bisher ausgebaut werden. Über die Improvisation in der Flüchtlingsunterbringung hinaus muss dringend eine mittlere bis langfristige Strategie entwickelt werden, wie die Neubürger in Zukunft stadtteilgerecht mit Wohnraum versorgt werden können. Dazu gehört auch die Entwicklung neuer Wohnquartiere und die Erschließung zusätzlicher Potenzialgebiete wie in Bremen beispielsweise die Osterholzer Feldmark oder Brokhuchting.

### **Sprachkurse und Schulbildung**

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist elementare Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in Wirtschaft und Gesellschaft. Die beiden Kammern setzen sich dafür ein, dass Flüchtlingen und Asylbewerbern ausreichende und qualitativ angemessene Sprachkurse angeboten werden. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wären zum Teil gar keine Deutschkurse möglich. Die staatlichen Kapazitäten wurden zwar teilweise aufgestockt, reichen aber bei weitem nicht aus und müssen auch an den allgemein- und berufsbildenden Schulen spürbar erhöht werden.

### **Wirtschaft fördert Sprachkurse**

Die Handelskammer Bremen hat daher auf Initiative von Präses Christoph Weiss einen Fonds aufgesetzt und von ihren Mitgliedsunternehmen mehr als 100.000 Euro aus privaten Spenden zur Finanzierung von Deutschkursen erhalten. Mit diesem Geld werden insbesondere Sprachkurse auf dem Niveau B2 sowie berufsspezifische und berufsbegleitende Sprachförderung finanziert.

### **Netzwerk „Ausbildung – Chancen für Flüchtlinge“**

Der Einsatz für Flüchtlinge erfordert die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure. Deshalb hat die Handelskammer Bremen im Jahr 2015 das Netzwerk „Ausbildung – Chancen für Flüchtlinge“ weiter ausgebaut. Eingebunden sind die Allgemeine Berufsschule (ABS), das Bremer und Bremerhavener Integrationsnetz (BIN) sowie bremische Ausbildungsunternehmen und ehrenamtliche Personen, die als Patinnen und Paten die jungen Menschen begleiten. In dem

Netzwerk werden junge Flüchtlinge beim Einstieg in die Berufswelt begleitet und unterstützt.

### **Künftiges Engagement**

Die beiden Kammern werden ihre Initiativen insbesondere für junge Flüchtlinge auch künftig fortführen, insbesondere folgende Initiativen:

#### **+++ Speed-Dating**

Um jungen Flüchtlingen den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen, ist es wichtig, dass Unternehmen die jungen Menschen kennenlernen. Die Handelskammer Bremen hat bei einem Speeddating am 21. Mai 2015 junge ausbildungsplatzsuchende Flüchtlinge und Unternehmen mit dem Ziel zusammengebracht, über ein Praktikum den Weg in eine Einstiegsqualifizierung und/oder eine Ausbildung zu finden. Rund 150 junge Flüchtlinge und rund 25 Unternehmen nahmen teil, es wurden 38 junge Flüchtlinge vermittelt.

#### **+++ Anerkennung ausländischer Abschlüsse**

Viele Menschen, die nach Deutschland flüchten, haben in ihrer Heimat bereits eine Qualifikation erworben. Es ist gut, wenn sie diese Qualifikationen dann auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt nutzen können. Seit 2012 regelt ein Bundesgesetz, wie die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse mit einem deutschen Abschluss nach Prüfung rechtsverbindlich festgestellt werden kann. Zuständig für den IHK-Bereich und damit gewerblich-technische und kaufmännische Aus- und Weiterbildungen ist die IHK FOSA (Foreign Skills Approval) in Nürnberg.

Im Land Bremen unterstützen und beraten die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven alle Interessenten. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessert die Chancen zur Arbeitsmarktintegration deutlich.

#### **+++ Projekt „Zukunftschance Ausbildung“**

Für 50 Flüchtlinge hat die Handelskammer Bremen zusammen mit der Stadt Bremen (Aus- und Fortbildungszentrum, AFZ) und der Handwerkskammer Bremen eine berufliche Vorbereitungsmaßnahme mit dem Titel „Zukunftschance Ausbildung“ initiiert. Unter Beteiligung der Allgemeinen Berufsschule und des Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetzes



**Christian Mahnken (rechts), hier mit einem syrischen Flüchtling, gewann den Integrationspreis der Bremer Wirtschaft.**

hat die Maßnahme am 1. September 2015 mit einer Einstiegsqualifizierung begonnen und endet am 31. August 2016. Alle angebotenen 50 Plätze konnten besetzt werden. 21 davon entfallen auf Unternehmen der Handelskammer Bremen, 20 Plätze auf das Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) und 9 Plätze auf Handwerksunternehmen. Bei der Handelskammer ging es um die folgenden Berufe: Fachkräfte für Hafenlogistik, für Lagerlogistik und für Metalltechnik, Kfz-Mechatroniker, Werkzeugmechaniker, Restaurantfachleute, Köche und Isolierfacharbeiter. Lernorte sind die Allgemeine Berufsschule, diverse Dienststellen und Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen, das Kompetenzzentrum des Handwerks und private Unternehmen.

#### **+++ Integration minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge afrikanischer Herkunft**

Gemeinsam mit der AG Afrika des Bremer Rates für Integration, dem Polizeirevier Innenstadt, dem Ortsamt Mitte und der Bremer Volkshochschule hat sich die Handelskammer mit der Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge afrikanischer Herkunft befasst. Ziel ist es, in einem ersten Schritt schnelle und tragfähige Kontakte für die jungen Menschen zu schaffen, damit ihre Integration im Land Bremen gelingt. Dazu wurde unter anderem ein Flyer entwickelt.

# Einsatz für die deutschen Seehäfen: Aktivitäten der IHK Nord unter Bremer Vorsitz

Die IHK Nord e. ist ein Zusammenschluss von 13 Industrie- und Handelskammern in den fünf norddeutschen Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Aufgrund ihres länderübergreifenden Charakters ist die Arbeitsgemeinschaft einzigartig innerhalb der deutschen IHK-Organisation. Die in der IHK Nord verbundenen Kammern vertreten die Interessen der gewerblichen Wirtschaft Norddeutschlands und sprechen damit für knapp 700.000 Unternehmen. Der Anteil ihrer Region am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik beträgt rund 18 Prozent.

Die IHK Nord konzentriert sich auf fünf Themen:

- maritime Wirtschaft/Infrastruktur/Seeverkehr
- Energie- und Industriepolitik
- Tourismus
- Außenwirtschaftsstandort Norddeutschland
- Ernährungswirtschaft

Im ersten Halbjahr 2015 hatte die Handelskammer Bremen turnusmäßig den Vorsitz inne. Im Zentrum ihrer Arbeit standen Aktivitäten mit dem Ziel, die Verbesserung der Hinterlandverbindungen der deutschen Seehäfen im kommenden Bundesverkehrswegeplan 2015 zu berücksichtigen.

## Neuer Blick auf die Seehäfen

In einer neuen Studie im Auftrag der IHK Nord wird die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der deutschen Seehäfen besonders deutlich. Sie fußt auf der Seeverkehrsprognose des Bundes, die trotz der aktuellen Stagnation des Seegüterumschlags eine Fortsetzung des in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachtenden Wachstums vorhersagt. Die IHK Nord hat auf dieser Grundlage den durch deutsche Unternehmen über die deutschen Seehäfen abgewickelten Außenhandel wertmäßig und regional detailliert für den Zeitraum bis zum Jahr 2030 hochgerechnet.

Wesentliche Studien-Ergebnisse sind:

- Heute werden jährlich Güter im Wert von 360 Milliarden Euro für deutsche Unternehmen an den deutschen Seehäfen umgeschlagen. Im Jahr 2030 sollen es 860 Milliarden Euro sein.
- Das Umschlagsvolumen der deutschen Seehäfen wird deutlich stärker zunehmen (+ 2,8 %) als der Außenhandel (+ 2,2 %).
- Der seewärtige deutsche Außenhandel über die deutschen Seehäfen wird wertmäßig (+ 4,5 % p.a.) noch stärker ansteigen als mengenmäßig (2,3 % p.a.).
- Der Anteil der deutschen Seehäfen am deutschen seewärtigen Außenhandel wird weiter wachsen (2010: 64 %, 2030: 68 %).
- Die Hinterlandverkehre der deutschen Seehäfen werden stark zunehmen (+ 2,1 % p.a.) und damit mehr als doppelt so stark wachsen wie der Gesamtverkehr in Deutschland (+ 0,8 % p.a.). Der Seehafen-Hinterlandverkehr wird damit zum zentralen Thema der deutschen Verkehrspolitik.

Ferner besagt die Untersuchung, dass die bremischen Häfen durch ihre starke Ausrichtung auf hochwertige Exportgüter an Bedeutung für die deutsche Wirtschaft gewinnen. Ungefähr ein Drittel der über die deutschen Seehäfen durch deutsche Unternehmen abgewickelten Werte laufen über Bremen und Bremerhaven. Damit liegen die bremischen Häfen im wertmäßigen Umschlag gleichauf mit Hamburg.

Auch mengenmäßig wächst die Bedeutung der bremischen Häfen für Deutschland. Im Jahr 2030 könnten 22 Prozent des deutschen seewärtigen Außenhandels über die bremischen Häfen abgewickelt werden (heute 19 %).



Damit diese Potenziale jedoch auch tatsächlich genutzt werden, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehört ein bedarfsgerechter Ausbau der Hinterlandanbindungen ebenso wie eine schnelle Weseranpassung. Ohne Verbesserungen der seewärtigen und landseitigen Erreichbarkeit werden sich diese Handelsströme andere Wege suchen, mit allen damit verbundenen wirtschaftspolitischen und verkehrspolitischen Problemen.

### **Präsentation in Berlin**

Die Ergebnisse der Sonderauswertung wurden am 19. Mai 2015 auf einem parlamentarischen Abend vor 150 Gästen in der Vertretung des Landes Bremen in Berlin präsentiert. Handelskammer-Präsident Christoph Weiss machte deutlich, dass die Erreichbarkeit der deutschen Seehäfen für die Güter deutscher Unternehmen ein zentraler Aspekt bei der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans sein muss. Heute werden jeden Tag Waren im Wert von einer Milliarde Euro für deutsche Unternehmen über die deutschen Seehäfen bewegt, bis zum Jahr 2030 werden es 2,4 Milliarden pro Tag sein.

Es geht aber nicht allein um die bundespolitische Bedeutung. In der Studie der IHK Nord wird auch die Bedeutung der deutschen Seehäfen für einzelne Regionen bis zur Landkreisebene ersichtlich. Damit lässt sich eine möglichst breite Unterstützung für einen Investitionsschwerpunkt „Hinterlandanbindungen“ einwerben. Erste Ergebnisse für Bayern wurden bereits auf der „IHK Nord-Roadshow“ in München vorgestellt. Diese Vermarktung wird fortgeführt. So werden Regionsprofile an Entscheider abseits der Küsten in den für die deutschen Seehäfen wichtigen Gebieten versandt. In diesen Landkreisprofilen werden detailliert die Verbindungen und Abhängigkeiten der jeweiligen regionalen Wirtschaft mit den Seehäfen dargestellt. Mit dieser Aktion soll verdeutlicht werden, dass der Ausbau der Hinterlandanbindungen keine rein norddeutsche Angelegenheit ist, sondern für viele Regionen in ganz Deutschland im eigenen Interesse liegt.

### **Nationale Maritime Konferenz**

Am 19. und 20. Oktober fand in Bremerhaven die 9. Nationale Maritime Konferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Wie bereits bei der letzten Konferenz 2013 in Kiel hatte die IHK Nord ein Positionspapier veröffentlicht, das von der Handelskammer Bremen erstellt wurde.

In dem Papier wird die Bundesregierung aufgefordert, die maritime Strategie als Teil einer Hightech-Gesamtstrategie für Wachstum und Beschäftigung weiterzuentwickeln. Dabei sind die Rahmenbedingungen für die maritime Wirtschaft so zu gestalten, dass neue wirtschaftlich-technologische Chancen genutzt und somit Wertschöpfung und Beschäftigung der maritimen Branchen gesteigert werden. Auch muss sich Deutschland auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass neue Regelungen zur Nutzung der Meere nicht einseitig auf den Natur- und Umweltschutz ausgerichtet werden und zulasten der maritimen Wirtschaft gehen.

Mit Blick auf den Schiffbau erwartet die IHK Nord von der Politik, dass sie verbesserte Finanzierungsbedingungen der deutschen Werften schafft. Dabei sollten die bestehenden öffentlichen Finanzierungsinstrumente (Landesbürgschaften, Exportkreditgarantien des Bundes, CIRZ-Zinsabsicherung) im Wesentlichen beibehalten werden. Sie müssen jedoch flexibilisiert und an das veränderte Produktportfolio der Branche angepasst werden. Die IHK Nord fordert zudem, die Innovationsbeihilfen für den deutschen Schiffbau als reines Bundesprogramm auf 45 Millionen Euro zu erhöhen und die Forschungsförderung „Maritime Technologien der nächsten Generation“ auf 64 Millionen Euro zu verdoppeln.

Der Bund soll sich auch in Zukunft international und auf EU-Ebene für verbesserte Wettbewerbsbedingungen des deutschen Schiffbaus engagieren: Der Wettbewerb ist hier zum Teil stark verzerrt. Gerade in Japan, Korea, Brasilien, Russland oder China wird der Schiffbau als eine der strategischen Schlüsselindustrien betrachtet und durch entsprechende politische Maßnahmen subventioniert. Internationale Handelsregeln greifen im Schiffbau bis heute nicht. Beispielsweise müssen in den USA laut „Jones Act“ Schiffe für den inneramerikanischen Verkehr auch in den Verei-



Präses Christoph Weiss auf einem parlamentarischen Abend in der Bremer Landesvertretung in Berlin

nigten Staaten gebaut und unter US-Flagge betrieben werden. Dieses Thema sollte auch in die aktuellen TTIP-Verhandlungen einfließen.

#### **Bedeutung der deutschen Seehäfen**

Die Bedeutung der deutschen Seehäfen für die nationale Wirtschaft wächst. Ihre Erreichbarkeit muss daher ein zentraler Aspekt bei der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 sein.

Für die Attraktivität der deutschen Hafenstandorte sind nicht nur die Erweiterungen der Hafeninfrasturktur wichtig, sondern auch der bedarfsgerechte Ausbau ihrer seewärtigen und landseitigen Zufahrten sowie die Anbindung an die Industrie- und Dienstleistungsregionen im Binnenland. Für eine effizientere Nutzung der bestehenden Hinterlandinfrastruktur müssen in Zukunft die Potenziale der Binnenwasserstraßen noch stärker erschlossen werden. Planverfahren für Infrastrukturvorhaben in Deutsch-

land dauern zu lang. Als Gründe werden neben fehlenden Personalressourcen immer wieder das komplexe Naturschutzrecht und das Verbandsklagerecht genannt.

Im Positionspapier fordert die IHK Nord den Bund auf, das „Nationale Hafenkonzept“ kontinuierlich weiterzuentwickeln und umzusetzen sowie einen nationalen Schwerpunkt „Hafenhinterlandanbindungen“ auf Grundlage der Ahrensburger Liste im sogenannten „Vordringlichen Bedarf +“ des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 zu verankern. Des Weiteren müssen die notwendigen Ausbauten der seewärtigen Zufahrten an Weser und Elbe zügig abgeschlossen und die geplanten Ausbaumaßnahmen am strategisch wichtigen Nord-Ostsee-Kanal schneller vorangetrieben werden. Mit Blick auf das komplexe Umweltrecht soll sich der Bund für eine Vereinfachung der entsprechenden europäischen Regelungen einsetzen, um damit Infrastrukturprojekte zu be-

schleunigen. Für einen schnelleren Technologietransfer von der Wissenschaft zur Praxis hatte die IHK Nord vorgeschlagen, die Forschungsinitiative „Innovative Seehafentechnologien“ in der dritten Auflage (ISETEC III) kurzfristig zu starten.

### **Schifffahrtspolitik weiterentwickeln**

Durch gemeinsame Anstrengungen des Bundes, der norddeutschen Länder und der Sozialpartner für das „Maritime Bündnis für Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ ist es 2012 gelungen, die deutsche Schifffahrtspolitik einvernehmlich weiterzuentwickeln. Sowohl bei den Schifffahrtsbeihilfen des Bundes als auch bei der Ausgestaltung des neuen Flaggenrechtsgesetzes sowie der damit verbundenen rechtlichen Verankerung der Erbringung eines Reederbeitrages wurde eine neue Bündnisqualität erlangt. Der Bund gewährt jährlich Schifffahrtsbeihilfen in Höhe von rund 58 Millionen Euro, die deutsche Reederschaft stellt etwa 30 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt stehen damit knapp 90 Millionen Euro jährlich für die Sicherung von Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit am Schifffahrtsstandort Deutschland bereit.

Die Lohnnebenkosten für die Beschäftigten auf Schiffen unter deutscher Flagge sind im europäischen Vergleich, zum Beispiel mit den Niederlanden oder Dänemark, immer noch zu hoch. Dabei handelt es sich bei einem einzelnen Schiff um Kostennachteile von jährlich mehreren Hunderttausend Euro. Reedereien, die kontinuierlich unter deutscher Flagge gefahren sind, können diesem hohen Kostendruck immer weniger standhalten. Viele Unternehmen stehen daher vor der Entscheidung zwischen der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung deutscher Seeleute.

So fordert die IHK Nord, das Maritime Bündnis für Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit unbefristet fortzusetzen und die Schifffahrtsbeihilfen des Bundes zu verstetigen. Die Tonnagesteuer als bewährtes Instrument zur Unterstützung des Schifffahrtsstandortes Deutschland muss beibehalten werden. Zudem sind Bund und Küstenländer gefordert, zügig weitere Maßnahmen zur Optimierung der deutschen Flaggenstaatsverwaltung zu er-

greifen und die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flagge zu steigern. Dazu gehört auch die Prüfung der Frage, ob die Anforderungen an die Nationalität der Besatzungsmitglieder auf Schiffen unter deutscher Flagge weiter flexibilisiert werden kann. Das Instrument des Lohnsteuereinhalts muss erweitert werden, um den vollen nach den europäischen Leitlinien für staatliche Beihilfen im Seeverkehr erlaubten Rahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten ausschöpfen zu können.

### **Umwelt- und Klimaschutz mit Augenmaß**

Mit Blick auf den maritimen Umwelt- und Klimaschutz plädiert die IHK Nord im Positionspapier für mehr Augenmaß. So enthält zum Beispiel das Marpol-Abkommen der internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) Regelungen für die sogenannten Sulphur Emission Control Areas (SECAs). Seit Mai 2006 ist die Ostsee ein solches Kontrollgebiet für Schwefelemissionen, seit November 2007 auch die Nordsee. Innerhalb der SECAs gelten strengere Grenzwerte für den Schwefelanteil im Schiffstreibstoff: maximal 0,1 Prozent seit Januar 2015. Demgegenüber gilt weltweit ein Grenzwert von 3,5 Prozent, der frühestens ab 2020 auf 0,5 Prozent gesenkt wird. Diese unterschiedlichen Regelungen führen zu Wettbewerbsnachteilen für Schifffahrt und Häfen speziell in der Nord- und Ostsee.

Problematisch hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit können Maßnahmen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schifffahrt werden, die nur auf die EU begrenzt sind. Nach jahrelangen Verhandlungen sollen ab 2018 in der EU Schiffe ab 5.000 BRZ ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen erfassen. Reduktionsziele gibt es aber bislang keine, auch wenn das EU-Parlament die Regelung als ersten Schritt in diese Richtung sieht. Mit dem europäischen Alleingang wird nach Auffassung der IHK Nord das System der IMO unterlaufen, die globale Standards erarbeiten will. Zudem führt das geplante CO<sub>2</sub>-Monitoring zu mehr Bürokratie für die Unternehmen und zur Preisgabe wirtschaftlich sensibler Daten. Die IHK Nord erwartet von der Politik, einen international einheitlichen Meeresschutz auf Ebene der IMO anzustreben, um eine größtmögliche Wettbewerbsgleichheit zu erzielen.



# MEHR INNOVATION WAGEN

## Zukunftsorientierte Innovationspolitik für Bremen

Das Land Bremen und seine Unternehmen stehen angesichts der Veränderungen aller Geschäfts- und Arbeitsprozesse durch innovative Technologien und Dienstleistungen vor großen Aufgaben. Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Gesellschaft fundamental. Additive Fertigungsverfahren (wie zum Beispiel 3D-Druck), Industrie 4.0, die voranschreitende Individualisierung und der demographische Wandel wirken sich auf die gesamte Wirtschaft aus.

Ist der Wirtschaftsstandort Bremen, sind seine Unternehmen darauf vorbereitet und den neuen Anforderungen gewachsen? Welche Strategien und Maßnahmen muss die Politik ergreifen, damit die bremischen Unternehmen und das Innovationssystem Bremen diesen Entwicklungen gewachsen bleiben? Die Handelskammer hat hierzu eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) initiiert. Die Studie des Innovationsgeschehens in Bremen wurde am 18. März 2015 im MARUM Zentrum für Marine Umweltwissenschaften der Universität Bremen vorgestellt. Die Analyse wurde in der Folge mit Bremer Unternehmern, Innovationsexperten und Vertretern der Politik, Hochschulen und Verwaltung diskutiert. Als Ergebnis hat die Handelskammer das Positionspapier „Mehr Innovation wagen“ erstellt und am 25. Juni 2015 veröffentlicht.

### Stärken und Schwächen

Der Wirtschafts- und Innovationsstandort Bremen hat große Stärken: Der Anteil der Hochtechnologie an den Forschungsaktivitäten der Unternehmen ist verglichen mit allen anderen Bundesländern am höchsten. Das liegt an der Bedeutung forschungsintensiver Branchen wie etwa der Luft- und Raumfahrt für das Land Bremen. Bedeutende Wirtschaftszweige vor Ort sind der Automobilbau, die Windenergie, die maritime Wirtschaft und Logistik, die IT-Wirtschaft, die

Umweltwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und der Handel. Zudem gibt es einen innovativen Mittelstand, wenngleich in diesem Segment bremische Unternehmen im Vergleich zu besonders dynamischen Regionen weniger forschungsstark sind.

Gleichzeitig ist die Gründungsdynamik in den Hightech-Feldern insgesamt gut, wenn auch nicht herausragend. Sehr positiv wirkt sich das exzellente Wissenschaftssystem aus, das sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet hat. Eine hochwertige Ausbildung und Spitzenforschung, vereint mit hoher Anwendungsorientierung, sind zum Markenzeichen des Bremer Wissenschaftssystems geworden. Maßgeblich hierfür sind unter anderem die Hinwendung zu den MINT-Fächern, die Erhöhung der Anzahl der in Bremen ansässigen Forschungseinrichtungen, die Internationalisierung der Hochschulen und die Profilierung auf Gebieten wie zum Beispiel Material- und Meereswissenschaften oder Robotik. Für Bremen zählen sich die Investitionen in Bildung nicht zuletzt auch deswegen aus, weil ein erheblicher Teil der Absolventen der öffentlichen Hochschulen in der Region verbleibt.

### Zusammenarbeit Wirtschaft-Wissenschaft

Den Stärken des Innovationsstandorts Bremen stehen leider auch Schwächen gegenüber. So hat Bremen im Hinblick auf die Qualität der schulischen Ausbildung erhebliche Rückstände im Vergleich zu anderen Bundesländern. Aber auch die wirtschaftliche Basis, um sich als ein herausragender Innovationsstandort zu präsentieren, ist in Bremen und Bremerhaven verbesserungswürdig. So ist die Anzahl von Unternehmen, die Forschung und Entwicklung betreiben und die die Ergebnisse der angewandten Forschung des Wissenschaftssystems aufnehmen bzw. umsetzen



Forschende Exzellenz in Bremen, beispielsweise im BIBA:  
Hier hat Bremen eine Pole Position eingenommen.

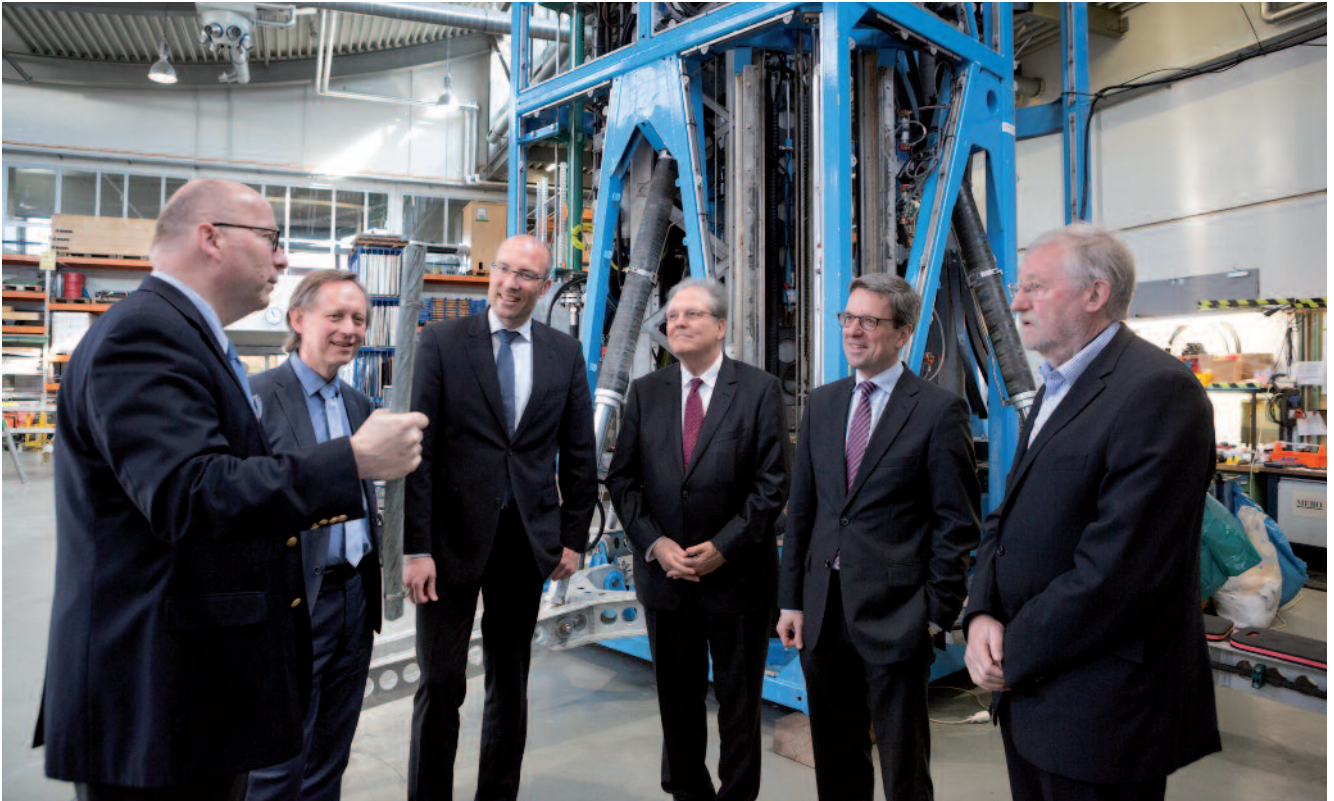
können, noch zu gering. Zu wenige Bremer Unternehmen arbeiten mit den Wissenschaftseinrichtungen vor Ort zusammen und profitieren somit auch nicht von deren wissenschaftlicher Exzellenz. Die Wissenschaftslandschaft ist (zumindest in Teilen) wenig auf die konkreten Belange der regionalen Wirtschaft ausgerichtet, herausragende Beispiele einmal ausgenommen, wie etwa die wirtschaftsnahe Ausbildung und Forschungszusammenarbeit in der Materialforschung.

Wie reagiert die Politik auf Stärken und Schwächen im Innovationsgeschehen? In den vergangenen Jahren wurde die Wissenschaftsbasis verbreitert, und es gab mehr Gründungen im Hightech-Bereich. Es wurden Cluster geschaffen, die sich an den Stärken des Standortes orientieren und Innovationsfelder sichtbarer werden lassen. Von dem beachtlichen Wandel des Wissenschafts- und Hochschulsystems hat Bremen profitiert – Bremen wurde als Ausbildungsstandort attraktiver und gewann national wie international Reputation als Wissenschaftsstandort mit herausragendem Potenzial in spezifischen Fachgebiete-

ten. Die Politik stärkte auch technologische, wirtschaftlich relevante Querschnittsthemen wie die Robotik und innovative Materialien, die mit dem Technologie- und Forschungszentrum EcoMaT (Center for Eco-efficient Materials & Technologies) zusätzlichen Schub erhalten. Negativ ist jedoch die jüngste Novelle des bremischen Hochschulgesetzes anzuführen. Unter anderem durch die Einführung einer Pflicht zur Offenlegung von Drittmittelprojekten durch die Hochschulen wird die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft durch das Gesetzeswerk zukünftig deutlich erschwert.

#### **Innovationspolitik enger verzahnen**

Aber es gibt auch Hemmnisse. Dazu gehört, dass Innovationspolitik in Bremen relativ isoliert von anderen Politikbereichen hauptsächlich im Wirtschaftsressort verortet ist. Die Abstimmung beispielsweise mit der Wissenschaftspolitik ist nicht ausreichend. Auch in strategischer Hinsicht bestehen Schwächen bzw. Unklarheiten, beispielsweise bei der Weiterentwick-



Die Handelskammer stellt die Studie zum Innovationsgeschehen im MARUM Zentrum für Marine Umweltwissenschaften der Universität Bremen vor.

lung der Innovationscluster des Landes. Insbesondere die Wissens- und Technologietransferaktivitäten und die Unterstützung von (Hightech-)Gründungen sind noch nicht effektiv genug. Die Finanzsituation des Landes sowie die Tatsache, dass bereits ein hoher Anteil der öffentlichen Ausgaben auf die Förderung des Wissenschaftssystems entfällt, verengen den Spielraum für weitere finanzielle Impulse.

In ihrem Positionspapier fordert die Handelskammer die bremische Politik auf, die Rahmenbedingungen für Innovation in Bremen grundlegend neu zu gestalten: Willkommenskultur statt Regulierung – Mut zu neuen Wegen statt Festhalten am Althergebrachten. Um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen zu sein, bedarf es eines ausdrücklichen Bekenntnisses der Bremer Landespolitik, nicht nur ein Ort exzellenter Wissenschaft sein zu wollen, sondern gleichzeitig ein Magnet für innovative Unternehmen – im Spitzenfeld der deutschen Bundesländer. Dieses Bekenntnis sollte sich in der Politik aller senatorischen Behörden widerspiegeln.

#### Im Einzelnen fordert die Handelskammer:

**1. Innovationspolitik neu verankern** In Bremen wird im politischen Tagesgeschäft Innovationspolitik nahezu ausschließlich vom Wirtschaftsressort betrieben. Das Wissenschaftsressort schöpft seine Potenziale für eine kommerzielle Innovationsförderung dagegen bei weitem nicht aus. Die Koordination der Aktivitäten durch eine engere Verzahnung der Ressorts wäre ein entscheidender Schritt zur Aufwertung der Innovationspolitik. Dafür müssen die politischen Zuständigkeiten umstrukturiert werden. In einem „Wachstumsressort“ müssen die relevanten Kapazitäten und vor allem Verantwortlichkeiten der Wirtschafts-, Innovations- und Infrastrukturpolitik gebündelt werden. Zudem muss die Wissenschaftspolitik stärker auf die Gesamtanliegen des Standortes ausgerichtet werden. Da das Dritte Hochschulreformgesetz negative Konsequenzen für die Drittmittelforschung hat, muss es zurückgenommen werden.



## **2. Innovationsförderung strategisch weiterentwickeln**

In der Bremer Innovationsstrategie sollten Bereiche mit Entwicklungspotenzial sowie die Bedeutung von Beschäftigungs- und Wachstumseffekten stärker berücksichtigt werden. Bei der Weiterentwicklung der bremischen Innovationscluster (Maritime Wirtschaft/Logistik, Windenergie, Luft- und Raumfahrt) muss insbesondere ihre zeitliche Dynamik berücksichtigt werden. Auch muss das Innovationscluster Automotive – unter Berücksichtigung des Themas Elektromobilität – in die Förderstrukturen integriert werden. Deutlich intensiviert werden müssen die „cross clustering“-Aktivitäten. Mittelfristig müssen übergeordnete Themencluster wie zum Beispiel „Materialforschung“ oder „Digitale Wirtschaft“ die klassischen, branchenbezogenen Cluster ablösen. Neue Innovationsthemen könnten in „Themenzentren“ oder auch in kleinerem Format in Innovationsforen aufgegriffen werden.

## **3. Bremen als Hotspot für kreative Köpfe etablieren**

Das Land Bremen muss zur Unterstützung der Unternehmen am Standort auf Grundlage der vorhandenen Stärken (unter anderem exzellente Hochschulen, Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft) bessere Rahmenbedingungen schaffen, um sich als ein Hotspot für kreative, hochqualifizierte Fachkräfte zu etablieren. Hierzu braucht es eine Initiative des Senats, die Themen wie Talentnutzung, Willkommenskultur, kreatives Milieu sowie Kultur- und Freizeitangebote aufgreift. Außerdem muss die Wissenschaftspolitik die Hochschulausbildung stärker an den Bedarfen der lokalen Wirtschaft ausrichten; auch sollten Gründungen an Hochschulen stärker unterstützt werden.

## **4. Exzellente Wissenschaft für gewinnbringende Kooperationen nutzen**

Die Hochschuleinrichtungen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen kooperieren noch zu wenig mit Unternehmen aus der Region. Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen müssen auf Augenhöhe kommunizieren können. Lotsen an den Hochschulen können hier eine moderierende Funktion übernehmen. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen

können Unternehmen den Zugang auch über ein „Key Account Management“ erleichtern. Wissenschaftspolitisch sollten Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausdrücklich dazu ermutigt werden, den Wissenstransfer in ihre jeweiligen Entwicklungsstrategien aufzunehmen und dafür klare Ziele zu formulieren. Die bremische Innovationspolitik steht in der Verantwortung, die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Hochschulen – neben Forschung und Lehre – dem Wissenstransfer in die Wirtschaft als drittes Standbein widmen können. Für diese „third mission“ müssen auch finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die Forschungsschwerpunkte müssen stärker auf die Innovationserfordernisse der ansässigen Branchen ausgerichtet werden – ohne in die Wissenschaftsfreiheit einzugreifen.

## **5. Wissensbasierte Stadtentwicklung voranbringen**

Das Land Bremen muss mit seiner Gewerbeflächenpolitik und der Stadtplanung dafür sorgen, dass in der Nachbarschaft zu Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen Raum für wissensbasierte Unternehmen entsteht. Dafür müssen ausreichende Flächen geschaffen werden. So könnte zum Beispiel im Technologiepark Bremen ein „Gründerzentrum im Grünen“ für Start-ups entstehen.

## **6. Forschung und Entwicklung unterstützen**

Die Innovationsförderung in Bremen ist durch ein sehr differenziertes Fördersystem gekennzeichnet. Defizite gibt es hinsichtlich der Transparenz und Konsistenz der Förderangebote; die Vielzahl der Angebote ist für potenzielle Empfänger verwirrend. Die Förderangebote sollten transparenter und differenzierter werden. Zudem ist es erforderlich, den die Innovationsförderung mit Blick auf Effektivität und Gesamtwirkung zu evaluieren. Unternehmen brauchen Unterstützung bei ihren Anträgen für eine Förderung auf Bundes- und EU-Ebene. Die Förderinitiative des Bundeswirtschaftsministeriums „SIGNO-Partner“ muss auch in Bremen installiert werden. Das Land sollte einen Gründer- und Innovationsfond initiieren.

**7. Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen** Um die Rahmenbedingungen zu verbessern, muss die Qualität der schulischen Bildung erhöht und die Offenheit der Schulabgänger für die neuen Technologien und für das Unternehmertum gefördert werden. Die Bremische Verwaltung muss weiter Bürokratie abbauen und verstärkt E-Government einführen. Bremen sollte sich mit mehr Marketing überregional als moderner Innovationsstandort profilieren.

Die Handelskammer Bremen selbst bearbeitet das Thema Innovation auf vielen Ebenen. So unterstützt sie die Hochschulen des Landes bei ihren wirtschaftsnahen Aktivitäten. Sie regt den Wissens- und Technologietransfer zwischen den Unternehmen und den lokalen Hochschulen bzw. außeruniversitären Forschungseinrichtungen etwa durch passfähige Veranstaltungsformate an.

#### **Innovationstrends im Fokus**

Darüber hinaus forciert sie Lernprozesse zwischen den Unternehmen, etwa zu aktuellen Innovationstrends und zum Wissens- und Ideenmanagement. Unternehmen erhalten von der Handelskammer zudem gebündelte Informationen und individuelle Beratung, ob zu ihren Innovationsprozessen oder den Fördermaßnahmen des Landes, des Bundes und der EU. Um die Beratung und Information der wichtigsten wirtschaftsbezogenen Institutionen zu bündeln und damit dem Kunden eine einheitliche Anlaufstelle zu geben, wurde auf Initiative der Handelskammer der Unternehmensservice Bremen gegründet. Diese bis jetzt bundesweit einmalige Institution ist ein wichtiger Baustein für eine unbürokratische und qualitätsvolle Erstberatung der Unternehmen. Unternehmer erhalten zudem Informationen und Beratung zu gewerblichen Schutzrechten sowie zu Aspekten der Normungsarbeit.

#### **Veranstaltungsreihe „Mehr Innovation wagen“**

Die Handelskammer Bremen wird den notwendigen politischen Prozess zur Stärkung der Innovationsdynamik und damit der zukünftigen Wirtschaftskraft Bremens auch weiterhin unterstützen – im Dialog mit den Entscheidern aus Politik und Verwaltung. Mit



**In Bremen leben und studieren überdurchschnittlich viele junge Talente.**

der Veranstaltungsreihe „Mehr Innovation wagen“ setzt sie darüber hinaus notwendige Impulse zur Innovationsförderung sowie zum Wissens- und Technologietransfer. Im Fokus der Veranstaltungen standen Informationen zur Innovationsförderung, Details zum Patentschutz, Unterstützung beim Erkennen eigener Innovationspotenziale sowie die Auswirkungen von neuen Organisationsformen auf Wissensflüsse in Unternehmen. Einen weiteren Akzent wird 2016 die Vergabe des Schütting-Preises, der Innovationspreis der Handelskammer Bremen, setzen.





MAERSK SEALAND

MAERSK

MAERSK

Safmarine

38



## Standortpolitik, Häfen, Verkehr

### Bremen

#### Metropolregion Nordwest – Herausforderungen meistern

Die Nordwestregion zählt zu den dynamischen Wirtschaftsräumen in Deutschland. Ihre Stärke ist das breite Fundament mittelständischer Unternehmen. Um die Herausforderungen der Zukunft (demografischer Wandel, Fachkräftesicherung, Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit) zu meistern, bedarf es einer starken Vernetzung. Aus diesem Grund haben Politik und Wirtschaft vor rund zehn Jahren die Metropolregion Nordwest gegründet, in der Themen wie Fachkräftemangel, energieeffiziente Produktion oder Steigerung des Innovationspotenzials verwaltungsgrenzüberschreitend bearbeitet werden.

Leitprojekte zum Nutzen aller Teilräume sind der JadeWeserPort, die Küstenautobahn A 20, die European Medical School in Oldenburg und die Exzellenz-Universität in Bremen. Die Fokussierung auf zweijährige Handlungs- und Förderschwerpunkte hat sich bewährt. Aktuell sind es die Themen Energieeffizienz/CO<sub>2</sub>-Reduzierung und der demographische Wandel.

Die Industrie- und Handelskammern des Nordwestens haben dafür plädiert, dass sich die Metropolregion noch stärker der wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft annimmt. Hierzu gehören eine wirksame

Europastrategie, ein wahrnehmbares Regionalmarketing und die Weiterentwicklung der Cluster. Zunehmend wichtiger wird das Einwerben von Dritt- bzw. Strukturfondsmitteln. Dafür müssen die Kernkompetenzen der Metropolregion weiterentwickelt und intensiv beworben werden. Darüber hinaus sollte sich die Metropolregion für die Nutzung clusterübergreifender Innovationspotenziale, den Ausbau überregionaler Wissenskooperationen sowie weitere Impulse für den Fachkräftemarkt in den unterschiedlichen Branchen der Nordwestregion engagieren.

**Förderfonds** – Im Jahr 2015 hat die Metropolregion mit mehreren 100.000 Euro aus den Förderfonds der Länder Bremen und Niedersachsen Wirtschaftsjahre gefördert.

- Health Innovation Center Nordwest: eine neue Plattform unter dem Dach des Gesundheitswirtschaft Nordwest e. V. zur stärkeren Vernetzung der Life-Sciences-Unternehmen und Forschungseinrichtungen in der Metropolregion Nordwest mit der Gesundheitswirtschaft. Ziel ist es, neue Lösungen etwa zur Versorgung älterer Menschen im ländlichen Raum zu finden.
- Internationalisierung von Automotive Nordwest e. V.: Entwicklung eines Konzeptes, das kleine und mittlere Unternehmen des Automotive-Bereiches in ihren Internationalisierungsbemühungen unterstützt. Zudem will sich das Cluster für die europäische Aus-

zeichnung als „Gold Label of the European Cluster Excellence Initiative“ qualifizieren.

- LEP und LED in Häfen: Das Projekt fördert LED- und LEP-Beleuchtungsteststrecken in Häfen in der Metropolregion. Die Leuchtdioden und Plasma-Leuchten können bis zu 80 Prozent an Energie einsparen. Bislang sind diese Leuchtmittel in Europa noch nicht zugelassen, da für die Hafenbeleuchtung strenge Sicherheitsvorschriften gelten. Mit den Teststrecken in Bremerhaven, Brake und Emden soll die Zulassung der Leuchtmittel in Europa erreicht werden.

- „Shaping the Future of Smart Regions North“: Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation mit den Nord-Niederlanden, um mittels smarter Informations- und Kommunikationstechnologie Lösungen für Querschnittsthemen, wie beispielsweise Mobilität, Verkehrslenkung in Städten oder offene kommunale Verwaltung (Open Data-Ansätze), zu finden.

- Wissenswerkstatt Metropolregion Nordwest: Seit dem Sommer 2015 bietet die Diepholzer Bildungseinrichtung Werkstätten mit umfangreicher Ausstattung für Metall- und Holzverarbeitung, Elektrotechnik sowie Robotik/Steuerungstechnik für Praxis-Schulunterricht und Workshops. Das Angebot der Wissenswerkstatt für Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 18 Jahren ist kostenfrei und will junge Menschen für technische Berufe begeistern.

# LEISTUNGSBILANZEN

**NordWest Award** – Ein Markenzeichen der Metropolregion ist der NordWest Award. Er zeichnet alle zwei Jahre Best-Practice-Projekte aus, die sich für eine nachhaltige Entwicklung der Metropolregion einsetzen. Die Bewerbungsfrist für die Neuauflage begann am 1. November 2015 und läuft bis zum 31. Januar 2016. Der Preis wird am 10. Mai 2016 im Bremer G.O.P.-Variete-Theater verliehen.

**Konferenzen** – Die Metropolregion hat im Jahr 2015 eine Reihe von Fachkonferenzen durchgeführt bzw. begleitet.

- Leitmesse „Windforce 2015“, 9. - 11. Juni 2015, Bremerhaven
- Kongress „Innovationen mit Biomasse“, 17. Juni 2015, Werlte
- 1. Regionalkonferenz „Starkregenereignisse – Klimaanpassung in der Metropolregion Nordwest“, 13. Juli 2015, Delmenhorst
- 6. Regionalkonferenz Gesundheitswirtschaft „Personalstrategische Unternehmensführung in der Gesundheitsbranche in Zeiten des digitalen Wandels“, 5. Oktober 2015, Bremen
- Regionalkonferenz zur Erarbeitung einer kommunalen digitalen Agenda, 8. Oktober 2015, Delmenhorst
- Jahreskonferenz Automotive, Start des Automotive Nord-Verbundes, 24. November 2015, Bremen
- Fachveranstaltung „Ressourceneffizientes Wirtschaften“, 2. Dezember 2015, Delmenhorst
- 5. Regionalkonferenz Logistik „Bahn frei für den Nordwesten“, 7. Dezember 2015, Bremen.

Außerordentlich groß war auch die Resonanz auf die Premiere des Business Talks „Treffpunkt Metropolregion“, den der Förderverein Wirtschaft

pro Metropolregion am 15. September 2015 bei der CEWE Stiftung in Oldenburg durchgeführt hat. Am gleichen Tag wurde Dr. Matthias Fonger von der Mitgliederversammlung des Fördervereins für weitere drei Jahre als dessen Vorsitzender wiedergewählt.

## **Mehr Wohnungsbau in Bremen**

In der Flüchtlingsdebatte hat die Handelskammer Bremen eindeutig Stellung bezogen: Sie fordert eine mittel- und langfristige Strategie für die Unterbringung und ein ambitionierteres Wohnungsbauprogramm. Es gilt aber nicht nur, Flüchtlinge und Asylsuchende „unterzubringen“, sondern sie müssen auch in die Gesellschaft integriert werden – unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland.

Mit mehr als 10.000 Flüchtlingen im Jahr 2015 und sehr wahrscheinlich weiterhin hohen Zahlen in den kommenden Jahren erwächst für die Sozial- und Wohnungsbaupolitik in Bremen ein enormer Handlungsdruck. Die Verwaltung sowie die Stadtgesellschaft insgesamt leisten derzeit Beachtliches. Jedoch wird sich Bremen darauf einstellen müssen, dass viele Flüchtlinge dauerhaft bleiben werden und es vermutlich eine große Zahl an Familien nachzüglern geben wird. Aufgabe wird es sein, diese Neubürger perspektivisch und stadtteilgerecht mit Wohnraum möglichst in integrierten Lagen zu versorgen.

Der Wohnungsmarkt in Bremen ist bereits angespannt; auch stellen die Flüchtlinge eine neue Konkurrenz im Mietwohnungsbereich dar. Dieser Situation lässt sich nicht länger mit der bisherigen, auf der so genannten Gewos-Studie beruhenden Wohnbaupolitik begegnen. Dringend notwendig ist vielmehr ein ambitionierteres Neubau-

programm. Bei der bisherigen Zielmenge von rund 1.400 neuen Wohnungen pro Jahr hat sich das Bündnis für Wohnen an inzwischen offensichtlich überholten demografischen Prognosewerten insbesondere zur regionalen Binnenwanderung orientiert. Auch die am 15. Dezember 2015 vom Senat beschlossenen zusätzlichen 2.000 Wohneinheiten bis Ende 2017 sowie weitere Provisorien in Holzrahmenbauweise werden kaum ausreichen. Nach Überzeugung der Handelskammer muss Bremen dringend neue Wohnquartiere entwickeln und das Flächenangebot ausweiten. Potenzialgebiete wie beispielsweise die gesamte Osterholzer Feldmark oder Brokhuchting müssen daher unverzüglich als mögliche Wohnstandorte erschlossen werden.

Es darf nicht sein, dass weiterhin junge Familien mangels geeigneter Eigenheimbauflächen in das niedersächsische Umland ziehen und in Bremen Flüchtlinge notdürftig in Gewerbeimmobilien untergebracht werden, während gleichzeitig hervorragend geeignete Reserveflächen als unantastbar gelten. Die Vorzeichen haben sich so dramatisch und nachhaltig verändert, dass der Senat hier schnellstmöglich baupolitisch tätig werden muss.

Die Handelskammer hat zudem Zweifel, ob die vom Bremer Senat beschlossene Sozialwohnungsquote von 25 Prozent im Wohnneubau die gewünschte Wirkung erzielt. Eine von der Kammer im Februar 2015 vorgenommene Umfrage unter den 300 Bremer Unternehmen der Bau- und Wohnungswirtschaft hat gezeigt, dass die Anzahl der privatwirtschaftlichen Neubauprojekte mit Sozialwohnungskomponente gering ist. Ein Grund ist, dass die in den Förderrichtlinien genannten Maximalmieten von 6,50 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche kein wirt-



Die Metropolregion hat im Jahr 2015 eine Reihe von Fachkonferenzen durchgeführt bzw. begleitet.

schaftliches Bauen ermöglichen. Viele Unternehmen bewerben sich seit Einführung der Quote grundsätzlich nicht mehr um ausgeschriebene öffentliche Grundstücke. Andere bemängeln, dass die Niedrigmieten durch höhere Verkaufspreise bzw. höhere Mieten für andere Wohnungsinteressierte quersubventioniert würden – ein echtes Vermarktungshemmnis und damit eine Neubaubremse.

Zwar teilt die Handelskammer die Ziele des Bündnisses für Wohnen, bezahlbaren Wohnraum für Niedrigverdiener und Schwellenhaushalte zu schaffen. Die Sozialwohnungsquote ist aber ein reales Hemmnis geworden, zumal auch weitere Auflagen wie Barrierefreiheit und neueste energetische Standards berücksichtigt werden müssen. Die Handelskammer fordert daher, dass die derzeitigen Instrumente und Rahmenbedingungen in vier Punk-

ten so angepasst werden, dass es der Privatwirtschaft leichter fällt, die geforderte Sozialquote zu erfüllen:

- Das aktuelle Wohnungsbauprogramm muss hinsichtlich der vorgegebenen Höhe der Netto-Kaltmiete sowie einer Dynamisierung der Miete während der Bindungsfrist – analog etwa zu Hamburg – geprüft und angepasst werden.
- Neubauprojekte werden häufig durch die gegenüber den Umlandgemeinden höheren Nebenerwerbskosten gehemmt. Hinzu kommen speziell in Bremen sehr hohe Auflagen an die Gebäudeenergetik. Diese Konkurrenznachteile bei den Kosten müssen beseitigt werden.
- Bremen muss neue Wohnquartiere entwickeln, um allen Altersschichten geeigneten Wohnraum in der Stadt anzubieten, und das Flächenangebot verbessern und erweitern.

- Bremen sollte die Wiederbelebung des so genannten dritten Förderweges prüfen, bei dem mit Wohnungseigentümern bzw. Bauherrn als Gegenleistung für einen Bauzuschuss eine bestimmte Mietklientel, eine Wohnungsgröße sowie eine zukünftige Miete vereinbart wird. Zudem sollte es wieder eine Wohnbauförderung für bestimmte Zielgruppen - wie zum Beispiel junge Familien - geben, die eine attraktive Zuschusskomponente enthält.

#### **Wachstumsort Überseestadt stärken**

Die Entwicklungsdynamik in der Überseestadt ist weiterhin beachtlich. Allmählich wächst die Überseestadt mit ihrer Mischung aus Dienstleistung, Bürobetrieb, Gewerbe, Hafenwirtschaft und Logistik, Freizeit, Kultur und Wohnen mit den übrigen Stadtteilen Bremens zusammen, ergänzt und belebt diese. Mit ihrer Vielfalt und Prosperität trägt sie maßgeblich zur Profilierung des Wirtschaftsstandortes Bremen bei. Für die weitere Zukunft kommt es entscheidend darauf an, das Nebeneinander vorhandener Industrieunternehmen und neuer Nutzungen zu organisieren und planungsrechtlich zu sichern.

2015 wurde eine ganze Reihe eindrucksvoller Projekte realisiert oder planerisch vorangetrieben – und zwar in nahezu allen Teilbereichen der Überseestadt. So gewinnt die Hafenkante zunehmend an Kontur, beispielsweise mit dem von DS-Bauconcept begonnenen fünfgeschossigen Neubau der hanseWasser-Unternehmenszentrale. Die ersten Mieter sind bereits in das Magellan-Quartier gezogen. Hier lässt die Gewoba insgesamt 87 Mietwohnungen und zwei Gewerbeobjekte errichten. Es handelt es sich um die ersten Neubauten der Entwicklungsgesellschaft Hafenkante. Ebenfalls an der Hafenkante errichtet das bauatelier nord bis zum



# LEISTUNGSBILANZEN



In der Überseestadt hält der Bauboom an, 2015 wurde eine ganze Reihe eindrucksvoller Projekte realisiert: abat beispielsweise (Richtfest im Bild links) hat ihr neues Headquarter fertiggestellt; hunderte neuer Wohnungen werden zudem gebaut.

Jahr 2017 das Haus „Portus“ mit 90 barrierefreien Eigentumswohnungen auf 7.200 Quadratmetern.

Ganz in der Nähe entwickelt die Weser-Wohnbau GmbH das Übersee-Kontor mit ca. 4.400 Quadratmetern Büro- und Gewerbeflächen, bezugsfertig ab Sommer 2016. Der gleiche Investor hat mit „The Portment“ im Jahr 2015 bereits ein architektonisch anspruchsvolles Wohnneubauensemble in der Überseestadt fertig gestellt, mit dem eine der letzten Baulücken an der neuen Uferpromenade des Europahafens geschlossen wird.

An der Hafenkante ist auch die Justus Grosse Projektentwicklung GmbH aktiv. Bis Ende 2016 lässt sie dort die Weserhäuser mit insgesamt 136 Wohnungen, verteilt auf fünf Mehrfamilienhäuser, entstehen. Justus Grosse entwickelt zeitgleich weitere Projekte in der Nähe des Überseeparks, wie zum Beispiel das „Marytime“ mit 75 Mietwohnungen und sechs Büroeinheiten. Fertig sind inzwischen das „Weinkontor“ mit 11.000 Quadratmetern hochwertiger Büro- und Loftflächen sowie die Lofthäuser 3 & 4 mit 5.000 Quadratmetern Bürofläche. Für diesen vor-

deren Bereich der Überseestadt werden zudem die Planungen für das exponierte Grundstück „Bömers Spitze“ vorangetrieben. Geplant ist hier ein zwölfgeschossiges Bürogebäude mit angeschlossenen Sockelbauten mit ca. 16.000 Quadratmeter Bürofläche.

Zusammen mit der Gewoba entwickelt Justus Grosse die „Marcuskaje“ mit 250 Wohnungen – größtenteils öffentlich geförderte Mietwohnungen –, einem Bürogebäude sowie einem Mobilitätsparkhaus mit mehr als 300 Stellplätzen. In der Nachbarschaft wird Justus Grosse zudem das sechsgeschossige Bürogebäude „Marcuskontor“ errichten.

In der Nähe des Speichers XI hat die Firma Hansa Tresor ihren dreigeschossigen Büroneubau mit angrenzender Logistikhalle bezogen. Auch der Neubau des Headquartiers der Firma Abat im Bereich Überseepark/An der Reeperbahn ist fertiggestellt. In der östlichen Hafenvorstadt wiederum hat der Projektentwickler Siedentopf den Bau des Büro- und Geschäftshauses „Eins im Weserquartier“ weit vorangetrieben. Anfang 2016 soll der erste Bauabschnitt fertig sein. Er wird den nörd-

lichen Abschluss des Weser-Quartiers bilden.

## **Bremen-Nord: Wirtschaftspolitik für die Zukunft**

Bremen-Nord steht vor gravierenden strukturellen Herausforderungen. Die Stadt- und Ortsteile entwickeln sich höchst unterschiedlich, die Zahl der Arbeitsplätze ist niedrig und die Ansiedlung neuer Unternehmen bleibt ein schwieriges Unterfangen.

Im Überblick:

- In Bremen-Nord leben derzeit ca. 96.000 Menschen (17,5 % der Bevölkerung Bremens).
- Bremen-Nord hat seit 1995 mehr als 8.500 Einwohner verloren (- 8 %).
- Insbesondere die Zahl der jüngeren Frauen und Männer zwischen 15 und 45 Jahren ist stark zurückgegangen (- 22 %).
- Das Durchschnittsalter ist in Bremen-Nord seit 1995 schneller gestiegen als in Bremen.
- Burglesum, Vegesack und Blumenthal weisen heterogene Strukturen auf. In Burglesum gibt es Zeichen

einer Stagnation beim Bevölkerungsverlust, in Blumenthal ist der Trend ungebrochen.

- Die Zahl der Arbeitsplätze in Bremen-Nord ist signifikant niedrig; die Arbeitslosigkeit ist relativ hoch.
- Die Verteilung der durchschnittlichen Einkommen ist heterogen.
- Der Zahl der Einwohner mit Migrationshintergrund ist unauffällig.
- Der Besatz an Gewerbe- und Industrieflächen ist unterdurchschnittlich.
- Insbesondere mobile Altersgruppen zwischen 25 und 45 Jahren verlassen Bremen-Nord zwecks Ausbildung und Beschäftigung.

Entscheidend wird sein, Strukturimpulse zu setzen und für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse muss erhöht und insbesondere jungen Fachkräften sowie deren Familien eine Perspektive geboten werden.

Auf dem von der Handelskammer mitveranstalteten Dialog-Forum „Quo vadis Bremen-Nord?“ (19. März 2015) waren sich die Teilnehmer einig, dass Bremen-Nord mehr als nur ein Wohnstandort bzw. eine reine Schlafstadt sein muss. Es macht Mut, wenn sich neues Gewerbe auf dem BWK-Gelände ansiedelt, das Gesundheitszentrum im Lesum-Park Neuansiedlungen ermöglicht und auch die Entwicklung des Science Parks konkrete Formen annimmt.

#### **Dauerbrenner A 281: Belastungen minimieren**

Die durchgehende A 281 von der A 27 bis zur A 1 ist nicht nur für die Entwicklung der Unternehmen in den anliegenden Gewerbegebieten sehr wichtig.

Die Fertigstellung der Autobahnneckverbindung ist auch eine Voraussetzung für viele verkehrsentlastende Maßnahmen, die der Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025 (VEP) aufgeführt. Erst durch die Bündelung der Verkehre auf dieser Strecke wird es möglich, Belastungen im Stadtgebiet weiter zu minimieren.

Ein ermutigendes Zeichen war 2014 die Freigabe des Abschnittes 3/2 entlang des Güterverkehrszentrums (GVZ). Der Schlüssel für eine schnelle Fertigstellung der gesamten Autobahn ist jedoch der Abschnitt 2/2 zwischen Airport-Stadt und Autobahnzubringer Arsten. Ende April 2015 wurde eine neue Planung vorgelegt, um die vom Bundesverwaltungsgericht gerügten formalen Fehler der ursprünglichen Planung zu beheben und die Ergebnisse des runden Tisches zur A 281 aufzunehmen. Die neue Trasse führt dabei in Verlängerung der bestehenden A 281 (Abschnitt 2/1) südöstlich der Neuenlander Straße parallel zu dieser am nördlichen Rand des Flughafens und verschwenkt östlich der Neuenlander Straße in das vorhandene Trog-/Tunnelbauwerk, das gleichzeitig verlängert wird.

Nach Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses muss Bremen die „sofortige Vollziehbarkeit“ für den Abschnitt 2/2 beantragen, um alle Möglichkeiten zur Beschleunigung dieser Unternehmen seit langem zugesagten Infrastrukturverbesserung auszuschnöpfen. Besondere Sorgfalt erfordert die mehrjährige Bauphase im Bereich der Neuenlander Straße/Autobahnzubringer Arsten. Die Handelskammer hat sehr deutlich gemacht, dass wesentliche Verkehrsziele (GVZ, Häfen etc.) ständig erreichbar bleiben müssen.

#### **Baustelle „Weserquerung“: zähe Verhandlungen**

Die Planfeststellung für die Weserquerung liegt bereits seit 2010 vor. Auch gegen diese Planung wurde von verschiedener Seite geklagt, einige Klagen wurden vom Bundesverwaltungsgericht im November 2011 abgewiesen, bei anderen Einsprüchen wird eine entschädigungsrechtliche Einigung angestrebt. Diese Verhandlungen sind noch nicht gänzlich abgeschlossen, dennoch dürften planungsrechtlich keine grundsätzlichen Probleme bestehen. Im Fall der Weserquerung ist aber noch die Finanzierung offen. Diskutiert werden hier verschiedene Varianten vom ursprünglich geplanten F-Modell (ÖPP), bei dem der Konzessionär eine Maut erheben darf, bis zur konventionellen Finanzierung aus dem Verkehrshaushalt.

#### **Küstenautobahn A 20: es geht voran**

Mit der Küstenautobahn A 20 (früher A 22) soll die räumliche Trennung zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen im Unterelbegebiet überwunden sowie die Hinterlandanbindung der deutschen Seehäfen an der Nordsee und die Erreichbarkeit des Unterweser- und Unterelberaumes verbessert werden. Insbesondere für Bremerhaven bietet die A 20 Entwicklungsperspektiven. Die Planungen für das Projekt kommen voran. Für den Abschnitt im Bereich Bremervörde ist das Planfeststellungsverfahren bereits 2012 eingeleitet worden, für den Abschnitt von Westerstede bis Jaderberg ist das Planfeststellungsverfahren am 26. Mai 2015 eingeleitet worden. In allen anderen Abschnitten laufen die Entwurfsplanungen. Das Land Bremen ist gefordert, Niedersachsen und Schleswig-Holstein deutlicher als bisher bei der Durchsetzung dieses Projektes beim Bund zu unterstützen.

# LEISTUNGSBILANZEN

**Schienenwege systematisch ausbauen**  
Zentrales Element des Ausbaus der großräumigen Schieneninfrastruktur war bislang die Y-Trasse. Seit dem Projektstart 1992 kam das Vorhaben allerdings nur sehr schleppend voran und führte zu erheblichen Diskussionen und Widerständen in der Bevölkerung. In Abstimmung mit dem Bund und der Deutschen Bahn AG hat das niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr daher im Jahr 2015 das Dialogforum Schiene Nord eingerichtet, um einen breiten Konsens für den dringend benötigten Ausbau der Schienenverkehrsinfrastruktur zwischen Hamburg bzw. Bremen und Hannover herzustellen.

Im Ergebnis ist es dem Dialogforum gelungen, anstelle eines Trassenneubaus einen Konsens über die Ertüchtigung von Bestandsstrecken herzustellen und empfiehlt den Ausbau nach dem so genannten „Alpha-Konzept“ in der Variante „E“. Für Bremen und Bremerhaven eröffnet dieses Ergebnis die Möglichkeit einer vergleichsweise zeitnahen Ausweitung der Kapazitäten im Schienengüterhinterlandverkehr. So beinhaltet das vorgeschlagene Ausbaukonzept einen zweigleisigen Ausbau Rotenburg-Verden, eine Ertüchtigung und Elektrifizierung der „Amerikalinie“ im Abschnitt Langwedel-Uelzen sowie betriebliche und kleinere bauliche Maßnahmen (Blockverdichtung, neue Überholgleise) zwischen Verden und Wunstorf. Darüber hinaus bietet das Konzept die Grundlage für eine mögliche ergänzende Verknüpfung mit dem EVB-Netz im Raum Rotenburg, um damit zusätzliche Kapazitäten in Richtung Bremerhaven unter Umfahrung des Knotens Bremen zu schaffen. Mit diesen Maßnahmen kann das prognostizierte

Mengenwachstum allerdings nur bis zum Jahr 2030 bewältigt werden, bei einem weiteren Wachstum des Schienengüterverkehrs müssen rechtzeitig zusätzliche Maßnahmen in die Ausbauplanung aufgenommen werden.

## **Fahrrinnenanpassung Außen- und Unterweser**

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Juli 2013 die geplante Weservertiefung massiv beanstandet und das Verfahren an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit Blick auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie verwiesen. Der EuGH hat am 1. Juli 2015 eine strenge Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie beschlossen. Demnach sind Ausbauvorhaben, die die Gewässergüte verschlechtern, zwar in Ausnahmefällen zulässig. Sie müssen aber von „übergeordnetem öffentlichen Interesse“ sein und Umweltschutzauflagen erfüllen.

Laut Richtlinie müssen in Ausnahmefällen etwa „alle praktikablen Vorkehrungen getroffen“ werden, „um die negativen Auswirkungen auf den Zustand des Wasserkörpers zu mindern“. Nun liegt der Ball wieder beim Bundesverwaltungsgericht. Das Ergebnis ist offen. Es muss weiter mit erheblichen Verzögerungen bei der Weseranpassung gerechnet werden. Experten sprechen hier nicht von Monaten, sondern von Jahren.

## **Ausbau der Mittelweser**

Der Ausbau der Mittelweser für den Verkehr von Großmotorgüterschiffen ist kaum vorangekommen. 1988 verständigten sich der Bund und das Land Bremen auf eine gemeinsame Finanzierung. Ein Drittel der Kosten sollte und wollte Bremen bezahlen, zwei Drittel der Bund. Vertragsinhalt und Ziel des Projekts war es, die Weser zwischen

Minden und Bremen auch für Großmotorgüterschiffe befahrbar zu machen. Zwar hat Bremen inzwischen die aufgerufenen 22,5 Millionen Euro bezahlt, aber das vereinbarte Drittel ist damit längst nicht erreicht. Die Gesamtkosten werden aktuell auf etwa 200 Millionen Euro geschätzt. Bremens Anteil nach der Drittelregelung beträgt demnach: 66,6 Millionen Euro – rund dreimal so viel wie ursprünglich veranschlagt.

Bremen kann diese Mittel nach Auskunft des Wirtschaftsressorts nicht bereitstellen. Nach etlichen Verhandlungsrunden hat der Bund sich bereit erklärt, die restlichen Kosten allein zu tragen. Bremen kommt als Gegenleistung für die Unterhaltung kleinerer Bundeswasserstraßen im Bremer Verwaltungsgebiet auf – vor allem Wüme und Lesum. Die Kosten dafür veranschlagt der Wirtschaftssenator auf 475.000 Euro pro Jahr. Auch in 25 Jahren, mit diesem Zeitraum wird zunächst kalkuliert, wären dies mit knapp 12 Millionen Euro deutlich weniger als die nach und nach fälligen 44 Millionen Euro für die Mittelweser.

Bremen ist zwar finanziell entlastet, es ist aber zu befürchten, dass der Bund nun die ursprünglichen Ausbauziele verschlankt. Mit der neuen Finanzierungsvereinbarung hätte Bremen nur noch eingeschränkte Möglichkeiten, auf das Projekt Einfluss zu nehmen.

## **Immer tiefer: der Industriehafen**

Die Bereiche des Industriehafens, die von tiefgehenden Schiffen genutzt werden, sind um etwa einen Meter vertieft worden. Nun können Schiffe mit bis zu 10,50 Meter Tiefgang einlaufen. Des Weiteren soll 2015 auch die enge Durchfahrt vor den Weserport-Terminals im vorderen Bereich des Hütten-



hafens verbreitert werden. Bei Belegung des Weserport-Terminals 1 mit einem etwa 32 Meter breiten Panmax-Schiff stehen einem durchfahrenden Schiff dort derzeit nur 35 Meter Breite zur Verfügung. Tanker, die die Anlagen von HGM Energy anlaufen, können wegen des einzuhaltenden Sicherheitsabstandes nur 19 Meter breit sein. Für breitere Schiffe ist wegen der Engstelle ein kurzfristiges Verholen des Schiffs erforderlich, das bei Weserport liegt – das kostet Zeit und Geld. Die beiden Infrastrukturprojekte im Industriehafen kosten 21,6 Millionen Euro.

#### **Großraum- und Schwertransporte in Bremen**

Die Handelskammer lädt regelmäßig gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu Gesprächen ein, um die Abwicklung von Großraum- und Schwertransporten über Bremen zu verbessern. Verlader, Spediteure und bremische Behörden suchen hier gemeinsam nach Lösungen. Seit 2012 haben acht Gesprächsrunden stattgefunden, zuletzt im Dezember 2015. Ein Ergebnis der Gespräche: Die Verkehrsdeputation hat beschlossen, die Nacht von Sonntag auf Montag (22.00 bis 6.00 Uhr) als so genannte fünfte Transportnacht vom Wochenendfahrverbot freizugeben. Zudem ist mit Wirkung zum 1. Juni 2014 die Möglichkeit einer sechsten Transportnacht für unbegleitete Transporte (Transitverkehre über die Autobahn) per Erlass durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr geschaffen worden.

#### **DIHK Arbeitskreis Seeverkehr und Häfen: Positionen und Prognose**

Der Arbeitskreis unter Vorsitz der Handelskammer Bremen tagte im Mai 2015 in Hamburg. Themen waren unter anderem die Vorbereitung des IHK Nord-Positions-papiers für die Nationalen Maritimen Konferenz, die IHK Nord-Sonderauswertung der Seeverkehrsprognose und die Lotsabgabe. Im November fand die zweite Sitzung statt. Im Mittelpunkt stand die Nachbetrachtung der Maritimen Konferenz am 19. und 20. Oktober in Bremerhaven.

#### **Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen**

Die Handelskammer wurde als ständiger Gast im Ausschuss der Bürgerschaft für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen aufgenommen.

#### **Strategien für die Transport- und Logistikwirtschaft**

In einer Reihe von Fachveranstaltungen hat die Handelskammer über unternehmensstrategische sowie tagesaktuelle Themen für die Transport- und Logistikwirtschaft berichtet. Im Einzelnen wurden dabei folgende Themen behandelt: Mindestlohn im Transport- und Logistikgewerbe, Innovationen in der Logistik, Logistikmarketing für kleine und mittlere Unternehmen, Transport- und Ladungssicherheit, Meldeformalitäten für ein- und auslaufende Schiffe, Chancen des Eisenbahngüterverkehrs im Nordwesten, Verlängerung der Theodor-Barth-Straße zum Autobahnanschluss Achim-West sowie die verkehrlichen Auswirkungen der geplanten Straßenbahnquerverbindung Bremen-Ost.

## **Bremerhaven**

#### **Offshore-Terminal Bremerhaven muss kommen**

Ende November 2014 hat das Land Bremen die Ausschreibung für den Betrieb des Offshore-Terminals Bremerhaven (OTB) gestartet. Vor dem Abschluss eines Betreibervertrags als Dienstleistungskonzession steht ein europaweites wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren, bei dem sich die BLG beworben hat. Der Zuschlag sollte im vierten Quartal 2015 erteilt werden. Der OTB soll eine etwa 500 Meter lange Kaje bekommen und Liegeplätze für zwei bis drei Errichterschiffe bieten. Der Bau der Infrastruktur wird in einem separaten Vergabeverfahren ausgeschrieben. Verlaufen beide Verfahren optimal, kann die Verladeanlage für Offshore-Windenergieanlagen 2018 in Betrieb genommen werden. Sollte allerdings geklagt werden, würde dies das Projekt weiter verzögern.

#### **Verkehrsentwicklungsplan Bremerhaven 2030**

Die IHK Bremerhaven hat sich 2015 intensiv mit dem „Verkehrsentwicklungsplan Bremerhaven 2030“ befasst. Der letzte Generalverkehrsplan datiert aus dem Jahr 1995, eine Neufassung ist dringend nötig. Denn Bremerhaven hat sich erheblich verändert. Dies betrifft zum Beispiel die Offshore-Windenergie, den Wissenschaftsstandort und die touristische Attraktivität.

Die IHK hat in einer Arbeitsgruppe des Verkehrsausschusses ihre Forderungen für den Verkehrsentwicklungsplan formuliert und in einem Posi-

# LEISTUNGSBILANZEN

tionspapier zusammengefasst. Sie fordert darin ein Maßnahmenprogramm für sämtliche Verkehrsmittel, das Prioritäten und Handlungsschwerpunkte beinhalten muss. Maßnahmenprogramm und Verkehrsentwicklungsplan müssen in einem breit angelegten, transparenten und offenen Prozess mit sämtlichen relevanten Akteuren diskutiert werden.

Klare Position der IHK ist es, dass Bremerhaven auch für die motorisierten Verkehrsteilnehmer und insbesondere den Wirtschaftsverkehr gut und leicht erreichbar bleiben muss. Die Verkehre dürfen innerhalb der Stadtgrenzen nicht systematisch verlangsamt werden. Ein Schlüsselthema ist die Anbindung der Häfen. Da die Stadt Bremerhaven und das Land Bremen begrenzte finanzielle Mittel haben, plädiert die IHK für einen Investitionsschwerpunkt auf dem Gebiet der modernen Verkehrsleitsysteme. Damit lässt sich der Verkehrsfluss optimieren und die Stauzeit verringern. Ferner sollten aus Sicht der Kammer der Verkehrsentwicklungsplan mit einem Einzelhandelsentwicklungskonzept verknüpft werden. Die Leitbilder und Planungsziele des Verkehrsentwicklungsplans Bremerhaven 2030 wurden von einem Projektbeirat und einer Lenkungsgruppe erarbeitet. In beiden Gremien ist die Bremerhavener Wirtschaft vertreten.

## **Förderverein Pro A20: Autobahnprojekt als vordringlicher Bedarf eingestuft**

Gast auf der Mitgliederversammlung des Vereins am 12. Februar 2015 war der Berliner Staatssekretär Enak Ferlemann. Die Planung des Projekts sei bereits weit fortgeschritten und die A20 erfülle die Kriterien des Bundes für bevorzugte Verkehrsprojekte vollauf, so Ferlemann: „Um eine Aufstockung der



Emanuel Schiffer führt den Förderverein Pro A20

Küstenautobahn in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans mache ich mir keine Sorgen. Dieses Projekt kommt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in diese höhere Kategorie.“ Der Vorsitzende des Fördervereins, Emanuel Schiffer, berichtete außerdem über die Aktivitäten des Vereins, beispielsweise die Marketingkampagne „Küstenroute“. Sie wird mit Plakaten länderübergreifend für die A20. Die Veranstaltungsreihe „10 x 11,3 km“, die entlang des Planungsraumes der A20 stattfindet, wird fortgesetzt.

## **„Bremerhaven im Aufbruch“**

„Bremerhaven im Aufbruch“ ist eine Veranstaltungsreihe, die die IHK mit der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) und der Handwerkskammer Bremen durchführt. Am 10. November 2015 präsentierten die Handwerksunternehmen Tischlerei Lenz, Fulle und

Lücken, Dentallabor Rübeling, E+A Elektrotechnik und Aggregatbau Betriebsgesellschaft und die Huth Zaun- und Torsysteme GmbH ihre Produkte und Dienstleistungen.

## **„Fisch-Gipfel“ der Fisch- und Lebensmittelwirtschaft**

Am 26. April 2015 lud der Fisch- und Lebensmittelwirtschaftliche Ausschuss der IHK Bremerhaven zum vierten Mal zum „Fisch-Gipfel“ während der Fischparty im Fischereihafen. Gäste auf der mittelalterlichen Hansekogge waren unter anderem Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, Oberbürgermeister Melf Grantz, IHK-Präsident Hans-Christoph Seewald, die IHK-Vizepräsidenten Piet Rothe und Stephan Schulze-Aissen und Wirtschaftssenator Martin Günthner, der die besondere Identifikationswirkung von Fisch für die Stadt Bremerhaven und ihre Bewohner unterstrich.

## **Bremerhavener Fischessen in Berlin**

Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa, Ulrike Hiller, die Bremerhavener Fisch- und Lebensmittelindustrie, die Fischereihafen-Betriebsgesellschaft und die IHK Bremerhaven luden am 10. September 2015 zum 16. Mal zum Bremerhavener Fischessen ein. In der Bremischen Landesvertretung in Berlin begrüßten sie rund 200 Gäste. An einer Diskussionsrunde über die Stärken des Standortes Bremerhaven nahmen Jürgen Marggraf, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Frosta AG und Vorsitzender des Bundesmarktverbandes der Fischwirtschaft, Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, und Dr. Frank Thoss von der Handelskammer Bremen teil.

# Industrie, Innovation, Umwelt

## Bremen

### **Digitalisierung der Wirtschaft:**

#### **Veranstaltungen mit Blick nach vorn**

Digitalisierung der Wirtschaft heißt das DIHK-Schwerpunktthema 2015/2016. In ihren Veranstaltungen hierzu befasste sich die Handelskammer mit Themen wie Breitbandversorgung in Gewerbegebieten, Cloud Computing für den Einsatz in kleinen und mittleren Unternehmen und die Möglichkeiten und Vorteile einer digitalen Finanzbuchhaltung.

Diskutiert wurde auch der Einsatz der elektronischen Rechnung in der öffentlichen Verwaltung. Die entsprechende neue EU-Richtlinie verpflichtet alle öffentlichen Auftraggeber bis zum Jahr 2018, elektronische Rechnungen anzunehmen und zu verarbeiten. Europaweit sollen dafür Standards entwickelt und ein länderübergreifend einheitliches Rechnungsformat geschaffen werden. Die Bremer Verwaltung erarbeitet gemeinsam mit Unternehmen die Rahmenbedingungen für die Umsetzung eines einheitlichen elektronischen Rechnungsformats in der EU. Handelskammer Bremen, Handwerkskammer Bremen und Senat haben ein gemeinsames Projekt zur Einführung der E-Rechnung in Bremen vereinbart.

### **Umwälzende Veränderungen**

#### **nutzen: Industrie 4.0**

Das verarbeitende Gewerbe wird von einem tiefgreifenden, von der Informa-

tions- und Kommunikationstechnologie getriebenen Wandel erfasst. Die Formel hierfür lautet Industrie 4.0. Sie bedeutet, dass die am Produktionsprozess beteiligten Komponenten – Maschinen, Betriebsmittel, Auftrags- und Lagersysteme, Logistik etc. – über Sensoren und Netzwerke selbstständig miteinander kommunizieren. Die Produktionsstätte der Zukunft denkt mit: Die vernetzte digitale Produktion macht das möglich.

Das Thema spielte 2015 eine wichtige Rolle in der Arbeit der Handelskammer. So wurde beispielsweise in einer Veranstaltung der Reihe „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ das Thema „Smart Services“ beleuchtet. Smart Services-Lösungen reichen von direkt mit den Maschinen verbundenen Ersatzteilshops inklusive einer vorausschauenden Fernwartung über die webbasierte Verwaltung von Fahrzeug- und Fahrerdaten der Gabelstaplerflotte bis zu Telematik-basierten KFZ-Versicherungen, die die tatsächliche Fahrzeugnutzung berücksichtigen. In einer weiteren Veranstaltung wurde der Einsatz von Cloud Computing als unterstützende Technologie für Industrie 4.0-Lösungen thematisiert.

### **Kritik am Hochschulreformgesetz**

Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft haben für beide Seiten einen hohen Stellenwert: Unternehmen erhalten Zugang zu den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und können diese in innovative

Produkte umsetzen. Der Nutzen für Hochschulen besteht vor allem in einem stärkeren Praxisbezug ihrer Arbeit sowie in der Erschließung von Drittmitteln.

Die Novelle des bremischen Hochschulgesetzes (Drittes Hochschulreformgesetz) hemmt hingegen wirtschaftliche Innovationen. Statt die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft und den Technologietransfer zu erleichtern, wird beides faktisch erschwert, beispielsweise durch die Pflicht zur Offenlegung der Drittmittelprojekte. Wenn Inhalte von Forschungsk Kooperationen aber veröffentlicht werden, schwächt das die Bereitschaft der Wirtschaft, mit den Hochschulen zusammenzuarbeiten.

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven haben das Reformgesetz deshalb deutlich kritisiert. Sie stehen im Austausch mit den bremischen Hochschulen in vielfacher Hinsicht. Dazu gehören gemeinsame Veranstaltungen wie „Exzellenz in 60 Minuten“ mit der Universität Bremen, die Mitarbeit Initiativkreis zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers an der Hochschule Bremen und die Schirmherrschaft für die Jacobs University Career Fair.

### **Novellierung des**

#### **Energiedienstleistungsgesetzes**

Das neue Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) schreibt regelmäßige Energieaudits vor. Diese Pflicht



# LEISTUNGSBILANZEN

trifft alle Unternehmen, die nicht unter die KMU-Definition der EU fallen. Ob aber ein Unternehmen in diese Kategorie fällt, ist häufig schwer zu ermitteln. Die beiden Kammern im Land Bremen haben die Unternehmen persönlich, über die Medien und in verschiedenen Veranstaltungen darüber aufgeklärt, beraten, ob sie von der neuen Pflicht betroffen sind und wie sie dieser nachkommen können.

## **Neue Abgasstandards für Baumaschinen**

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat die Anforderungen an die Abgasstandards von Baumaschinen bei der Ausschreibung von Bauleistungen erhöht. Die Handelskammer hat im Vorfeld gegen diesen politischen Plan gemeinsam mit der IHK Bremerhaven, der Handwerkskammer, der Kreishandwerkerschaft, dem Bauindustrieverband, dem Baugewerbeverband und dem Garten- und Landschaftsbauverband interveniert, weil eine Einführung dieser Standards nur in Bremen für die bremische Wirtschaft zu einer Wettbewerbsverzerrung führen würde. Die geänderten Vergabebedingungen werden jedoch ab 2016 angewendet.

Künftig können sich nur noch Unternehmen um Bauaufträge der öffentlichen Hand im Land Bremen bewerben, deren Baumaschinen den geforderten Abgasstandards entsprechen. Dies erfüllen nur neue Maschinen. Ältere müssen aufwändig und überaus kostenintensiv mit Rußpartikelfiltern nachgerüstet werden. Die Handelskammer hat die Bauunternehmen am 23. September im Haus Schütting über die neuen Anforderungen und die technischen Umsetzungsmöglichkeiten informiert.

## **Änderung des Entwässerungsortsgesetzes**

Das Umweltressort hat eine Änderung des Bremischen Entwässerungsortsgesetzes (EOG) angekündigt, um die Vorschriften an die rechtliche Praxis anzupassen. Die Regelung sollte die Anlageninhaber jedoch auch dazu verpflichten, ihre Abwasserleitungen stets dicht und wurzelfest zu halten. Das hat die Handelskammer in einer Stellungnahme kritisiert und abwenden können. Bislang werden die Kontrollen bei der Errichtung und Änderung von Anlagen durchgeführt. Dies gewährleistet die Dichtheit seit Jahren im ausreichenden Maß. Eine darüber hinausgehende ständige Leitungsprüfung wäre finanziell und praktisch unzumutbar.

## **Bewirtschaftungsplan Weser: ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis**

Die Wasserrahmenrichtlinie der EU strebt unter anderem die Herstellung eines „guten Zustands“ der europäischen Gewässer an. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten regelmäßig Maßnahmen festlegen. Für die Weser wurden gleich zwei Bewirtschaftungspläne erstellt: für die gesamte Flusseinheit und das bremische Landesgebiet. In ihren jeweiligen Stellungnahmen dazu plädierten die beiden Kammern in Bremen für ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Die Unternehmen leisten bereits einen erheblichen Beitrag: Mit ihren Abwasserabgaben und Wasserentnahmegebühren tragen sie zur Verbesserung der Gewässergüte bei. Deshalb muss stets ein vernünftiger Kompromiss zwischen den ökologischen Anforderungen und den ökonomischen Realitäten gefunden werden.

## **Änderungen im Abfallrecht**

Das Abfallrecht steht vor wichtige Änderungen: In Berlin arbeiten das Wirtschafts- und Umweltministerium an einem Wertstoffgesetz (WertstoffG), um das bisherige Entsorgungssystem weitreichend zu reformieren. Der DIHK hat hierzu eigens die „AG WertstoffG“ gegründet, um eine gemeinsame Position aller Kammern vorzubereiten. Die Handelskammer wirkt darin mit. Für Unternehmen relevant wurde bereits eine zweite wichtige Änderung: Das neue Elektroggesetz trat in Kraft. Die Handelskammer stellte der Wirtschaft die darin enthaltenen neuen Dokumentations- und Registrierpflichten in einer Informationsveranstaltung vor.

## **Effizientzisch Bremen gestartet**

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen bis zum Jahr 2020 500 Effizienz-Netzwerke auf den Weg gebracht werden. In diesen Netzwerken schließen sich Unternehmen zusammen, setzen sich gemeinsam Ziele, ihre Energieeffizienz zu steigern, und unterstützen sich bei der Umsetzung. Vom Erfahrungsaustausch und der Kooperation profitiert die gesamte Gruppe. Die Handelskammer hat hierfür einen Effizientzisch in Bremen gestartet – gemeinsam mit der Klimaschutzagentur energiekonsens, der Bremer Aufbaubank, der Wirtschaftsförderung Bremen der BEKS EnergieEffizienz GmbH sowie dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr. Das Netzwerk arbeitet zunächst für drei Jahre und wird intensiv begleitet.

## **Engagement für den Klimaschutz**

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven unterstützen das Bremer Netzwerk „umwelt unternehmen“, das sich für den Klimaschutz ein-



Die „Lange Nacht der Industrie“ lockt Jahr für Jahr Scharen von interessierten Besuchern in die Bremer Industriebetriebe, wie hier zu Kelloggs.

setzt. In gemeinsame Veranstaltungen wurden Unternehmen über Umwelt- und Energiethemen informiert. Beide Kammern wirken auch in der Jury des Bremer Umweltpreises mit. Der auf Initiative der Bremer Aufbaubank ausgelobte Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und zeichnet Unternehmen aus, die innovative Umweltlösungen entwickelt und umgesetzt haben.

#### „Lange Nacht“ der Industrie: Blick hinter die Kulissen

Seit 2009 führen die Handelskammer Bremen und der Arbeitgeberverband Nordmetall jährlich die „Lange Nacht“ der Industrie durch. Das Interesse ist sehr hoch. Die Zahl der Anmeldungen überstieg jedes Jahr die freien Plätze. An der 7. „Langen Nacht“ am 12. November 2015 beteiligten sich Anheuser-

Busch InBev Deutschland, CHS Container Handel, Daimler, GESTRA, Hella Fahrzeugkomponenten, Kellogg Manufacturing, swb und ThyssenKrupp System Engineering. Es hatten sich rund 850 Teilnehmer angemeldet.

#### Food-Cluster in Bremen: bessere öffentliche Wahrnehmung

Auf Einladung der IHK-Nord (ein Zusammenschluss der 13 norddeutschen Industrie- und Handelskammern) und der Handelskammer Bremen trafen sich am 25. Juni 2015 Vertreter der norddeutschen Lebensmittel- und Ernährungsverbände im Haus Schütting. Wichtigste Themen waren es, die Bedeutung und Notwendigkeit von regionalen Food-Clustern herauszustellen und die öffentliche Wahrnehmung der norddeutschen Ernährungswirtschaft

zu verbessern. Darüber hinaus wurden Ideen für eine gemeinsame Interessenvertretung der Branche erörtert. Auf den weiteren Treffen sollen Themen wie Qualitätssicherung, Industrie 4.0, Fachkräftesicherung, Internethandel im Lebensmittelbereich, Innovationsprozesse und Internationalisierung behandelt werden. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist Bremens zweitgrößte Industriebranche nach dem Straßenfahrzeugbau.

#### Vielfalt der Normung

Jährlich findet das Bremer Normenforum statt. Die Veranstaltung am 9. September 2015 zeigte erneut die große Vielfalt der Normen: Egal ob eine Zahnbürste, ein Baby-Schnuller oder ein Fahrrad – Normung begleitet uns auf Schritt und Tritt. Sie legt Form, Größe

# LEISTUNGSBILANZEN

und Ausführung gleichartiger Erzeugnisse fest, so dass genormte Teile problemlos und kostensparend austauschbar sind. Die Fachveranstaltung wurde in enger Kooperation mit der Regionalgruppe Weser-Ems des Ausschusses Normenpraxis (ANP) und dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) durchgeführt. Darüber hinaus gab es für die bremischen Unternehmen in regelmäßigen Abständen Sprechtage, um Fragen zur CE-Kennzeichnung mit Experten zu klären.

## Patent, Marke & Co

Gewerbliche Schutzrechte helfen Unternehmen, neue technische Erfindungen, Namen, Kennzeichen oder Designs zu schützen. Damit verhindern sie, dass ein anderer ihre Ideen wirtschaftlich verwertet, Produkte der Konkurrenz wie ihre aussehen und jemand ihren guten Namen für seine Zwecke verwendet. In gemeinsamen Veranstaltungen mit der Handwerkskammer Bremen und Bremer Patentanwälten hat die Handelskammer Unternehmen über Paten- und Markenschutz informiert. Zudem stand den Unternehmen monatlich ein Patentanwalt für Einzelberatungen zur Verfügung.

## Fit für Europa

Das EU-Rahmenprogramm „Horizon 2020“ bietet kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verstärkte Fördermöglichkeiten in Sachen Forschung und Innovation. So können sehr innovative Firmen während des gesamten Innovationszyklus von der Idee bis zur Markteinführung gefördert werden. In gemeinsamen Veranstaltungen mit dem EEN Enterprise Europe Network Bremen/Bremerhaven stellte die Handelskammer das Programm und das Dienstleistungsangebot des EEN vor.

## Bremerhaven

### Informationsgespräch zu Entwicklung der Offshore-Industrie in Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven hat am 11. September 2015 gemeinsam mit der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH und dem IWES Fraunhofer Institute for Wind Energy and Energy Systems Technology ein Informationsgespräch zur Entwicklung der Offshore-Industrie in Bremerhaven geführt. Zu Gast waren dabei Wissenschaftler aus Japan. Besonderer Fokus des Gesprächs lag auf der Entwicklung des Offshore Standortes Bremerhaven. Hierbei wurde der positive Effekt auf die allgemeine Stadtentwicklung erörtert. Auch Entwicklungspläne und politische Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Offshore-Industrie wurden diskutiert.

### Unterweisungen im Arbeitsschutz

Eine sichere und gesundheitsgerechte Arbeitsweise im Einklang mit dem Arbeitsschutz war das Thema der Veranstaltung „Umgang mit Gefahrstoffen – Anforderungen und Schutzmaßnahmen“ am 18. Februar 2015 in der IHK Bremerhaven. Eine gute Arbeitspraxis im Umgang mit Gefahrstoffen ist die Basis für einen produktiven Arbeitsablauf und für die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter. Wie diese im Betrieb am besten umgesetzt wird, haben die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen, externe Arbeitssicherheitsbeauftragten und das Unternehmensbeispiel der Deutschen See gezeigt. Eine weitere Veranstaltung befasste sich mit dem Thema „Gefährdungsbeurteilung einfach“. Die Gefährdungsbeurteilung ist gesetzliche Pflicht im Arbeitsschutz.

### Arbeitskreis Energie: wohin es künftig gehen muss

Vertreter eines breiten Spektrums der Bremerhavener Wirtschaft und der Energie-Branche bilden seit 2013 den Arbeitskreis Energie. Er tagte 2015 vier Mal. Im Februar wurden der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz, das Bremische Klimaschutz- und Energiegesetz und das Energiedienstleistungsgesetz diskutiert. Auf Initiative des Arbeitskreises fand im März eine Veranstaltung zum Energiedienstleistungsgesetz in der IHK statt. Auf der Juli-Sitzung des Arbeitskreises berichtete bremerports-Geschäftsführer Robert Howe über das Offshore Terminal Bremerhaven, den Planungsprozess und die Komplexität des Verfahrens sowie die Wirtschaftlichkeitsanalysen von Prognos und Planco. In der Septembersitzung stellte der Geschäftsführer der swb Bremerhaven und Vorsitzender des Arbeitskreises, Axel Siemsen, das Strommarktdesign der Bundesregierung vor. Im November befasste sich der Arbeitskreis mit seiner künftigen Ausrichtung in der neuen gemeinsamen Handelskammer

### Kurs Klimastadt

Die IHK Bremerhaven begleitet das Programm „Kurs Klimastadt“. So arbeitet sie zum einen in dem Arbeitskreis Wirtschaft/Wirtschaft mit der Bremerhavener Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS und dem Alfred Wegener Institut zusammen. Der Kreis ist eine offene „Innovationsplattform Klima“ für Aktivitäten der Wirtschaft bzw. Interaktion zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Zum anderen engagiert sich die IHK in dem Arbeitskreis E-Mobilität. Er lud im September zu der Veranstaltung „Klimastadt fährt Elektro!“ ins Schaufenster Fischereihafen ein.





Das Themenfeld Energie ist in Bremerhaven verortet; die Offshore-Industrie ist eine starke Branche. Auszubildende machen als Energie-Scouts (Bild links) einen guten Job.

Bei dem Elektroautomobiltag hatten Unternehmen die Möglichkeit, verschiedene Modelle von Elektroautos kennenzulernen und sich mit den Betreibern von E-Autos wie E-Smart, Kangoo, E-Golf oder Tesla auszutauschen.

**Energieeffizientisch Bremerhaven: Analyse und Informationen für die Praxis**

Die IHK Bremerhaven begleitet das Projekt Energieeffizientisch in Kooperation mit der gemeinnützigen Klimaschutzagentur energiekonsens sowie Kursklimastadt. Der im Oktober 2014 gegründete Effizientisch – er ist auf zwei Jahre angelegt – bietet den teilnehmenden acht Unternehmen eine umfassenden Analyse der energeti-

schen Ist-Situation und praxisnahe Informationen zu den verschiedenen technischen Effizienzoptionen. Durch die Ermittlung und Bewertung von individuellen Einsparpotenzialen können Unternehmen ihre Energienutzung effizienter gestalten und Energiekosten senken. Die Ergebnisse aus bisherigen Effizientischen belegen: Teilnehmer steigern ihre Energieeffizienz um 5 bis 10 Prozent.

**Auszubildende als Energie-Scouts**

Die IHK-Organisation bietet in ihrer Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz eine Qualifizierungsmaßnahme für Auszubildende an. Die Azubis sollen als Energie-Scouts in ihren Ausbildungsbetrieben dazu bei-

tragen, Energieeinsparpotenziale zu erkennen, zu dokumentieren und Verbesserungen anzuregen. Die IHK Bremerhaven beteiligte sich an dem Projekt und schulte 26 Auszubildende. Zuerst wurden im Juli Ausbilder und Umwelt/Energiebeauftragte über das Projekt informiert; im September und November nahmen dann 26 Auszubildende aus 11 Unternehmen an zwei Workshops teil. Im ersten Workshop wurden physikalische Grundlagen gelegt und Energieeffizienz sowie die Beleuchtung am Arbeitsplatz thematisiert. Im zweiten Workshop wurden die Checklisten der Arbeitsplätze ausgewertet und Maßnahmen für die Unternehmen entwickelt.

## Aus- und Weiterbildung

### Bremen

#### **Ausbildungsmarkt: weniger Bewerber**

Für die Unternehmen wird es schwerer, offene Ausbildungsplätze zu besetzen. So konnten 2015 bundesweit 32 Prozent der Betriebe nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Zehn Jahre zuvor waren es nur 12 Prozent. Damit steigt die Gefahr, dass sich Betriebe enttäuscht aus der Ausbildung zurückziehen. Bei kleinen Unternehmen ist diese Tendenz am stärksten ausgeprägt. Neue Zielgruppen werden gesucht: Laut Umfrage haben sich rund 75 Prozent der Ausbildungsbetriebe auf leistungsschwächere Jugendliche eingestellt. 2014 waren es erst 67 Prozent. Umso wichtiger ist es, dass Schulen die Jugendlichen intensiv auf die Anforderungen in einer Ausbildung vorbereiten.

Für lern- und leistungsstarke Schüler bieten mittlerweile viele Unternehmen die Möglichkeit eines dualen Studiums an. Die Kombination von betrieblicher Ausbildung und Studium eröffnet sehr gute berufliche Perspektiven. So werden in Bremen von der Hochschule Bremen, der FOM Hochschule für Oekonomie & Management, der Hochschule für Internationale Wirtschaft und Logistik (HIWL), der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen und der Universität Bremen bereits 20 duale Studiengänge angeboten, vor allem im kaufmännischen und im technischen Bereich.

Die Handelskammer hat sich 2015 in zahlreichen Initiativen für die Sicherung von Fachkräften für die Wirtschaft eingesetzt. Die Basis dafür bildet der Ausbildungspakt („Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014-2017“). Auch die Gründung der Jugendberufsagentur im Mai 2015 ist hier ein wichtiger Baustein.

Die Bedeutung der beruflichen Bildung in Bremen wird im Bildungsmonitor 2015 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) besonders gewürdigt. In der beruflichen Bildung und der wissenschaftlichen Ausbildung belegte Bremen Spitzenplätze unter den deutschen Bundesländern. Mit ihrer Ausbildungsqualität ist die bremische Wirtschaft bundesweit führend. Gemessen an der Zahl der Einwohner hat Bremen unter allen deutschen Bundesländern die höchste Zahl an verfügbaren Ausbildungsplätzen. Mit einer Ausbildungsstellenquote von 84,7 Prozent liegt Bremen deutlich über dem Bundesdurchschnitt (66,3 Prozent). Überdurchschnittlich gut sind die Abschlüsse der Auszubildenden wie auch der Absolventen von Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen. Sehr positiv ist auch, dass in Bremen die Zahl der Ausbildungsabrecher mit einer Quote von 26,7 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 28,3 Prozent liegt.

Zum Stichtag 31. Dezember waren bei der Handelskammer Bremen 3.116

neue Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen (Vorjahr: 3.096 Verträge). Damit ist das hohe Niveau des Vorjahres gehalten worden. Allerdings gab es in den Ausbildungsberufen zum Teil deutliche Veränderungen. Während im gewerblich-technischen Bereich wesentlich mehr Ausbildungsverträge als im Vorjahr geschlossen wurden, gab es im kaufmännischen Bereich zum Teil Rückgänge. So wurden beispielsweise bei Industriemechaniker/innen 19 Verträge mehr als im Vorjahr eingetragen (von 73 auf 92, entsprechend + 26%), während bei den Köchen bzw. Köchinnen ein deutlicher Rückgang um 30 Verträge (von 91 auf 61, entsprechend - 33%) festzustellen ist.

Im Bundesgebiet registrierten die IHKn bis Ende September 2015 insgesamt 301.317 neue Ausbildungsverträge. Das sind 1.612 weniger als im Vorjahr (- 0,5 Prozent).

#### **Aufbau der Jugendberufsagentur**

Im Mai 2015 haben die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, Senatsressorts und der Magistrat der Stadt Bremerhaven die Jugendberufsagentur gegründet. Durch die Zusammenführung von Fördermaßnahmen und durch eine gemeinsame Beratungsstruktur sollen mehr junge Menschen zu einem Berufsabschluss geführt werden und bei Bedarf entsprechende rechtskreisübergreifende Beratungs- und Unterstützungsangebote „aus einer Hand“ erhalten. Die Jugendberufsagentur ist der



Das duale Studium erfreut sich wachsender Beliebtheit. Die Kombination von betrieblicher Ausbildung und Studium eröffnet sehr gute berufliche Perspektiven.

zentrale politische Ansatz im Land Bremen, um die Ziele des Ausbildungspaktes und der Ausbildungsgarantie zu erreichen und mehr Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Handelskammer unterstützt diesen Ansatz und hat daher gemeinsam mit den Unternehmensverbänden im Lande Bremen bereits im April 2015 eine Kooperationsvereinbarung mit der Jugendberufsagentur abgeschlossen.

Das sehr gut etablierte und erfolgreich arbeitende Ausbildungsbüro in der Handelskammer kann aus Sicht beider Kooperationspartner ein wichtiger Netzwerkpartner der Jugendberufsagentur sein. Der Aufbau der Agentur an den drei Standorten Bremen-Mitte, Bremen-Nord und Bremerhaven muss allerdings noch deutlich an Fahrt aufnehmen, um die vorgesehene rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit

tatsächlich zu ermöglichen. Als Kooperationspartner setzt sich die Handelskammer in den entsprechenden Gremien dafür ein, dass sowohl rechtliche Fragen beim Datenschutz geklärt werden, als auch die räumliche und inhaltliche Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen und Personen forciert wird. Ob dies gelingt und junge Menschen – wie beabsichtigt – aus einer Hand begleitet und unterstützt werden, wird sich im Jahr 2016 zeigen.

#### **Ausbildungsgarantie: Wohin es geht**

Die Ausbildungsgarantie des Bremer Senats besagt, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren nach der Schule ein Ausbildungsplatz oder ein weiterführendes Angebot mit dem Ziel einer Berufsbildung angeboten werden soll. Vier Arbeitsgruppen haben unter Mitwirkung der Handelskammer Maßnah-

men-Empfehlungen erarbeitet. So wird seit Sommer 2015 mit der Bremer Berufsqualifizierung (BQ) das erste Ausbildungsjahr in schulischer Verantwortung in ausgewählten Berufen angeboten. Danach soll es einen direkten Übergang ins zweite Ausbildungsjahr in einen Betrieb geben. Im Gesundheits-, Pflege- und Erziehungssektor soll bis 2018 die Anzahl der schulischen Ausbildungsplätze erhöht werden. Für benachteiligte Jugendliche, die keinen dualen Ausbildungsplatz gefunden haben und keinen Zugang zu außerbetrieblichen BaE-Maßnahmen der Agentur für Arbeit besitzen, sowie für Jugendliche, die nach der BQ nicht in einem Betrieb angenommen wurden, werden zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze eingeworben. Für die Unternehmen werden die ausbildungsbezogenen Förderprogramme



# LEISTUNGSBILANZEN



Leistungen und Engagement finden ihre Anerkennung – ob beim Siergertypen-Wettbewerb (links) oder den Preisen der Hermann-Leverenz-Stiftung (rechts)

(„Chance betriebliche Ausbildung“, „Partnerschaftliche Ausbildung“ und „Ausbildungsdienstleistungen für Netzwerke“) weiterhin angeboten.

## **Berufsorientierung systematisch vermitteln**

Für die Zukunft der Jugendlichen im Land Bremen ist es sehr wichtig, dass die Berufsorientierung nicht nur in der Sekundarstufe I und II, sondern auch in den Gymnasien verbessert wird, um den Übergang von den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in die Arbeitswelt zu erleichtern. Die Handelskammer hat sich in vielen Diskussionsrunden dafür eingesetzt, dass geeignete Maßnahmen zwischen den Schulen und den Partnern koordiniert und vernetzt werden. Exemplarisch umgesetzt wurde die Bremer Berufsorientierungsrichtlinie durch die Initiative BerufsstART in Bremen-Nord. Initiiert wurde das Projekt von der Gerhard-Rohlf-Oberschule, unterstützt

wird es vom Wirtschafts- und Strukturrat Bremen-Nord (WIR) und der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB).

Das Bremer Qualitätssiegel „Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung“ unterstützt seit 2006 die Schulen in diesem Bereich. 2015 wurde das Gymnasium Vegesack ausgezeichnet. Es hatte in einem umfangreichen Prüfverfahren eine Jury von seinem schulischen Berufsorientierungskonzept und dessen Umsetzung überzeugt. Neben einer schriftlichen Ausarbeitung bewertete die Jury die Gespräche mit der Schulleitung, Lehrern, Eltern und Schülern sowie dem Kooperationsbetrieb Airbus positiv. Mittlerweile tragen 30 Schulen das Qualitätssiegel.

## **Unternehmen besuchen Schulen**

Um die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen zu unterstützen und Schülerinnen und Schülern wirtschaftsnahe Themen zu vermitteln, starteten die Handelskammer

und das Bildungsressort 2015 die gemeinsame Kampagne „Unternehmen besuchen Schulen“. Die Handelskammer stellt Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen her, die Umsetzung erfolgt dann in Absprache zwischen den beteiligten Lehrkräften und Unternehmensvertretern. Das Programm richtet sich an alle Jahrgangsstufen der Sekundarbereiche I und II der allgemeinbildenden Schulen in der Stadtgemeinde Bremen. Beteiligt haben sich 51 Unternehmen und 36 Schulen. Es gab 55 Schulbesuche von Unternehmerinnen und Unternehmern; weitere sind in Vorbereitung.

## **Kultur für Auszubildende**

Zum zweiten Mal wurde für Auszubildende das Theaterfestival „Bremer Frühling“ veranstaltet. Vom 14. bis zum 19. April 2015 konnten viele junge Menschen unter dem Motto „Von Auszubildenden – für Auszubildende“ hinter die Kulissen des Theaters schauen und

sahen eine Auswahl von Produktionen. Das Festival ist ein gemeinsames Angebot des Bremer Theaters, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, der Handwerkskammer Bremen, des Weser-Kuriers und der Handelskammer Bremen. Rund 450 Auszubildende sahen in fünf Tagen elf Stücke.

#### **Chance für Studienaussteiger: „NewStart“**

Jedes Jahr steigen rund 100.000 Studierende bundesweit aus vielerlei Gründen aus dem Studium aus. Ein Ausstieg kann die Chance zur Neuorientierung und zur Aufnahme einer betrieblichen Berufsausbildung sein. Für Betriebe sind Studienaussteiger eine interessante Zielgruppe zur Sicherung ihres Fachkräftebedarfs. Denn die ehemals Studierenden verfügen allgemein über fundierte Schlüsselqualifikationen und haben oft bereits fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten erworben.

Hier setzt das Projekt „NewStart“ an. Beteiligt sind die Hochschule Bremen, die Universität Bremen, die Handwerkskammer, die Handelskammer, die Arbeitsagentur und Berufsschulen. Ziel ist, den Hochschulbereich und den Berufsbildungsbereich zu vernetzen und eine tragfähige Beratungsstruktur zu entwickeln. Parallel werden kleine und mittlere Unternehmen für diese Zielgruppe sensibilisiert. Bislang wurden 62 Studienaussteiger und 64 Unternehmen ausführlich beraten; 15 Studienaussteiger wurden in verschiedene Ausbildungsberufe an Bremer Unternehmen vermittelt.

#### **Aktionstag zur Ausbildung**

Welche neuen Ausbildungsberufe gibt es? Wie kann ich mich auf einen Einstellungstest und das Bewerbungsverfahren vorbereiten? Was erwartet mich in der Ausbildung? Diese Fragen wur-

den am „Tag der Ausbildungschance“ am 15. Juni 2015 beantwortet. Per Telefon-Hotline konnten Jugendliche sich über Berufsbilder, Ausbildungsmöglichkeiten und freie Lehrstellen bei den Ausbildungsberatern der Handelskammer Bremen und des Ausbildungsbüros im Unternehmensservice Bremen informieren. Am Aktionstag besuchte Jörg Schäfer, Ausbildungsberater der Handelskammer, die Gesamtschule Bremen-West (Lissaer Straße) und informierte vor Ort über die duale Berufsausbildung. In einer Talk-Runde wurden vor allem Bewerbungsfragen geklärt.

#### **Nachvermittlungsaktionen für Jugendliche**

2015 gab es erstmals, wie im Ausbildungspakt festgeschrieben, eine Nachvermittlungsaktion an drei Terminen (Juni, Juli, September). Am 25. Juni, deutlich vor Beginn der Sommerferien, und direkt nach Schuljahresende wurden viele Ausbildungsplatzsuchende in die Jugendberufsagentur eingeladen. Dort erhielten sie Informationen und Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungs- und Praktikumsplätzen.

Nach den Sommerferien am 14. und 15. September fand die dritte Aktion („Lehrstellenendspurt 2015“) statt. Es waren Vertreter der Bremer Kammern, das Jobcenter, der gemeinsame Arbeitgeberservice und die Berufsberatung in Bremen beteiligt. Es wurden 346 Ausbildungsplatzsuchende Jugendliche, die bis zum 31. August 2015 noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, eingeladen. 70 von ihnen hatten bis zur Nachvermittlungsaktion bereits einen Ausbildungsplatz erhalten, sich abgemeldet, oder eine Alternative gefunden. 179 Jugendliche folgten der Einladung trotz telefonischer Erinnerung nicht. Allen 99 Jugendlichen, die persönlich erschienen waren, wurde

mindestens ein Ausbildungsplatzangebot oder alternativ ein Angebot zur Einstiegsqualifizierung unterbreitet.

#### **Siegertypen: Wettbewerb für Engagement**

Gute Leistungen in der Ausbildung und darüber hinausgehendes Engagement zeichnen außergewöhnliche Auszubildende aus. Sie wurden am 7. Dezember im Kleinen Schauspielhaus am Goetheplatz als Siegertypen ausgezeichnet. Bei dem gleichnamigen Wettbewerb, den die Handelskammer, die Handwerkskammer und die IHK Bremerhaven seit acht Jahren gemeinsam ausrichten, werden nicht die Schulnoten, sondern besondere Projekte der Auszubildenden gewürdigt. Hierbei kann es sich beispielsweise um ein soziales Engagement handeln, um die Unterstützung von anderen Auszubildenden oder um einen besonderen Beitrag zur Unternehmenskultur. Neben den Auszubildenden werden auch die ausbildenden Unternehmen geehrt. Die Veranstaltung wurde durch die Hermann-Leverenz-Stiftung, die Karl-Nix-Stiftung, Bild Bremen und Radio Bremen Vier unterstützt.

#### **Ausbildung: Bundesbeste aus dem Land Bremen**

Die 10. Nationale Bestenehrung in IHK-Berufen unter dem Motto „Unsere bundesbesten Absolventen“ fand am 14. Dezember in Berlin statt. Gastredner war der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas. Als Auszubildender aus dem Land Bremen wurde Arne Bostelmann geehrt (Brauer-Beck GmbH & Co. KG).

#### **Stiftungen ehren Auszubildende**

Die Hermann-Leverenz-Stiftung zeichnete am 9. Oktober in der Handelskammer 38 Absolventinnen und Absolven-

# LEISTUNGSBILANZEN

ten für hervorragende Leistungen in den kaufmännischen Abschlussprüfungen aus. In einer Feierstunde überreichte Wolfgang Vogt-Jordan, Mitglied des Verwaltungsrates der Hermann-Leverenz-Stiftung, die Preise an 19 Kauffrauen und 19 Kaufmänner. Seit ihrer Gründung im Jahre 1965 vergab die Stiftung Geldpreise an insgesamt 1.376 Absolventen. Die Karl-Nix-Stiftung ehrte am 13. November die besten Bremer Absolventen allgemeinbildender Schulen sowie die Prüfungsbesten der Handelskammer und der Handwerkskammer. Seit 28 Jahren fördert die Stiftung junge Menschen und unterstützt gemeinnützige Projekte und Vereine.

## **Prüferschulungen für Prüferinnen und Prüfer**

Die Schulungen für die Prüferinnen und Prüfer der Handelskammer Bremen stießen 2015 auf eine gute Resonanz. Erstmals angeboten wurden diese Schulungen: die Korrektur von schriftlichen Weiterbildungsprüfungen und die Rolle des Vorsitzenden im Prüfungsausschuss. 2015 haben 70 Prüferinnen und Prüfer an einer Schulung teilgenommen. Das Beaufsichtigen von schriftlichen Aus- und Weiterbildungsprüfungen wird für die aufsichtführenden Personen anspruchsvoller. Zu ihrer Unterstützung hat die Handelskammer in Bremen und Bremerhaven drei Informationsveranstaltungen angeboten.

## **Weiterbildungsberatung im Unternehmensservice**

„Weiter mit Bildung und Beratung“ bietet Einzelpersonen und Unternehmen im Unternehmensservice umfassende Beratung zu allen Themen der beruflichen Weiterbildung, zu Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbenen

Berufsabschlüssen und zu den Möglichkeiten, Berufsabschlüsse nachzuholen. In der Weiterbildungsberatung erhalten kleinere Unternehmen Unterstützung bei der Personalentwicklung und bei der Ermittlung von Qualifizierungs- und Lernbedarfen für die Mitarbeiter. Dieser Service ist ein Kooperationsprojekt des Senators für Wirtschaft, Arbeit, Häfen, der Handelskammer und der Arbeitnehmerkammer. Die Beratung ist kostenlos und trägerneutral. 2015 wurden 81 Betriebe ausführlich beraten, es wurden 82 Weiterbildungsschecks ausgegeben (Ausgabestart: Juli 2015).

## **Weiterbildungsprüfungen**

Bei den kaufmännischen und gewerblich-technischen Fortbildungsprüfungen streben besonders viele Teilnehmer die Fortbildungsabschlüsse „Geprüfte/r Wirtschaftsfachwirt/-in und „Geprüfte/r Industriemeister/-in Fachrichtung Metall“ an. An den Ausbilder-eignungsprüfungen (AEVO), die von der Handelskammer monatlich angeboten werden, nahmen rund 900 Personen teil. Die AEVO-Prüfung ist eine der Voraussetzungen, um ausbilden zu dürfen. Die hohe Nachfrage macht deutlich, dass die IHK-Fortbildungsabschlüsse und das Prüfungsangebot der Handelskammer den Bedarfen der Unternehmen entsprechen.

## **Bremerhaven**

### **Aus- und Weiterbildungsbilanz**

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 waren bei der IHK Bremerhaven insgesamt 1.710 Ausbildungsverhältnisse eingetragen. Dies entspricht einem leichten

Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um rund drei Prozent (2014: 1.769 Verträge).

### **Ehrung der Besten in Bremerhaven**

2015 haben 32 junge Frauen und Männern die Berufsausbildung mit der Note „sehr gut“ abgeschlossen. Sie wurden für diese besondere Leistung am 15. September in einer Feierstunde der IHK Bremerhaven von Präsident Hans-Christoph Seewald geehrt. Zusätzlich ehrte der Präsident die Betriebe, in denen die Besten des Ausbildungsjahres ausgebildet wurden. Die Winterprüfung 2014/2015 und die Sommerprüfung 2015 verzeichneten insgesamt 767 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

### **Berufs-Info-Messe in der Stadthalle**

Auf der sechsten Berufs-Info-Messe (BIM) am 25. und 26. September präsentierten sich mehr als 50 Unternehmen und Institutionen. An den zwei Messtagen in der Bremerhavener Stadthalle wurden Ausbildungsplätze in mehr als 250 Berufen und rund 200 Studienmöglichkeiten vorgestellt. Zu der Messe, die auch von der IHK Bremerhaven mit getragen wird, zählte ein umfangreiches Rahmenprogramm.

### **Gemeinsame Nachvermittlungsaktion**

Bei der gemeinsamen Nachvermittlungsaktion der IHK, der Handwerkskammer, der Agenturen für Arbeit und weiteren Partnern im September ist fast allen 50 teilnehmenden Jugendlichen ein Angebot zur Ausbildung oder zur Einstiegsqualifizierung gemacht worden. 207 bisher unversorgte Jugendliche waren eingeladen worden.



# International

## Bremen

### Internationale Handelspolitik:

#### sachliche Betrachtung

Das EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), das Abkommen mit Kanada (CETA) und das sogenannte „plurilaterale“ Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen (TiSA) blieben 2015 in der öffentlichen Diskussion. Selten sind handelspolitische Fragen so intensiv debattiert worden wie in den vergangenen zwei Jahren.

Zum einen kann ein fortschrittlicher Ordnungsrahmen für international integrierte Märkte nur auf einer multinationalen Ebene definiert und bislang auch nur von den Exekutiven der beteiligten Länder verhandelt werden. Andererseits herrscht gegenüber den Regierungen und der EU-Kommission in der Bevölkerung ein tiefes Misstrauen, das sich aus der Finanzkrise und dem sorglosen Umgang mit Datenschutzinteressen beiderseits des Atlantiks speist.

Vertreter der Handelskammer waren in verschiedenen Podiumsdiskussionen, Informationsveranstaltungen, Inhouse-Seminaren und Gremiensitzungen für eine sachliche Betrachtung der Handelspolitik. In der Regel gab es wenig Dissens, wenn konkrete Fragen zur Anwendung von Normen- und Standards diskutiert wurden. Dagegen gab es zumeist keinen Konsens über die grundsätzliche Bedeutung einer

weiteren Integration der Märkte und einem entsprechenden Rechtsrahmen. Auch rechtliche Grundprinzipien des Marktzugangs und der Inländerbehandlung wurden unterschiedlich interpretiert hinsichtlich möglicher Gefahren aus den Handelsabkommen. Das Thema Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS) war kaum strittig, da auch die Wirtschaft für eine vernünftige Reform der überkommenen Streitbeilegung plädiert.

Politische Aufgabe ist es nun, die Verhandlungen transparenter zu gestalten. Die Handelskammer hat in ihrer Stellungnahme zum TTIP-Abkommen gefordert, Genauigkeit vor Schnelligkeit walten zu lassen und ein hohes Datenschutzniveau im transatlantischen Verhältnis zu gewährleisten.

#### Exportkontrolle gewinnt an Bedeutung

Die Sicherheits- und Embargopolitik wirkt sich zunehmend auf die Unternehmenspraxis aus. Der Beratungsbedarf wächst, da Unternehmen Embargomaßnahmen unverzüglich umsetzen müssen. Vor allem im Zuge der Sanktionen gegen Russland mussten viele Unternehmen ihre Warenverkehre im Hinblick auf die Exportkontrolle neu bewerten und justieren. Künftig wird der Iran ein Beratungsschwerpunkt, wenn sich das Sanktionsregime in 2016 lockern sollte.

Mit einer Reihe von Veranstaltungen wurden Unternehmen über die ex-

portkontrollrechtlichen Entwicklungen und Embargomaßnahmen informiert. Susanne Gellert, Leiterin der Rechtsabteilung bei der AHK New York, und Volker Wirsdorf, Leiter der Handelsabteilung beim US-Generalkonsulat in Frankfurt, berichteten beispielsweise über die neuen Regelungen des US-Exportkontrollrechts und ihre Bedeutung für deutschen Unternehmen.

Zudem hat sich die Handelskammer gemeinsam mit Verbänden der Wirtschaft dafür eingesetzt, das Exportkontrollrecht praxisgerecht fortzuentwickeln. In Kooperation mit der Handelskammer tagte im Schütting der Arbeitskreis Exportkontrolle des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BDEX). Hier werden Forderungen der mittelständischen Wirtschaft erarbeitet und über die Außenwirtschaftsverbände und den DIHK in die deutschen bzw. europäischen Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

#### Entwicklungspolitik: Verantwortung für Menschenrechte liegt bei der Politik

Die Bundesregierung hat einen Konsultationsprozess zur Umsetzung der UN-Leitlinien für Menschenrechte begonnen. Ihre Vorschläge könnten die Ordnungsrahmen der Wirtschaft beträchtlich verändern. Auch die neuen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen werden das wirtschaftliche Umfeld stark beeinflussen. Weiterhin sind auch in den jüngsten entwicklungs-

# LEISTUNGSBILANZEN



Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller (links) im Gespräch mit Vizepräsident Otto Lamotte und Kammer-Geschäftsführer Volkmar Herr

litischen Leitlinien des Bremer Senats Erwartungen die bremische Wirtschaft formuliert worden.

Die Handelskammer hat die Position der Wirtschaft in verschiedenen Konsultationen und Diskussionen verdeutlicht. Kern der Debatte mit Entwicklungspolitikern war die Frage, wie die Verantwortungsbereiche von Staat, Wirtschaft und Verbrauchern bei der weltweiten Gewährleistung von Menschenrechten und Grundbedürfnissen abzugrenzen sind. Für die Handelskammer liegt der Schutz der Menschenrechte in der Verantwortung des Staates und kann nicht auf die Wirtschaft abgewälzt werden, indem Unternehmen für Fehlverhalten und Missstände in Haftung genommen werden, die sie selbst nicht beherrschen können. Gute Entwicklungspolitik muss darauf hinwirken, dass Staaten eine

verantwortliche Regierungsführung aufbauen können, die den Schutz von Rechten sichert.

Die Unternehmen sind jedoch in dem Umfeld, das sie beeinflussen können, für die Achtung der Menschenrechte verantwortlich. Die deutsche Wirtschaft leistet bereits als Investor und Geschäftspartner in vielen Ländern entscheidende Beiträge zur Hebung des Wohlstandes und ist Vorbild bei betrieblicher Ausbildung und Arbeitsbedingungen vor Ort.

### **Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller: mittelständische Strukturen fördern**

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Dr. Gerd Müller, war 2015 Gast in der Handelskammer. Er war nach Bremen gekommen, um die Zukunftscharta vorzustellen, die Ziele für nach-

haltige Entwicklung der Vereinten Nationen formuliert und die das BMZ mit der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft erarbeitet hat. Müller besuchte auch die Bremer Baumwollbörse, die zu den Gründungsmitgliedern des Textilbündnisses zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Standards entlang der textilen Lieferkette gehört.

Mit Kammer- und Unternehmensvertretern diskutierte der Minister über die Rolle der Privatwirtschaft bei der Einkommenssteigerung und Armutsminderung in Entwicklungsländern. Für das Ministerium sei es wichtig, mit deutschen Unternehmern zusammenzuarbeiten und mittelständische Strukturen nach dem Vorbild der deutschen Industrie- und Handelskammern auch in den Entwicklungsländern zu fördern. Potenziale einer en-

geren Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft liegen vor allem im Agrarbereich, bei der Infrastruktur, der Förderung nachhaltiger Lieferketten und bei den erneuerbaren Energien sowie bei der Qualifizierung und Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt.

### **Neues EU-Zollrecht lässt viele Fragen offen**

2015 hat die EU ein neues Zollgesetzbuch mit umfangreichen Durchführungsvorschriften für den Unionskodex erarbeitet. Wichtige Fragen sind aber noch offen, besonders die Anwendung der sogenannten „vorübergehenden Verwahrung“ von Waren.

Die EU hat vorgeschlagen, zukünftig auch neue Sicherheiten von Importeuren zu verlangen, deren Waren noch nicht in einem üblichen Zollverfahren angemeldet wurden oder zum freien Verkehr abgewickelt worden sind, sich also noch vor Verzollung in Verwahrung der Importwirtschaft befinden. Die neue Garantie soll die Zahlung des Zolls und der Einfuhrumsatzsteuer sichern. Auch die geplanten Regeln zur Gesamtsicherheit dürften dazu führen, dass die importierende Wirtschaft vermehrt Kapital vorhalten muss und mehr Aufwand für die Stellung der Sicherheiten betreiben muss.

Die Handelskammer setzte sich zusammen mit dem DIHK bei der Bundesregierung, der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament dafür ein, bei der bisherigen Regelung zu bleiben. Keine neuen Belastungen bringen demgegenüber andere Umsetzungsregeln der EU, die zum Teil nur auf massiven Druck der Wirtschaft zustande gekommen sind. Dazu gehören eine Freigrenze in Höhe von 1.000 Euro bei den vereinfachten Ausfuhrver-

fahren, eine pragmatische Handhabung des Ursprungsrechts sowie bessere Möglichkeiten, Fehler in den Zollverfahren „heilen“ zu können.

In Bremerhaven gab es im September 2015 eine Informationsveranstaltung zum Unionszollkodex. Mehr als 40 Unternehmer informierten sich über die grundlegende Rechtsänderung.

### **Der Iran – zurück auf der Weltkarte**

Die Grundsatzvereinbarung der Mächte des Sicherheitsrates und Deutschlands mit dem Iran sieht eine schrittweise Lockerungen für das Sanktionsregime vor, die 2016 beginnen könnten. Das Potenzial für die deutsche Wirtschaft dürfte beträchtlich sein, bedingt durch den hohen Nachholbedarf der iranischen Industrie. Nach Jahren der Isolation sind kompetente Partner gefragt, die die bremische Wirtschaft unter anderem in den Bereichen Infrastruktur (Logistik/ Hafen- und maritime Wirtschaft/Verpackung), Maschinen- und Anlagenbau, Nahrungsmittelindustrie, Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik, Automotive, Baustoffe sowie Energie- und Umwelttechnologien (unter anderem Wasser- und Abwassertechnik) aufweist.

Die Handelskammer Bremen hat zusammen mit der AHK Iran rund 130 bremische Unternehmen über die Grundsatzvereinbarung unterrichtet. An einer zweiten Veranstaltung – in Zusammenarbeit mit dem Bremer Außenhandelsverband und dem Bundesverband des Deutschen Exporthandels – nahmen etwa 40 Unternehmen teil. Beide Veranstaltungen machten deutlich, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Iran-Geschäft nach wie vor höchst kompliziert sind und 2016 wohl für viele Produkte noch bleiben werden. Noch ungewiss ist, inwie-

weit die USA ihr Sanktionsregime weiterhin extraterritorial auch auf europäische Unternehmen anwenden werden und damit Finanzierungsfragen erschweren. Aufgrund des großen Interesses der Unternehmen bereitet die Handelskammer Bremen eine Markterkundungsreise in den Iran vor (Februar 2016).

### **Märkte in Russland unter Druck**

Für norddeutsche Unternehmen ist das Russland-Geschäft komplexer geworden. Das zeigten viele Gesprächs- und Expertenrunden in der Handelskammer. Vorbereitung und Prüfung des Waren- und Zahlungsverkehrs sind länger und aufwändiger geworden. Die beiderseitigen Sanktionen haben laut Umfragen für mehr als die Hälfte der Russlandaktiven deutschen Unternehmen – dies gilt auch für Bremer Unternehmen – negative Folgen. Am meisten zu schaffen machte den Unternehmen die Volatilität und die Abwertung des Rubels. Auch andere Rahmenbedingungen verschlechterten sich. Das betrifft den Zugang zu Finanzierungen, den Protektionismus, die Ausschreibungsbedingungen und die Neuorientierung der russischen Wirtschaft auf asiatische Märkte. Alles in allem beurteilten 85 Prozent der Unternehmen die weitere Entwicklung negativ. Ein Drittel der Unternehmen hat oder wird noch in Russland Personal freisetzen müssen.

### **Delegationsreise nach Chile und Peru**

27 Unternehmen verschiedenster Branchen aus Niedersachsen und Bremen besuchten auf Einladung der Industrie- und Handelskammern der Metropolregion Nordwest sowie der Länder Bremen und Niedersachsen Anfang Juni 2015 die Andenstaaten Chile und Peru.



# LEISTUNGSBILANZEN

Unter der Leitung von Staatssekretärin Daniela Behrens vom niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr informierten sich die Unternehmen über Geschäftsmöglichkeiten vor Ort. Es gab eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Gesprächen, Kooperationsbörsen sowie Besichtigungen von Unternehmen in Santiago de Chile und Lima und der Häfen Valparaíso in Chile und Callao in Lima. Die Teilnehmer knüpften Kontakte zu potenziellen Geschäftspartnern. Erfolgsgeschichten deutscher Unternehmen boten die ContiTech in Chile sowie Hidrostal und Heinz Glas in Peru. Die deutsche Wirtschaft genießt in Chile und Peru einen hervorragenden Ruf - deutsche Unternehmer werden mit offenen Armen empfangen.

## Delegationsreisen in Nachbarländer

Weitere Wirtschaftsdelegationsreisen führten in das nahe Ausland. In Luxemburg empfingen Großherzog Henri und Premierminister Xavier Bettel eine 20-köpfige Delegation mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Luxemburg ist sehr interessiert daran, die Kontakte zu vertiefen, insbesondere bei Logistik-, Windenergie- und Raumfahrtthemen. In den Innovationsclustern gibt es zahlreiche Ansätze für eine weitere Zusammenarbeit. Ein Gegenbesuch von Wirtschaftsminister Etienne Schneider ist 2016 geplant.

Attraktiv ist das Logistikcluster Bremen auch für Österreich, das als Hafenhinterland und Umschlagszentrum im Bereich Logistik und Transport für ganz Europa eine wichtige Rolle spielt. Bremen nutzte die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit, um mit 40 Vertretern aus Politik und Wirtschaft in Wien für den Standort an der Weser zu werben. Die Handelskammer nahm



mit den Vizepräsidenten Harald Emigholz und Frank Dreeke an einem Botschaftsempfang mit 800 hochrangigen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur teil. Weiterhin gehörten zum Reiseprogramm die „logistics talk“ in Graz und in Wien, eine Besichtigung des Wiener Hafens und Gespräche untern anderen bei der UNO und im neuen Wiener Stadtteil Aspern.

## Delegationen und Diplomaten besuchen Bremen

Zu Gast in Bremen waren die polnische Staatssekretärin Grazyna Henclewska und eine begleitende Wirtschaft- und Wissenschaftsdelegation. Vizepräsident Eduard Dubbers-Albrecht leitete ein Round Table Gespräch in der Handelskammer zum Thema Innovation und Forschung, das viel Potenzial auch in Kombination mit traditionellen Sektoren wie Maschinenbau, Automobilzulieferung, Logistik oder auch den erneuerbaren Energien bietet.

Ihre Antrittsbesuche in Bremen nutzen die Botschafter aus Frankreich, Chile und Äthiopien für einen Besuch im Schütting und für Gespräche mit

Unternehmern. Ebenfalls zu Besuch in der Handelskammer waren Vertreter aus Sri Lanka, Pakistan, Indonesien und China. Zum OAV-Stiftungsfest empfing die Handelskammer zehn Diplomaten aus Südostasien. Auch Teilnehmer von Markterkundungsreisen – Delegationen aus Hongkong (Luft- und Raumfahrt), der Türkei (Automobilindustrie, Denizli), Tunesien (Wissenschaftler, Technologietransfer) und Japan (Windindustrie) – machten Station in Bremen und in der Handelskammer.

## Ländernetzwerke

Im Dienstleistungsportfolio der Handelskammer spielen die Ländernetzwerke – es gibt mittlerweile acht solcher Netzwerke – eine wachsende Rolle als Informations- und Austauschplattform zu Basiswissen und aktuellen Themen. Dies zeigt beispielsweise das Ländernetzwerk der Türkei, wo die PKK-Konflikte die dort engagierten Unternehmer verunsichern, oder das Ländernetzwerk Russland, das in Zeiten von Sanktionen und Wirtschaftskrise wertvolle Informationen liefert. In den Treffen mit Experten wurden rechtli-



Ob mit Frankreichs Botschafter Philippe Etienne (linkes Bild) oder dem chinesischen Gesandten Xiaosi Li – die Handelskammer pflegt den internationalen Dialog.

che Rahmenbedingung sowie Absicherungs- und Personalfragen praxisnah erörtert.

Das Nordafrika-Netzwerk befasste sich mit der Maghreb-Region, die trotz schwieriger Bedingungen viel Potenzial für deutsche Unternehmen insbesondere für Logistik, erneuerbare Energien, Automobilzulieferer und die Elektroindustrie hat. Wer in Nordafrika Fuß fassen möchte, muss zunächst rechtliche und kulturelle Hürden bewältigen. Compliance-Regeln im US-Geschäft waren das Thema des USA-Netzwerkes. Im Türkei-Netzwerk wurden der Strukturwandel am Bosphorus und das aktuelle Spannungsfeld zwischen Politik und Wirtschaft erörtert.

#### Entwicklungszusammenarbeit im Portfolio der Handelskammer

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Entwicklungszusammenarbeit. Die Kooperation zwischen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und Un-

ternehmen aus der Region ist stärker geworden, hat aber auch noch Spielraum. So engagieren sich agrarwirtschaftliche Unternehmen beispielsweise in den grünen Innovationszentren des Bundesentwicklungsministerium MZ, die in 12 Ländern Afrikas sowie in Indien die Produktion und das Einkommen kleinbäuerlicher Betriebe steigern wollen. Mit der Bereitstellung von moderner Agrartechnik und der Lebensmittelverarbeitung können deutsche Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Effizienzsteigerung leisten. Weiterhin fördern IT-Dienstleister aus der Region den Aufbau effizienter und dezentraler Verwaltungsstrukturen in Afrika – eine Grundlage für gute Regierungsführung und wirtschaftliche Entwicklung.

Bremer Unternehmen halten darüber hinaus in globalen Lieferketten international anerkannte ökonomische, ökologische und soziale Standards ein, teilweise auch in Kooperation mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ein Bremer Unternehmen arbeitet beispielsweise mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Bangladesch und mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft in Vietnam zusammen, um dort die Sozial- und Umweltstandards in der Textilindustrie zu verbessern.

## Bremerhaven

#### Diplomaten in Bremerhaven

Zu Gast bei der IHK Bremerhaven war am 18. Mai 2015 die indonesische Generalkonsulin in Hamburg, Sylvia Arifin, die auch die Fischmanufaktur der Deutschen See besuchte und eine Ter-

minalrundfahrt unternahm. Weiterhin kam am 15. Juni 2015 Luisa Maria Marques Pais dos Santos Lowe, die portugiesische Generalkonsulin in Hamburg, zu einem wirtschaftspolitischen Gespräch in die IHK. Auch sie lernte die Fischmanufaktur kennen und traf im Deutschen Auswandererhaus Bremerhavener mit portugiesischen Wurzeln.

#### Business-Frühstück: Chancen in der Türkei

Bei einem „Business-Frühstück Türkei“ am 26. Oktober 2015 widmete sich die IHK in Kooperation mit der Handelskammer Bremen den ökonomischen Potenzialen der Türkei. Gemeinsam mit dem Vertreter der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer (DTIHK) informierten die Kammern über die vielfältigen Chancen und Möglichkeiten, die sich für die deutschen Unternehmen in der demokratischen Republik zwischen Vorderasien und Südosteuropa ergeben. Im Anschluss an das Business-Frühstück fanden Einzelgespräche mit den Unternehmen statt.

#### Informationen zum Unionszollkodex

Das europäische Zollrecht befindet sich im größten Umschwung seit dem Inkrafttreten des Zollkodexes im Jahr 1992. Um die Bremerhavener Unternehmen über grundlegende Rechtsänderungen im Unionszollkodex zu informieren, lud die IHK Bremerhaven am 7. September 2015 gemeinsam mit Zolloberamtsrat Andreas Heuer zu einer Informationsveranstaltung ein. Mehr als 40 Unternehmerinnen und Unternehmer nutzten die Möglichkeit, sich über die Aufgaben und Veränderungen des Zolls aufzuklären zu lassen. Die komplexen Durchführungsregelungen treten ab 1. Mai 2016 in Kraft.

## Starthilfe und Unternehmensförderung

### Bremen

#### Gründungsinteresse: Talfahrt gebremst?

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat in seinem Gründungsreport 2015 das Gründungsgeschehen (Basis 2014) untersucht. Danach verharrt das Interesse an der Gründung eines eigenen Unternehmens, gemessen an Beratungsgesprächen der IHKn mit Gründungswilligen, auf einem historischen Tief. Bei guter Arbeitsmarktkonjunktur suchen qualifizierte Fachkräfte eher eine Festanstellung. Zum dritten Mal in Folge verzeichnete die IHK-Gründungsstatistik einen Negativrekord. Nach einem Höchststand im Jahre 2004 mit rund 406.100 Einstiegs-gesprächen und Gründungsberatungen der IHKn waren es 2014 nur noch rund 227.700. In Bremen hat die Handelskammer 2014 rund 860 und 2015 rund 840 potenzielle Selbstständige beraten.

Zwei Drittel der Gründungsinteressierten wollen aus unternehmerischem Antrieb gründen und weniger aus Mangel an Erwerbsalternativen. Doch dies kann den Gesamttrend nicht ins Positive drehen. Statt innovativen Start-ups Rückenwind zu geben und so den künftigen Mittelstand zu unterstützen, schafft die Politik zusätzliche Hemmnisse für Unternehmensgründer. So warten viele innovative Start-ups seit langem auf das im Koalitions-

vertrag angekündigte Venture-Capital-Gesetz. Deutschland ist beim Wagniskapital noch immer Entwicklungsland. Investitionen in innovative Gründungsideen haben lange Amortisationsphasen und oft sehr unsichere Markterfolge. Daher ist ein Steuerrecht erforderlich, das beim Investoreneinstieg sowie beim Anteilseignerwechsel Verluste vollständig berücksichtigt.

Neben der Gründungsberatung bietet die Handelskammer Bremen viele Veranstaltungen, Seminare und Workshops für Gründungsinteressierte und für Interessenten an einer Unternehmensnachfolge an. Im Mittelpunkt steht das Existenzgründungs-Seminar, das mehrfach im Jahr schon seit 40 Jahren stattfindet. 2015 haben 50 Interessierte teilgenommen. Insgesamt gab es hier 16 Veranstaltungen mit 420 Teilnehmern.

Darüber hinaus hat die Handelskammer 2015 den B.E.G.IN-Gründungstag im Musical-Theater Bremen unterstützt. An der Bremer Existenzgründungsinitiative ist die Handelskammer beteiligt.

#### 2. Unternehmensnachfolgetag in der Handelskammer Bremen

Der betriebliche Nachfolgeprozess muss sorgfältig vorbereitet werden: Für den Seniorunternehmer, der sein Lebenswerk sichern möchte, gilt es, viele sensible Fragen zu klären und den Generationswechsel gründlich vorzubereiten. Bei dem 2. Unternehmensnachfol-

getag in der Handelskammer am 5. November wurden neben zwei Beispielen aus der Praxis aktuelle Informationen zur Erbschaftssteuerreform und die Regelung des Nachfolgeprozesses in Form einer „Familienverfassung“ vorgestellt. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Bankenverband Bremen, der Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN und dem Steuerberaterverband im Land Bremen durchgeführt.

#### Finanzierung für den Mittelstand

Der 3. Tag der Mittelstandsfinanzierung am 4. März 2015 widmete sich der Finanzierung von Vorhaben kleiner, mittlerer und inhabergeführten Unternehmen und den klassischen Finanzierungsinstrumenten. Aktuell hat sich die Finanzierungssituation bei vielen Unternehmen entspannt. Grund sind insbesondere die überwiegend freundliche Geschäftsentwicklung, hohe Liquiditätsreserven und ein Zinsniveau auf historischem Tief. Vertreter der privaten Kredit- und Versicherungswirtschaft haben in Kurzvorträgen den 80 Teilnehmern die Vorteile üblicher Finanzierungsinstrumente vorgestellt und standen anschließend auf einer Messe für Nachfragen und individuelle Gespräche zur Verfügung.

#### Mittelstandstreff: Informationen für kleine und mittlere Unternehmen

Die Mittelstandstreffe sind ein fester Bestandteil des Veranstaltungsprogramms der Handelskammer und rich-



ten sich an Entscheidungsträger und Geschäftsführer kleiner und mittlerer Unternehmen. Es geht um Hintergrundinformationen, die für den unternehmerischen Alltag sowie für die unternehmenspolitischen Perspektiven von Belang sind und 2015 insgesamt 180 Zuhörer in sechs Veranstaltungen fanden. Themen waren die rechtssichere Gestaltung von Arbeitszeugnissen, strukturelle Anpassungsnotwendigkeiten im Zuge von Industrie 4.0, die Potenzialanalyse von Führungskräften, Möglichkeiten der Vergütungsoptimierung, praxisorientierte Handlungsempfehlungen zur Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz und Methoden aus dem Lean Management zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Mittelstand.

#### **Bremer Unternehmertage 2015: Megatrend auf der Spur**

Nach der Mechanisierung, der Industrialisierung und der Automatisierung hat nun durch die Einführung intelligenter Produktionssysteme und Dienstleistungen die vierte industrielle Revolution begonnen. Dieser Megatrend war Thema der 11. Bremer Unternehmertage am 24. und 25. September 2015: „Industrie und Dienstleistung 4.0 – Die neue Realität?“ Der Mittelstandskongress ist eine gemeinsame Veranstaltung der Jacobs University Bremen, der Universität Bremen und der Handelskammer. Zum Auftakt machte Hendrik Weiler, Vorsitzender der Geschäftsführung der ABB Automation Products GmbH, in der Kaminabendrede deutlich, dass Produkte in Zukunft nicht mehr ohne innovative Dienstleistungen angeboten werden. Gerade für kleinere und mittlere Unternehmen böten sich durch Bündelung von intelligenten Produkten, Dienstleistungen



**ABB-Chef Hendrik Weiler war Gast der Bremer Unternehmertage**

und Wissen zu Lösungen für den kundenindividuellen Bedarf große Chancen. Am zweiten Tag beleuchteten Experten auf dem Campus der Jacobs University Themen wie Smart Factory, mobile Lösungen oder Innovationspotenziale im Mittelstand. „Verschläft Bremen eine industrielle Revolution?“ lautete der provokante Titel der Abschlussrunde, bei der Unternehmen aus der Region mit Wirtschaftsinstitutionen und der Wissenschaft diskutieren und den Handlungsdruck im Mittelstand unterstrichen.

#### **„Frauen. Wirtschaft. Erfolg“**

Unter dem Slogan „Frauen. Wirtschaft. Erfolg“ bieten der BPW Germany Club Bremen, die Bremer Frauen in Arbeit und Wirtschaft (FAW), der VdU-Landesverband Bremen-Weser-Ems und die Handelskammer Bremen Kooperationsveranstaltungen an. Im Vordergrund dieser konzertierten Aktion stehen Workshops für Unternehmerinnen

und weibliche Führungskräfte. Mit der Initiative sollen zugleich Frauen in Leitungs- und Führungspositionen gefördert werden. 2015 gab es die ersten zwei Veranstaltungen: den BPW-Workshop „Cloud Computing als Innovationsmotor“ und den VdU-Workshop „Strategisches Netzwerken – ganz einfach?“

## **Bremerhaven**

### **Mut machen für die Betriebsübernahme**

Gut 120 Interessenten waren am 9. Februar 2015 zur vierten Folge der Veranstaltungsreihe zum Thema Unternehmensnachfolge in das Bremerhavener Haus des Handwerks gekommen. Eingeladen hatten die Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde, die IHK Bremerhaven, die Weser-Elbe Sparkasse sowie die Volksbank Bremerhaven-Cuxland. Bei den drei vorausgegangenen Veranstaltungen standen die Fragen von Unternehmern im Mittelpunkt, die ihren Betrieb an einen Nachfolger übergeben wollen.

Im Fokus der vierten Veranstaltung standen Informationen für mögliche Nachfolger. Die große Bedeutung des Themas betonte Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Unternehmensberater Sascha Marquardt sprach die zwei wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Unternehmensübernahme an. Ihre Erfahrungen bei der Übernahme einer Firma schilderten Rolf Treusch (Rotek GmbH & Co. KG), Thomas Kleinert (Kleinert GmbH & Co KG) und Martin Rüter (Havenbäcker GmbH).

## Einzelhandel, Tourismus, Recht

### Bremen

#### Stadtentwicklung: neue Ansätze für das Ansgariquartier gesucht

Das Einzelhandelsgroßprojekt Ansgariquartier ist gescheitert, im Juli zog sich der letzte verbliebene Investor aus dem Vorhaben zurück. Die Handelskammer hatte zuvor wiederholt auf Risiken hingewiesen und die Überfrachtungen des Projektes mit baulichen Anforderungen deutlich kritisiert.

Die Händler in der Innenstadt haben gemeinsam in enger Abstimmung mit der Verwaltung Szenarien für eine Übergangsnutzung entwickelt. Die weitgehend leerstehenden Flächen des Lloydhofes sollen nun zeitnah von Einzelhändlern bzw. Dienstleistern genutzt werden können. Hier sollen nach Möglichkeit ambitionierte Unternehmer und Unternehmerinnen „aus der zweiten Reihe“ mit jungen und frischen Konzepten den Lloydhof beleben.

Die Handelskammer setzt sich für möglichst marktgerechte Zwischennutzungen ein und drängt zudem auf eine Analyse, warum das Ansgariquartier-Projekt nicht gestemmt werden konnte. Das Scheitern des Vorhabens mit der allgemeinen Marktentwicklung und den damit verbundenen Unsicherheiten zu begründen, reicht nicht aus. Die Aufgabe, den Lloydhof als neuen und modernen Einzelhandelsstandort zu entwickeln und ggf. mit bestehenden Immobilien zu verknüpfen, bleibt erhalten.

#### Neuorientierung am Wall

Durch den verheerenden Großbrand des Geschäftshauses „Harms Am Wall“ musste der Straßenzug „Am Wall“ über mehrere Monate gesperrt werden. Diese Vollsperrung belastete den Einzelhandel erheblich. Bereits wenige Wochen nach dem Großbrand wurden auch erste Maßnahmen ergriffen, den Wall und seine guten Einkaufsmöglichkeiten wieder in den Blickpunkt der Kunden zu rücken. Unter anderem wurde die Arbeit einer studentischen Projektgruppe, die 2014 sich unter dem Titel „Wem gehört das Grün“ sich mit den Wallanlagen beschäftigt hatte, ausgewertet und genutzt.

Der Einzelhandelsstandort am Wall benötigt weiterhin viel Aufmerksamkeit. Es könnten bis zu einem Neubau auf dem Harms-Grundstück mehrere Jahre vergehen. Unklar ist zudem, in welchem Umfang das neue Gebäude dem Einzelhandel dienen wird. Die Handelskammer wehrt sich zudem gegen Bestrebungen, den motorisierten Individualverkehr im Straßenzug „Am Wall“ dauerhaft zurückzudrängen.

#### Verkaufsoffene Sonntage

Die Handelskammer begleitet die Abstimmungsgespräche über die verkaufsoffenen Sonntage. Regelmäßig gibt es deutlich mehr Anträge als Genehmigungen. Da das Gesetz für die Sonntagsöffnungen befristet ist, hat die Handelskammer gemeinsam mit dem Handelsverband eine Anhörung mit Vertretern der Innenstadt und der

Stadtteilzentren durchgeführt. Demnach besteht ein deutliches Interesse an einer neuen Regelung, die noch beraten werden muss. Bevorzugt wird ein Modell, das einerseits eine Gleichbehandlung zur niedersächsischen Umlandregion anstrebt und andererseits möglichst viele Interessen auf Ebene der Innenstadt und der Stadtteile berücksichtigt. Konsens herrscht darüber, dass eine Inflation von Sonntagsveranstaltungen weder im Interesse der Kunden noch der Wirtschaft ist.

#### Dialog in der Branche: Tag der Versicherungsvermittler

Die Handelskammer Bremen hat gemeinsam mit dem Berufsbildungswerk der deutschen Versicherungswirtschaft und dem Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute einen „Tag der Versicherungsvermittler“ veranstaltet und über die aktuellen Änderungen der Versicherungsvermittlerrichtlinie informiert. Rund 80 Gäste nahmen teil. Professor Dr. Dr. Gerhard Roth vom Institut für Hirnforschung der Universität Bremen referierte in seinem Vortrag über die Veränderungsbereitschaft von Menschen. Die Handelskammer will diesen Branchendialog fortführen: 2016 ist erneut ein Tag der Versicherungsvermittler geplant. Gesetzliche Vorgaben und viele Neuerungen stellen hohe Ansprüche an die Branche, der Informationsbedarf ist hoch und wird auf fachspezifischen Veranstaltungen der Handelskammer befriedigt.



Hirnforscher Gerhard Roth referierte auf dem „Tag der Versicherungsvermittler“.

#### **Forum Handelsvertreter: Ausgleichsansprüche und Nachfolgeregelung**

In Kooperation mit der IHK Oldenburg und der IHK Bremerhaven fand am 13. März 2015 in Oldenburg das „Forum Handelsvertreter“ statt. Im Vordergrund stand der Ausgleichsanspruch. Ein weiterer Aspekt war die Unternehmensnachfolge. Insgesamt nahmen rund 50 Personen an der Veranstaltung teil. Weiterhin gab es 2015 – in Kooperation mit dem CDH Bremen – zwei Veranstaltungen für Handelsvertreter, die sich mit den Themen der Rentenversicherungspflicht für Selbstständige und dem Handelsvertretervertrag beschäftigten.

#### **Treffen der bremischen Werbegemeinschaften**

2015 lud die Handelskammer Bremen die Werbe- und Interessengemeinschaften aus den bremischen Stadtteilen zu zwei Treffen ein. Unter anderem

wurde über die mögliche Neuregelung der verkaufsoffenen Sonntage und über die Fördermöglichkeiten der Bremer Aufbau-Bank gesprochen. Der starke Wandel des Einzelhandels hin zu Großflächen und Online-Angeboten hat Auswirkungen auf den Einzelhandel in den Stadtteilen. Hier sollte ein Mindeststandard, die wohnortnahe Versorgung, erhalten bleiben. Dies gilt für Lebensmittel wie für ergänzende Warensortimente und Dienstleistungen. Der Einzelhandel dient aber nicht nur der Versorgung. Handels- und Dienstleistungsangebote stärken die Attraktivität der Stadtteilzentren und tragen im erheblichen Maße zur Lebens- und Aufenthaltsqualität bei. Die Handelskammer setzt sich dafür ein, Haupteinkaufslagen in den Stadtteilen in angemessener Form zu erhalten. Schon kleine Maßnahmen wie der Verlust einzelner Parkplätze, die Sperrung eines Straßenzuges oder die Verlage-

rung des Einzelhandelsschwerpunktes in eine Randlage können verheerende Folgen für Einzelhandelsbesatz haben. Auch die Stadtteile können moderne Absatzkanäle nutzen: So wurde ein Shoppingportals für die Innenstadt und für ausgewählte Stadtteilzentren entwickelt, das beim 26. Treffen der bremischen Werbe- und Interessengemeinschaften in Gröpelingen vorgestellt wurde.

#### **Arbeitsgruppe bremische Märkte**

Die Handelskammer arbeitet in der Arbeitsgruppe bremische Märkte mit, die von Veranstaltern, Verwaltung und Wirtschaftsförderungen gebildet wird. Im Zentrum stehen die beiden großen Volksfeste, der Freimarkt und der Weihnachtsmarkt. Die Handelskammer hatte 2014 angeregt, den Weihnachtsmarkt 2015 einige Tage vorzuverlegen und eine Besucherzählung und Befragung der Gäste von Schlachte-Zauber



# LEISTUNGSBILANZEN

und des Weihnachtsmarkt durchzuführen. Den Auftrag für diese Marktanalyse 2015 erhielt Professor Dr. Ivo Mossig von der Universität Bremen.

## **Auf hohem Niveau:**

### **Sachverständige der Handelskammer**

Die Handelskammer Bremen hat knapp 150 Sachverständige in mehr als 50 Gebieten öffentlich bestellt. Neben Neubestellungen und Verlängerungen obliegt ihr auch die Betreuung, Information und Weiterbildung der Sachverständigen, deren fachliche Kompetenz gefragt ist. Gerichte, Behörden, Unternehmen und Verbraucher kommen ohne sie nicht aus. Pro Jahr bearbeitet die Handelskammer mehr als 500 Anfragen von Gerichten, Unternehmen und Privathaushalte. Um ein hohes Niveau zu gewährleisten, werden Sachverständige regelmäßig durch Fachgremien und Vertrauenssachverständige überprüft.

## **Bremerhaven**

### **Neuer Tourismusausschuss für das Land Bremen**

Das Land Bremen hat 2015 in der Tourismuswirtschaft überdurchschnittlich gute Kennzahlen erzielt: So stieg die Zahl der Gästeankünfte in Bremen und Bremerhaven im ersten Halbjahr 2015 um 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zudem stieg die Zahl der Gästeankünfte in der Stadt Bremen sogar deutlich stärker als in vielen andern deutschen Großstädten.

Bremen und Bremerhaven werden künftig noch besser vernetzt sein: Die neue gemeinsame Handelskammer für das Land Bremen bietet Raum für

einen Tourismusausschuss. Strukturen und Aufgaben sind entwickelt worden. Mitte 2015 gründete die Handelskammer Bremen einen Interessentenkreis, der sich zweimal mit der IHK Bremerhaven traf. Bei beiden Treffen wurde deutlich, dass es eine Fülle gemeinsamer Themen gibt, die für das Land Bremen als touristische Destination relevant sind. Dazu gehören das neue Landestourismusprogramm, die Kooperation zwischen einzelnen touristischen Leistungsträgern und Großanbietern von tourismusnahen Dienstleistungen sowie die Zusammenarbeit von Flughafen und Messe mit Hotels und Stadtmarketingvertretern. Federführend für das Thema Tourismus ist in der neuen Handelskammer der Standort Bremerhaven.

### **Neuausrichtung, Social Media und Markenkern: Position zum „Tourismuskonzept Bremerhaven 2020“**

Anfang 2015 legte der IHK-Tourismusausschuss sein Positionspapier zur Neuauflage des städtischen Tourismuskonzeptes vor. Darin werden eine Neuausrichtung der jährlichen Festwoche, der Nutzen eines Welcome-Centers und einer Tourist-Card erörtert. Handlungsbedarf sieht der Ausschuss beim Social-Media-Auftritt der Stadt und der Entwicklung eines unverwechselbaren Markenkerns Bremerhavens. Weiterhin forderte er Investitionen in die Infrastruktur (Parkplätze, ÖPNV-Ausbau), kritisiert die unterschiedlichen Öffnungszeiten der Ladengeschäfte in der Innenstadt und fordert mehr verkaufsoffene Sonntage. Die im Tourismuskonzept vorgeschlagene Konzentration auf einige wenige Zielgruppen wie Wassertouristen und Schulklassen sieht der Ausschuss positiv.

## **Zukunftswerkstatt:**

### **Impulse für Bremerhaven**

Mit der Unterstützung der IHK Bremerhaven hat das Klimahaus Bremerhaven am 7. Juli 2015 alle touristischen Leistungsträger und Akteure zur Zukunftswerkstatt Bremerhaven eingeladen. Auf der Tagesordnung standen drei Impulsvorträge und ein Workshop. Das Format einer Zukunftswerkstatt erwies sich als sehr geeignet, da die Zusammenführung Bremerhavener Leistungsträger und die Einbeziehung externer Experten und Partner in einer lockeren, aber dennoch produktiven Arbeitsatmosphäre neue Aspekte und Ideen hervorbrachte. Eine Fortsetzungsveranstaltung gemeinsam mit der Erlebnis Bremerhaven GmbH ist geplant.

### **Hilfe für ein Stück Bremerhaven: Arbeitsgemeinschaft „Seute Deern“**

Die Bark „Seute Deern“ gehört seit jeher zum Stadtbild Bremerhavens und besitzt großes Identifikationspotenzial für die Bürger. Aufgrund fehlender Instandhaltungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren ist sie allerdings gefährdet. Um konkrete Maßnahmen zu ihrem Erhalt zu finden, hat sich eine Arbeitsgruppe aus Akteuren des Deutschen Schifffahrtsmuseums (DSM), des Fördervereins des DSM und der Erlebnis Bremerhaven GmbH gebildet.

# Public Relations

## Bremen

### Die Luftverkehrsmärkte: Wirtschaftsempfang am City Airport Bremen

Am 2. Juli 2015 fand der achte Wirtschaftsempfang der Handelskammer statt. Rund 500 Gästen trafen sich im Hangar der Lufthansa Flight Training am Flughafen Bremen. Der Lufthansa-Vorstandsvorsitzende Carsten Spohr hielt den Festvortrag über die „Veränderungen der Luftverkehrsmärkte und die Auswirkungen auf die deutsche Exportwirtschaft“. Der Luftverkehr habe eine hohe Bedeutung für die gesamte deutsche Wirtschaft. Wichtigstes Anliegen Spohrs ist ein fairer Wettbewerb. Mit Blick auf die staatlich geförderten Fluggesellschaften in der Golfregion forderte er faire Regeln im internationalen Luftverkehr.

### Themensetzung in den Medien

Wenn es um eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung Bremens geht, wenden sich Medien in erster Linie an die Handelskammer. Das Ehrenamt und das Hauptamt sind gefragte Gesprächspartner. 2015 gab es mehr Veröffentlichungen in regionalen und überregionalen Printmedien sowie in Online-Beiträgen und Sendungen in Hörfunk und Fernsehen als zuvor: Die Handelskammer wurde annähernd 1.535 mal erwähnt. Mit etwa 80 Pressemitteilungen platzierte sie

ihre Themen in der Öffentlichkeit. Journalisten wurden zu rund 30 Presesegegesprächen und weiteren Veranstaltungen eingeladen.

### „Medien im Blick“

Der Workshop „Public Speaking – Souverän kommunizieren“ von Matthias Hill (Hill Media) war am 27. Februar 2015 der Auftakt zur Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“. Die Grundlagen des Redenschreibens lernten Teilnehmer am 20. März 2015 in einem Workshop von Jörg Riedel (rederei.bremen) kennen. Am 4. Dezember 2015 stellte Beate Hoffmann (bremer medienbüro) in ihrem Workshop „Story-Telling und Story-Selling – Geschichten mit starker Wirkung“ vor, wie interessante Unternehmensgeschichten für die Pressearbeit eingesetzt werden können. Insgesamt waren im Jahresverlauf rund 30 Teilnehmer aus kleinen und mittleren Unternehmen bei der Veranstaltungsreihe zu Gast.

### Internet: Dienstleistung und um die Uhr

Die Website der Handelskammer bietet einen Überblick über ihr gesamtes Leistungsspektrum, informiert über bevorstehende Veranstaltungen, wirtschaftliche Entwicklungen und Ereignisse. Zudem ist sie Anlaufstation für unternehmerische Fragen. Rund 206.000 Besucher schauten 2015 auf der Website vorbei; das sind im Schnitt täglich mehr als 560 interessierte Personen.

### Fans, Follower und Freunde: die Handelskammer in den Social Media

Die Handelskammer ist in verschiedenen sozialen Medien aktiv und hier täglich im Dialog. Dazu gehören eine offizielle Facebook-Seite mit 1.148 Fans, die Facebook-Seite „Deine Kammer“ zum Thema Ausbildung und Weiterbildung mit 898 Fans, ein Twitter-Kanal mit 648 Followern, eine Google+-Seite mit 176 Followern und die XING-Gruppe „new\_kammer bremen“, als Online-Treffpunkt für Unternehmer und Gründer mit 302 Mitgliedern. Zudem nutzt die Handelskammer die Online-Plattform Scribd, um ihr Magazin „Wirtschaft in Bremen“ sowie ihre Broschüren zu veröffentlichen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

### Kreativrendezvous: die Business-Speed-Datings

Die Kreativrendezvous sind ein gemeinsames Projekt der Handelskammer Bremen und der Wirtschaftsförderung Bremen. Hierbei handelt es um Business-Speed-Datings, auf denen Unternehmer neue Kontakte knüpfen können und in den Bereichen Kommunikation, Marketing und Vertrieb neue Impulse erhalten. Die exklusive Auswahl der Gäste bewirkt jedes Mal eine interessante Mischung, wenn Vertreter der Kreativwirtschaft auf Vertreter der „klassischen“ Wirtschaft treffen. 2015 gab es zwei Veranstaltungen.

# LEISTUNGSBILANZEN



Wenn im Schütting Tischfußball gespielt wird – dann sind die Kreativen zu Gast, wie hier auf der welcome 2015.

## **Ausschuss Informationstechnologie, Design und Medien**

Zum Jahresanfang befasste sich der Ausschuss für Informationstechnologie, Design und Medien mit der veränderten Medienlandschaft Bremens. Die neuen Chefredakteure Andrea Scharfarczyk, Radio Bremen, und Moritz Döbler, Weser-Kurier, erläuterten ihre Strategien zur Weiterentwicklung ihrer Medien. Die zentrale Herausforderung liegt für beide Häuser in der Ausrichtung auf eine jüngere Zielgruppe und bei attraktiven Online-Angeboten.

Im Juni gab es eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses mit dem Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen. Das Thema war „Smart Shopping“. Referenten waren Sina Aukamp von der Hamburger Trendforschungs- und Innovationsberatungsagentur Futurecandy, Marianne Grewe-Wacker vom Senator

für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie Holger Mayer von der bremen online GmbH. Diskutiert wurde über das neue Shoppingportal auf bremen.de sowie über Chancen des stationären Einzelhandels bei zunehmendem Online-Handel.

Im November ging es in der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und städtischen Verkehr um das Thema „Smart Homes/ Smart City“. Zum Thema „Smart Homes, Smart Living“ diskutierte der Ausschuss im November gemeinsam mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und städtischen Verkehr an der Universität mit Experten. Dipl.-Ing. Thorsten Nagel, Procon Ingenieurgesellschaft mbH, hielt einen Impulsvortrag zu diesem Themenkomplex. Dr.-Ing. Serge Autexier, Leiter am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) am Standort Bremen,

erläuterte die technischen Möglichkeiten für selbstbestimmtes Wohnen im Alter anhand der Modellwohnung „Bremen Ambient Assisted Living Laboratory“.

## **Neue Wege: Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft**

Mit dem Zusammengehen von Handelskammer Bremen und IHK Bremerhaven zu einer neuen gemeinsamen Handelskammer sollen auch die beiden bisher getrennten Arbeitskreise Kultur-Wirtschaft miteinander verschmolzen werden. Der Arbeitskreis will sich 2016 mit Blick auf seine Themen und die Arbeitsweise neu aufstellen. Dazu gab es einen Workshop mit Dr. Ulrich Fuchs, Mitglied der Jury der Europäischen Kommission für die Auswahl und Evaluierung der künftigen Kulturhauptstädte Europas.



### **Neujahrsmatinee wel.com**

Wie Start-ups aus der Metropolregion Nordwest erfolgreich werden können – das war das Thema von Carsten Meyer-Heder, Geschäftsführer von team neusta, als Gastredner der Neujahrsmatinee wel.com. Zu dem 12. Netzwerktreffen kamen rund 250 Kommunikationsfachleute, Kreative und Medienexperten ins Haus Schütting. Veranstalter waren die Handelskammer Bremen, der Marketing-Club Bremen, der Kommunikationsverband Wirtschaftsraum Bremen, die Vereine bremen digitalmedia und Klub Dialog sowie die Bremer Akademie für Kommunikation, Marketing und Medien.

### **Bremensien und Forschungsprojekte: das Medienzentrum**

2015 verzeichnete das Medienzentrum eine erhöhte Nachfrage nach Dokumenten und Literatur. Doktoranden der Universitäten aus Sardinien, Oxford (Großbritannien), Cardiff, Pennsylvania, Paris, New York und mehreren deutschen Universitäten nutzten die Bestände für ihre Forschungsprojekte. Das Zentrum beherbergt Fachliteratur, die in Deutschland nur in der Bibliothek der Handelskammer vorhanden ist.

Das Archiv unterstützte eine Reihe von Publikationen, wissenschaftliche Arbeiten und Ausstellungen mit Dokumenten und Fotos. Auch half es bei der Entstehung verschiedener Bremensien zur Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte (125 Jahre Bremer Hachez Chocolate, 150 Jahre Edzard, Franke & Co, 100 Jahre Unternehmensverbände im Lande Bremen) mit und stellt dafür Dokumente zur Verfügung. Es wurden eine große Anzahl von Anfragen aus dem In- und Ausland zur bremischen Kaufmanns- und Wirtschaftsgeschichte beantwortet. Auch haben zahlreiche

Besucher vor Ort in den Archivbeständen recherchiert.

### **Urkunden der Handelskammer zum Jubiläum**

2015 hat die Handelskammer 116 Unternehmen eine Urkunde zum Firmenjubiläum überreicht. Alle Firmen, die mindestens 25 Jahre alt geworden sind, können diese Serviceleistung der Kammer in Anspruch nehmen. Für Firmen, die ihre langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ehren wollten, stellte die Handelskammer 377 Urkunden aus.

## **Bremerhaven**

### **Konvente**

**Neujahrskonvent** – Im Januar fand der traditionelle Neujahrskonvent der IHK Bremerhaven statt. Gäste waren beispielsweise Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, der Präses der Handelskammer Bremen, Christoph Weiss, Dr. Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen, und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer. IHK-Präsident Hans-Christoph Seewald forderte in seiner Rede eine bessere Verkehrsinfrastruktur und ein Verkehrsentwicklungskonzept für die Seestadt. Auch müsse Bremerhavens Image als Stadt der Wissenschaft gestärkt werden. Senior Peter Greim stellte die Ergebnisse des Städte-Rankings des Magazins „Wirtschaftswoche“ vor, das gute Perspektiven für Bremerhaven offen lege und der Stadt Dynamik attestiere.

**Herbstkonvent** – Im Oktober fand der Herbstkonvent der IHK Bremerhaven statt. Er wurde von Peter Greim, Senior

des Konvents, eröffnet, der in seiner Begrüßungsrede einen Ausblick auf die Zukunft des Konvents gab. Erstmals fand auch die Verleihung des Stiftungspreises der Bremerhavener Wirtschaft, der im Rhythmus von zwei Jahren vergeben wird, auf dem Konvent statt. Anlässlich ihres 125-jährigen Bestehens hatte die IHK Bremerhaven im Jahr 2000 zusammen mit 22 Unternehmen die Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft gegründet. Damit unterstreicht sie ihre Verantwortung und ihr Engagement für den Standort Bremerhaven.

Mit dem Stiftungspreis würdigt sie Personen, Institutionen oder Initiativen, die den Standort Bremerhaven stärken, mit kulturellem und gesellschaftlichem Engagement objektiv nachweisbaren Erfolg erzielen und in ihrem Tun beispielhaft auf andere wirken. Preisträger im Jahr 2015 wurde das überkonfessionell tätige Netzwerk für Flüchtlinge der Evangelisch-lutherischen Kreuzkirche Bremerhaven. Das Netzwerk begleitet Flüchtlinge beispielsweise bei Behördengängen und gibt ihnen Deutschunterricht.

In seiner Laudatio lobte Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und ehemaliger IHK-Präsident, den großen Einsatz der rund 70 Helfer des Netzwerks als vorbildhaft. IHK-Präsident Hans-Christoph Seewald überreichte Pastor Götz Weber, dem Leiter des Netzwerks, einen Scheck in Höhe von 5.000 Euro.

### **Pressearbeit**

Im Jahr 2015 versendete die IHK Bremerhaven rund 45 Pressemitteilungen und lud Journalisten zu zwei Pressegesprächen ein.

# LEISTUNGSBILANZEN

## Service

### Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen im Lande Bremen

**Bewachungsgewerbe** – Die Zahl der Teilnehmer in Bremen stieg 2015 deutlich um 42 Prozent auf 171. Insgesamt wurden 13 (2014: 8) Unterrichtsverfahren durchgeführt. In Bremerhaven gab es 17 Unterrichtsverfahren mit 165 Teilnehmern.

An den Sachkundeprüfungen § 34a GewO haben in Bremen 385 Absolventen (plus 14 Prozent gegenüber 2014) an 27 Prüfungstermine teilgenommen. Die deutliche Zunahme an Unterrichten und Sachkundeprüfungen beruht auf dem erhöhten Bedarf an Wachpersonal zum Schutz von Flüchtlingsunterkünften. In Bremerhaven gab es 19 Sachkundeprüfungen nach § 34 a GewO mit 186 Teilnehmern.

### Gefahrgutschulungen und -prüfungen

– 2015 wurden in Bremen rund 1.300 Gefahrgutfahrer geprüft. Die Handelskammer führte hierzu rund 200 Prüfungen durch, davon rund 50 an Samstagen. Darüber hinaus wurden rund 190 Gefahrgutbeauftragte in Bremen geprüft. In Bremerhaven wurden 240 Gefahrgutfahrer und 9 Gefahrgutbeauftragte geprüft.

**Fach- und Sachkundeprüfungen für Verkehrsunternehmer** – Die Handelskammer Bremen prüfte 2015 rund 80 Personen in Bezug auf die erforderliche fachliche Eignung.

**Berufskraftfahrerqualifikation** – 2015 haben rund 200 Teilnehmer in einer Prüfung bei der Handelskammer ihre Berufskraftfahrergrundqualifikation nachgewiesen. Bei der IHK Bremerhaven wurden 65 Personen geprüft.

# Juniorienkreise

## **Wirtschaftsjunioren der Handelskammer Bremen**

Sprecher der Junioren 2015 war Nils Götzel von der Sparkasse Bremen, der von seinem Vorgänger Sascha Füchtner und der Sprecherin für 2016, Kamila Kajdzik, unterstützt wurde. Zu den Aktivitäten gehörte eine Delegationsreise nach Istanbul, bei der auch die Niederlassungen von Unternehmen aus Bremen besucht wurden. Zudem war der Juniorenkreis der Handelskammer Bremen mit fast 50 Teilnehmern, der größten Delegation, bei der diesjährigen Hanseraumkonferenz in Stade zu Gast.

Wieder veranstaltet wurde die Oldtimerralley „Tradition Meets Style“ mit fast 60 Fahrzeugen; das Spendenergebnis war fünfstellig. Ferner wurde der Internetauftritt überarbeitet und eine Broschüre für Neumitglieder erstellt. Künftig sollen potenzielle neue Mitglieder auch über die sozialen Medien angesprochen werden. Mit „Bremen vor der Wahl“ fand im Haus Schütting eine gut besuchte Podiumsdiskussion mit maßgeblichen Vertretern der Parteien statt. Im November stand das traditionelle Kamingsgespräch mit dem Bürgermeister, Dr. Carsten Sieling, auf der Agenda. Sowohl auf Vorstandsebene als auch im großen Kreis pflegt der Juniorenkreis enge Kontakte zum Ehrenamt der Handelskammer.

## **Neue Leitung für den Förderkreis**

Vor mehr als zehn Jahren haben ehemalige Junioren der Handelskammer Bremen einen Förderkreis gegründet, der die Aktivitäten des Juniorenkreises unterstützt, 2015 beispielsweise das Kinderprogramm der Hanseraumkonferenz. Sabine Manig als Sprecherin und Andreas Noodt als Kassenwart legten im Juli 2015 ihre Ämter nieder, das Sprecheramt übernahm Matthias Marquardt, Kassenwart ist nunmehr Frank Voßhardt.

## **Wirtschaftsjunioren der IHK Bremerhaven**

Im Jahr 2015 wurde Tim Czarnetzki zum Sprecher der Wirtschaftsjunioren Bremerhaven (WJ) gewählt. Unterstützt wurde er von Marina Peters, der Sprecherin des Jahres 2014, und Bastian Peters, dem neu gewählten stellvertretenden Sprecher. Außerdem gehören Marco Glüsing (Finanzen), Maria Ülsmann, Felix Clüver und Katharina Bednorz dem Vorstand an. Die Vorsitzende des Hanseraumvorstandes, Fenny Nientker, verlieh Claudia Haake für ihr Engagement für die WJ Bremerhaven auf der Jahreshauptversammlung die Goldene Juniorennadel.

Das Jahresmotto 2015 lautete „WJ gemeinsam“ und fokussierte auf den Netzwerkgedanken. Beim Hansedating im März besuchten die Schweriner Wirtschaftsjunioren die Bremerhave-

ner. Das Strategiemeeting fand im Januar bei den WJ Unterelbe in Pinneberg statt.

Einer der Höhepunkte 2015 war der Brunch auf der Hansekogge Ukena von Bremen anlässlich des 65-jährigen Bestehens der WJ Bremerhaven während der Sail 2015. Der Bremerhavener Juniorenkreis ist der zweitälteste Deutschlands. Das neue Konzept des Arbeitskreises Impulsgeber (ehemals Gründer- und Unternehmertreff) wurde mit drei sehr gut besuchten Vorträgen sowie zwei Workshops gut angenommen. Der Ball der WJ, der vom Arbeitskreis Freizeit organisiert wurde, stand unter dem Motto „Landgang“. Zum vierten Mal fand außerdem die Veranstaltung „WATT's UP“ gemeinsam mit den WJ Cuxhaven statt. Veranstaltungsort war der Kletterpark Sahlenburg.



## GÄSTE 2015



Lufthansa-Chef Carsten Spohr war Ehrengast des Wirtschaftsempfanges der Handelskammer am Bremer Flughafen



Die indonesische Generalkonsulin Sylvia Arifin zu Besuch bei der IHK Bremerhaven





Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen beim Vorempfang der Schaffermahlzeit im Haus Schütting

Der EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger, stellte die Auswirkungen der digitalen Revolution auf die europäische Wirtschaft in der Handelskammer vor.



## Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren mehr als 42.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen. Aus dem Plenum heraus werden das Präsidium und der Präses gewählt.

### **Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen**

Christoph Weiss (Präses)  
Matthias Claussen (Vizepräses)  
Frank Dreeke (Vizepräses)  
Eduard Dubbers-Albrecht (Vizepräses)  
Harald Emigholz (Vizepräses seit 15.06.2015)  
Wiebke Hamm (Vizepräses)  
Dr. Torsten Köhne (Vizepräses)  
Otto Lamotte (Vizepräses)  
Joachim Linnemann (Vizepräses)  
Janina Marahrens-Hashagen (Vizepräses)  
Peter Schöler (Vizepräses)  
Michael Schütte (Vizepräses)

### **Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen**

Annette Bengs  
Ludwig Blomeyer  
Kay R. Brennecke  
Ursula Carl  
Matthias Claussen (Vizepräses)  
Dr. Günther W. Diekhöner  
Jens Dörken  
Frank Dreeke (Vizepräses)  
Eduard Dubbers-Albrecht (Vizepräses)  
Harald Emigholz (Vizepräses)  
Berend Jürgen Erling  
Hans Eulenbruch  
Christian Freese  
Marco Fuchs  
Christian von Georg  
Prof. Dr. Dietrich Grashoff

André Grobien  
Wiebke Hamm (Vizepräses)  
Robert P. Hempel  
Peter Hoedemaker  
Peter Hoffmeyer  
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers  
Andreas Kellermann  
Dr. Torsten Köhne (Vizepräses)  
Otto Lamotte (Vizepräses)  
Joachim Linnemann (Vizepräses)  
Janina Marahrens-Hashagen (Vizepräses)  
Martin Marris  
Carsten Meyer-Heder  
Hasso G. Nauck  
Dr. Tim Nesemann  
Lutz Oelsner  
Detlef Pauls  
Simon Reimer  
Dr. Dietmar Ringel  
Angelika Saacke-Lumper  
Ralph Sandstedt  
Bernd Schmielau  
Peter Schöler (Vizepräses)  
Michael F. Schütte (Vizepräses)  
Dirk Schwampe  
Tilman Sieglin  
Michael Vinnen  
Christoph Weiss (Präses)  
Imke Wilberg



## **Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen**

### **Finanzausschuss**

Vorsitzender: Präses Christoph Weiss  
Rechnungsführerin: Vizepräses Janina  
Marahrens-Hashagen

### **Kommission für den Jahresbericht**

Vorsitzender: Präses Christoph Weiss

### **Mittelstandsausschuss**

Vorsitzender: Andreas P. Berghöfer

### **Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen**

Vorsitzende: Vizepräses Janina  
Marahrens-Hashagen

### **Ausschuss für Informations- technologie, Design und Medien**

Vorsitzende: Vizepräses Wiebke Hamm

### **Außenwirtschaftsausschuss**

Vorsitzender: Vizepräses  
Matthias Claussen

### **Ausschuss für Häfen, Verkehr und Logistik**

Vorsitzender: Vizepräses  
Eduard Dubbers-Albrecht

### **Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen**

Vorsitzender: Vizepräses Peter Schöler

## **Ausschuss für Stadtentwicklung und städtischen Verkehr**

Vorsitzender: Vizepräses  
Joachim Linnemann

## **Berufsbildungsausschuss**

Vorsitzende: Dr. Paul Benteler

## **Arbeitskreise der Handelskammer Bremen**

Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft

ERFA-Kreis Ideenmanagement

ERFA-Kreis Umwelt, Energie

ERFA-Kreis Zoll

Arbeitskreis Gefahrgut

Arbeitskreis Tourismus

Arbeitsgruppe Prüfungswesen

Arbeitsgruppe Ausbildungsberatung

und Eignung der Ausbildungsstätte

Wirtschaftsjunioren

## **Geschäftsbereiche der Handelskammer Bremen**

### **Hauptgeschäftsführung**

**Grundsatzfragen der Wirtschafts-  
und Finanzpolitik**

Dr. Matthias Fonger (I. Syndicus)

### **I Standortpolitik, Häfen, Verkehr**

Verkehrsgewerbe, Schifffahrt und  
Häfen, Immobilienwirtschaft

Dr. Andreas Otto (Syndicus)

### **II Industrie, Innovation und Umwelt Industrie, produktionsorientierte Dienstleistungen, IuK-Wirtschaft**

Dr. Frank Thoss

### **III International**

Groß- und Außenhandel

Volkmar Herr

### **IV Einzelhandel, Tourismus, Recht**

Einzelhandel, Dienstleistungen,  
Tourismus

Karsten Nowak

### **V Aus- und Weiterbildung**

Karlheinz Heidemeyer

### **VI Zentrale Dienste**

Günther Lübbe (Syndicus)

### **VII Public Relations**

Dr. Stefan Offenhäuser (Syndicus)

## Ehrenamt in Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von mehr als 6.500 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 650 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

### **Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven**

Hans-Christoph Seewald (Präsident)  
Claus Brüggemann (Vizepräsident)  
Hans-Joachim Fiedler (Vizepräsident)  
Ingo Kramer (Vizepräsident)  
Piet Rothe (Vizepräsident)  
Stephan Schulze-Aissen (Vizepräsident)  
Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke (Ehrenpräsident)

### **Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven**

Jens Assheuer  
Holger Bartels  
Norbert Blank  
Claus Brüggemann (Vizepräsident)  
Dr. Peter Dahlke  
Matthias Ditzen-Blanke  
Hans-Joachim Fiedler (Vizepräsident)  
Ralf Forner  
Heiko Frisch  
Jens Grotelüschen

Wolfgang Grube  
Carsten J. Haake  
Mark Herwig (ab dem 23.09.2015)  
Andre Kiwitz  
Ingo Kramer (Vizepräsident)  
Babette Landgraf  
Jörn Langfermann  
Klaus-Peter Miéville  
Ferdinand Möhring  
Lutz Natusch  
Dr. Götz Pätzold (bis 30.06.2015)  
Thorsten Rönner  
Piet Rothe (Vizepräsident)  
Nils Schnorrenberger  
Michael Schoer  
Stephan Schulze-Aissen (Vizepräsident)  
Hans-Christoph Seewald (Präsident)  
Manfred de Vries  
Andreas Wencke

### **Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven**

**Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen**  
Vorsitzender: Stephan Schulze-Aissen  
**Berufsbildungsausschuss**  
Vorsitzende: Ines Karger  
**Fisch- und Lebensmittelwirtschaftlicher Ausschuss**  
Vorsitzender: Heiko Frisch  
**Hafen- und Verkehrsausschuss**  
Vorsitzender: Ferdinand Möhring  
**Sachverständigenausschuss**  
Vorsitzender: Heiko Damken  
**Tourismusausschuss**  
Vorsitzender: Martin Seiffert

### **Arbeitskreise**

Arbeitskreis Energie  
ERFA-Kreis Gefahrgut

### **Geschäftsbereiche der IHK Bremerhaven**

**Hauptgeschäftsführung**  
Grundsatzfragen, Standortpolitik, Tourismus, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit

Michael Stark (bis 4. 10.2015)  
Dr. Matthias Fonger (ab 5.10.2015)

### **Geschäftsbereich I** Aus- und Weiterbildung

Martin Johannsen (bis 23.3.2015)  
Karlheinz Heidemeyer (ab 23.3.2015)

### **Handel, Recht, Existenzgründung und Unternehmensförderung**

Martin Johannsen

**Geschäftsbereich II**  
International, Industrie, Umwelt/Energie, Förderverein Pro A 20 e. V., Hafenanbindung Bremerhaven e. V.  
Wilfried Allers

### **Geschäftsbereich III** Zentrale Dienste

Michael Stark (bis 4. 10.2015)  
Günther Lübbe (ab 5.10.2015)

# Ausgewählte Stellungnahmen, Bremen

## Gegenstand der Stellungnahme

Planfeststellungsverfahren nach § 17 des Bundesfernstraßengesetzes für den Neubau der BAB 281, Bauabschnitt 2/2 zwischen Neuenlander Ring und Kattenturmer Heerstraße

B 75 AS Ochtum, Umbau Abfahrt/Einmündung Duckwitzstraße  
Am Wall, Verkehrsversuch Einbahnstraße zwischen Bischofsnadel und Herdentor

Glaisersatzbaumaßnahme in der Balgebrückstraße zwischen Domsheide und Martinistraße

Bebauungsplan 2473 für ein Gebiet im stadtbremischen Überseeahafengebiet Bremerhaven zwischen Schleusenstraße und Lohmannstraße

Bebauungsplan 2476 (Airport-Stadt), Flüchtlingsunterkünfte im Gewerbegebiet

Bebauungsplan 2450 für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt „Neues Hulsberg-Viertel“

Bebauungsplan 2448 für das Gebiet Hafenkante

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 97 für die Errichtung eines Bürohochhauses An der Reeperbahn/Auf der Muggenburg

Bebauungsplan 2432 (Postamt 5 und ehemalige Gleishalle)

Bebauungsplan 2440 für ein Gebiet in Bremen-Mitte (Ermöglichung von Wohnen in der Altstadt)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 93 für die Errichtung von drei Wohngebäuden an der Anna-Stiegler-Straße in Bremen-Kattenturm

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 96 für die Errichtung eines Fahrradmarktes im Bereich Hansator

Oster-, Leine- und Zentaurenstraße, Entree Osterquartier, Marktplatz Buntentor, Bremen

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 104 („Wohnbebauung Hohle Straße“) für ein Gebiet in Bremen-Vegesack

Blindenleitsystem Willy-Brandt-Platz (Theodor-Heuss-Allee)

Konjunkturreport zum Jahresbeginn 2015, Frühjahr 2015, Sommer 2015, Herbst 2015

Abgasstandards für Baumaschinen – Änderung der Besonderen Vergabebedingungen

Änderung des Entwässerungsortsgesetzes

Entwurf des Bremischen Beitrags zum Bewirtschaftungsplan und zum Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 der Flussgebietseinheit Weser

Entwurf des Bewirtschaftungsplans 2015 bis 2021 für die Flussgebietseinheit Weser gemäß § 83 WHG

Positionspapier „Mehr Innovation wagen“

Konsultation zum Schadstofffreisetzung- und -verringersregister (PRTR)

Energiewende-Barometer 2015

Entwurf des 3. Hochschulreformgesetzes

IT-Sicherheitsgesetz

E-Health-Gesetz

## gerichtet an

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

PVB mbH

Amt für Straßen und Verkehr

Bremer Straßenbahn AG

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Kreikenbaum Heinemann Architekten und Ingenieure für Stadt-, Landschafts- und Freiraumplanung GmbH & Co. KG  
Bauamt Bremen-Nord

Amt für Straßen und Verkehr

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senatorin für

Finanzen, Senatskanzlei, Senat der Bremischen Bürgerschaft

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

DIHK

DIHK

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und

Verbraucherschutz

DIHK

DIHK



# ANHANG

Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen  
an KMU über das Landesinvestitionsförderungs-programm (LIP)  
Stellungnahme zur Tragfähigkeit von Existenz-Gründungs vorhaben  
Stellungnahmen zu Bürgerschaftsanträgen  
ICC Positionspapier zu nicht-präferenziellen Ursprungsregeln  
Ausländerrecht  
Entwicklungspolitische Leitlinien des Bremer Senats  
Vorübergehende Verwahrung im Rahmen der Neuerungen UZK  
Entwurf eines bundesweiten Musterstatuts für das  
Bescheinigungswesen  
Verbindliche Ursprungsauskünfte  
Novellierung des Bremischen Informationsfreiheitsgesetzes  
Wirtschaftsplan der Standortgemeinschaften (BID)  
Kooperation mit der Jugendberufsagentur

Bremer Aufbau-Bank GmbH

Agentur für Arbeit, Bremen  
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH  
DIHK  
Ausländerbehörde, Botschaften  
Senat der Freien Hansestadt Bremen  
Europäisches Parlament  
DIHK, Bundesministerium für Finanzen

DIHK  
Bremische Bürgerschaft  
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

## Ausgewählte Stellungnahmen, Bremerhaven

Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderungen und  
Bebauungsplanentwürfen  
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im  
Gelegenheitsverkehr mit Taxen  
Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren  
mit Kraftomnibussen  
Stellungnahme zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer  
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)

Stadtplanungsamt der Seestadt Bremerhaven

Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt Bremerhaven

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt Bremerhaven  
BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und  
Stadtentwicklung mbH  
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH  
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften  
Stellungnahme zur Genehmigung von Gemeinschaftslizenzen im  
Güterkraftverkehr  
Stellungnahmen Handelsregister  
Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis  
nach § 34 c der Gewerbeordnung  
Stellungnahmen zu Anträgen auf Ausstellung von Unbedenklichkeits-  
bescheinigungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen  
Stellungnahmen zum Bremischen Gesetz über die Anerkennung ausländischer  
Berufsqualifikationen (BremABQG)  
IHK Nord-Energiewende-Monitoring 2014  
Brief an Wirtschaftsminister Gabriel zum Thema Netzanschluss von  
Offshore-Windparks in küstenferneren Zonen  
Broschüre zum „Netzausbau für die Energiewende“ und Parlamentarische  
Abend am 29. September in Berlin  
Die gemeinsame IHK Nord-Beschlussvorlage zu dem energiepolitischen  
DIHK-Positionspapier „Die Energiewende zum Erfolg führen“.  
Ausschreibungsmodelle für erneuerbare Energien  
DIHK-Positionspapier "Die Energiewende zum Erfolg führen"  
Artikel Rußpartikelfilter BKEG, Bremerenergie und Klimaschutzgesetz  
Entwurf des Bremischen Beitrags zum Bewirtschaftungsplan und zum  
Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 für das Flussgebiet Weser  
Bremisches Klimaschutz- und Energiegesetz (BremKEG)

Amtsgericht Bremen

Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt Bremerhaven

Jobcenter Bremerhaven

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

IHK Nord  
Bundeswirtschaftsministerium

IHK Nord

IHK Nord

DIHK  
DIHK  
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr  
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

# Impressum

**Herausgeber** Handelskammer Bremen  
Am Markt 13  
28195 Bremen  
Telefon 0421 3637-0  
[www.handelskammer-bremen.de](http://www.handelskammer-bremen.de)  
[service@handelskammer-bremen.de](mailto:service@handelskammer-bremen.de)

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven  
Friedrich-Ebert-Str. 6  
27570 Bremerhaven  
Telefon 0471 92460-0  
Fax 0471 92460-90  
[www.bremerhaven.ihk.de](http://www.bremerhaven.ihk.de)  
[info@bremerhaven.ihk.de](mailto:info@bremerhaven.ihk.de)

**Redaktion** Dr. Stefan Offenhäuser

**Grafik, Realisation** presse,contor Dr. Christine Backhaus

**Fotonachweis** Frank Pusch, Jörg Sarbach, Antje Schimanke,  
Michel Koczy, BIBA, Jens Lehmkühler, Matthias Ibeler,  
[ANPR@ARTWORXX.DE](mailto:ANPR@ARTWORXX.DE), Sandra Hoever/Eurogate,  
Mauricio Gambari

**Druck** Druckerei Asendorf

Januar 2016

[www.handelskammer-bremen.de](http://www.handelskammer-bremen.de)

